



FUEN

Tätigkeitsbericht 2015



Das Jahr 2015 bei der FUEN –

EXPERTISE DER MINDERHEITEN GEFragt – WAS KÖNNEN WIR LEISTEN?

Flensburg / Flensburg · Berlin · Brussel / Bruxelles – FUEN ab sofort an 3 Standorten präsent. Paukenschlag in Berlin: FUEN erhält 500.000 Euro Förderung – Haus der Minderheiten mit 600.000 Euro unterstützt. West-Thrakien Türken Ausrichter des Kongresses 2015.

Die Situation in Europa und der Welt ist aus den Fugen. 2015 erleben wir in vielerlei Hinsicht als eine schier endlose Flut von Bildern, Nachrichten, Geschichten – geprägt von der Flüchtlingskrise und den Wanderungsbewegungen nach Europa.

Gepaart mit technologischen Entwicklungen und der Digitalisierung rückt die Welt zusammen und beeinflusst unsere Meinungsbildung und Wirklichkeitskonstruktion. Krisen, Kriege und Konflikte treten konstant und dauernd ins öffentliche Bewusstsein.

Als europäische autochthone, nationale Minderheiten haben wir ein tief verwurzelt Selbstverständnis in Bekenntnis zum friedlichen Miteinander der Völker, mit Achtung der eigenen Sprache, Kultur und Identität.

Die Krisen – weltweit – sind oftmals auch mit Konflikten rund um Minderheiten verbunden. So tangiert die Situation in der Ukraine und auf der Krim unsere Mitgliedsorganisationen. Ihnen und Ihren Familien gehört unsere Solidarität. Unser Engagement führt neue Mitglieder aus der Ukraine unter das Dach der FUEN als Solidargemeinschaft.

Mit Besorgnis sieht die FUEN zudem eine Tendenz zur Renationalisierung, Desintegration und Wiederaufbau von Grenzen. Der neu erwachte Nationalismus der Nationalstaaten als Schutz vor Neuem, Fremden – stimmt uns bedenklich.

Zugleich wissen wir, dass der Frieden in vielen Regionen Europas eine gemeinsame Leistung von Mehrheits- und Minderheitenbevölkerung darstellt.

In Anbetracht der rasenden Geschehnisse der letzten Jahre – wird deutlich, wieviel Wert und zugleich kurz Friedenszeiten in den Regionen sind.

Die FUEN zeigt, in wie vielen Regionen Europas sich Minderheiten seit Jahrzehnten friedlich, selbstbewusst und zukunftsorientiert engagieren. Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik. Was können wir dazu beitragen?

Wir sind gefordert, unsere Expertise für das friedliche Zusammenleben von Völkern, für vertrauensbildende Maßnahmen und positive Entwicklungen in den Regionen auf Basis unserer Erfahrungen einzubringen. Dazu müssen wir unsere Erfahrungen benennen und anwendbar machen.

Zugleich ist die Situation vieler Minderheiten, ihrer Anerkennung und Förderung, unzureichend und nicht angemessen für das heutige Europa.

Ihre Interessen zu vertreten, sie zu unterstützen und zu beraten. Dafür gibt es die FUEN, das Netzwerk und unsere Projekte.

Die FUEN hat im Jahr 2015 außerordentliche Leistungen erbracht. Mit einem kleinen Team, einem engagierten Präsidium und getragen von den aktiven Mitgliedsorganisationen und langjährigen Förderern und Partnern, ist es gelungen, die FUEN als den politischen Ansprechpartner in Minderheitenfragen zu positionieren und auszustatten.

Die FUEN ist nun an 3 Standorten in Flensburg / Flensborg, Berlin und Brusell/Bruxelles präsent.

Die FUEN hat die Liste der erfolgreichen Kongresse mit einem erstmals in Griechenland durchgeführten Kongress fortgesetzt und dem Engagement der West-Thrakien Türken in Europa für ihre Situation entsprechend Aufmerksamkeit verschafft.

Die FUEN hat eine stabile Basisausstattung langjähriger Förderer komplementiert, mit einer Projektförderung der Bundesrepublik in Höhe von 500 Tsd.E. und in Höhe von 600 Tsd. Euro die Ausstattung des Hauses der Minderheiten angeschoben. Die FUEN hat weitere Förderer dazugewonnen.

Die FUEN hat mit zwei positiven Jahresabschlüssen die Fortschreibungsprognose erfüllt.

Die FUEN nimmt weitere Mitgliedsorganisationen auf.

Wir legen einen Ausgangspunkt für die kommende Tätigkeit.

Messen lassen muss sich die FUEN nun an konkreten politischen Beiträgen und Umsetzungen auf internationaler, europäischer, nationaler und regionaler Ebene – wie auf Ebene der jeweiligen Minderheiten. Konkrete Forderungen hierzu im Bereich der Minderheiten gibt es genug – die Vertretung beim Europäischen Parlament, die angemessene Förderung, Zuständigkeiten in der Legislative und die Nutzung der Expertise. Die FUEN erwartet die Urteilsverkündung der Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack Initiative zur Frage der Kompetenz in Minderheitenfragen mit Spannung.

In Europa gibt es über 400 Minderheitengemeinschaften, über 90 sind es unter dem Dach der FUEN. Jede dieser Minderheiten hat ein Recht in der Solidargemeinschaft vertreten zu sein.

Vor allem aber ist die FUEN eins – eine Familie, in der die menschliche Komponente des Zusammentreffens und Austausches – Motivations- und Impulsgeber ist für viele Engagierte bei den Minderheiten.

Wir danken alle für die Zusammenarbeit 2015!

Susann Schenk und Hans Heinrich Hansen
Flensburg / Flensborg

FUEN Pressemitteilungen 2015

Januar 2015

HAPPY NEW YEAR! FROHES NEUES JAHR!

COOPERATION BETWEEN EUROPEAN MINORITIES AND LANGUAGE COMMUNITIES DISCUSSED IN LEEUWARDEN / LJOUWERT

JAHRESAUFTAKT FÖDERALISTISCHE UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (FUEN)

3. EUROPEADA 2016 FINDET IN SÜDTIROL STATT

JAHRESAUFTAKTSITZUNG IN SÜDTIROL: EIN EHRGEIZIGES PROGRAMM FÜR DIE FUEN IN DEN NÄCHSTEN ZWÖLF MONATEN

Februar 2015

FUEN SUPPORTS THE EUROPEAN ROADMAP FOR LINGUISTIC DIVERSITY BY NPLD

BERATUNGEN MIT DEM AUSWÄRTIGEN AMT IN FLENSBURG

TREFFEN MIT DEM REGIONSvorsitzenden CARL HOLST

FUEN VISITS MACEDONIANS AND CHAM ALBANIANS IN TIRANA

EUROPEAN PARLIAMENT IS INVESTIGATING HOW THE EUROPEAN CITIZENS' INITIATIVE SHOULD BE REFORMED AND WANTS TO HEAR ABOUT THE EXPERIENCES OF THE MINORITY SAFEPACK INITIATIVE

MINORITY SAFEPACK BEI ANHÖRUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT - MEHR RECHTE FÜR BÜRGERINITIATIVEN

März 2015

FUEN IM GESPRÄCH MIT EU KOMMISSAR TIBOR NAVRACSICS

FUEN TRIFFT EU KOMMISSAR TIBOR NAVRACSICS IN BRÜSSEL

FUEN KONGRESS 2016 IN EU-KULTURHAUPTSTADT BRESLAU/WROCLAW

FESTAKT BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN IN BERLIN

DER TV-SENDER DER KRIMTATAREN ATR DARF NICHT GESCHLOSSEN WERDEN!

April 2015

BESUCH DES INSTITUTS FÜR AUSLANDSBEZIEHUNGEN AN DAS HAUS DER MINDERHEITEN

VORBEREITUNGEN FUEN KONGRESS 2015

ES IST SOWEIT! DIE ANMELDUNG ZUM FUEN KONGRESS IN KOMOTINI IST NUN FREIGESCHALTEN

ZWEI ANSCHLÄGE AUF DIE MOSCHEE UND DAS MASJID AM GLEICHEN TAG IN KOMOTINI

FUEN AT THE 12TH CONGRESS OF THE RMDSZ

DIE EUROPÄISCHE VOLKSPARTEI ORGANISIERT EINE ANHÖRUNG ZU MINDERHEITEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

KLIMA IM GRENZLAND ERTRÄGT KEINE SCHILDER

Mai 2015

NO MINORITY REPRESENTATIVES INVITED BY THE ROMANIAN GOVERNMENT TO CELEBRATE THE RATIFICATION OF THE FRAMEWORK CONVENTION FOR THE PROTECTION OF NATIONAL MINORITIES

ERSTE ANHÖRUNG ÜBER EINE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE VOR DEM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF IN LUXEMBURG

DER 60. JAHRESKONGRESS DER FÖDERALISTISCHEN UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN FINDET VOM 13.-17. MAI 2015 BEI DEN WEST-THRAKIEN TÜRKEN IN GRIECHENLAND STATT

REGIONALE MINDERHEITEN-DENKWERKSTATT IN FLENSBURG

MINET MINDERHEITENMAGAZIN BERICHTET ÜBER WESTTHRAKIEN

FUEN UNTERWEGS NACH WEST THRAKIEN

FUEN CONGRESS 2015 HAS STARTED

FUEN DELEGIERTENVERSAMMLUNG: BILANZ POSITIV

UNGARN BIETET FUEN UNTERSTÜTZUNG AN

BERATUNGEN ÜBER HAUS DER MINDERHEITEN IN FLENSBURG

Juni 2015

NEUE KONGRESSSCHAU ZU DEM FUEN KONGRESS 2015 IN KOMOTINI VERÖFFENTLICHT

LORÁNT VINCZE: DIE MENSCHENRECHTE IN DER EU WERDEN INEFFEKTIV BLEIBEN WENN SIE NICHT AUCH DIE MINDERHEITENRECHTE UMFASSEN

DIE FUEN STELLT SICH, DIE ERGEBNISSE DES FUEN KONGRESS IN GRIECHENLAND UND DIE VORHABEN IM KOMMENDEN JAHR IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VOR

FUEN STARTET PROJEKT

KONFERENZ “MINDERHEITEN IN GRENZREGIONEN” IN SONDERBURG

FUEN UND DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT EUROPÄISCHER GRENZREGIONEN ZUSAMMEN IN SONDERBURG

UKRAINE PROJEKT DER FUEN GESTARTET

VORBEREITUNGSTURNIER FÜR DIE EUROPEADA 2016 EIN ERFOLG

25 JAHRE MINDERHEITENSCHUTZ IN DER LANDESVERFASSUNG VON SCHLESWIG-HOLSTEIN

Juli 2015

DEUTSCHER AUSSENMINISTER STEINMEIER WIRBT FÜR DIALOG, VERTRAUEN UND EINE STÄRKERE EINBINDUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DER OSZE

BERATUNG ZUR ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER MINDERHEITEN (AGDM) IN BERLIN

August 2015

DAS SEKRETARIAT DER FUEN WÜNSCHT ALLEN EINE SCHÖNE UND ERHOLSAME SOMMERZEIT

FUEN AB SOFORT IN BERLIN PRÄSENT

TAG DER OFFENEN TÜR DER BUNDESREGIERUNG IN BERLIN: FUEN IST DABE

September 2015

STATELESS FOR 22 YEARS

FUEN BEI EINEM ERKUNDUNGSBESUCH AUF RHODOS UND KOS

DIE FUEN PRÄSENTIERT DIE EUROPÄISCHEN MINDERHEITEN IN BERLIN

GRIECHISCHER GENERALKONSUL ZU GAST IN FLENSBURG

INTENSIVE WEEK IN STRASBOURG: STATE OF THE UNION, REFUGEES, FUNDAMENTAL RIGHTS AND STRATEGIC COOPERATION WITH THE MINORITY INTERGROUP IN THE EUROPEAN PARLIAMENT

FLÜCHTLINGSWELLE ERFORDERT KONSEQUENTE FRIEDENSBEWÜHUNGEN

DELEGATION OF THE SOCIETY OF SWEDISH LITERATURE IN FINLAND (SLS) VISITS FUEN

FUEN NAHM AN DEM SÁMI SYMPOSIUM IN BERLIN TEIL

JÄHRLICHE OSZE MENSCHENRECHTSKONFERENZ IN WARSCHAU; DEUTSCHER OSZE VORSITZ 2016
GIBT BEKANNT, DASS NATIONALE MINDERHEITEN EINE DER PRIORITÄTEN FÜR DAS NÄCHSTE JAHR
SIND

MINDERHEITENRAT UND MINDERHEITENSEKRETARIAT IN DEUTSCHLAND WERDEN 10!

FUEN NIMMT TEIL AN EU-KONFERENZ ANLÄSSLICH DES EUROPÄISCHEN TAGES DER SPRACHEN 2015

GÄSTE UND GESPRÄCHE BEI DER FUEN UND IM HAUS DER MINDERHEITEN

FUEN ZUM EUROPÄISCHEN TAG DER SPRACHEN 2015: DEINE SPRACHE IST DEIN ZUHAUSE...

SIEBENTAUSEND GÄSTE BEIM GELUNGENEN KULTURFESTIVAL DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN
POLEN

Oktober 2015

ERSTES URTEIL IN SACHEN EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

EUROPEAN COMMISSION ORGANISES ANNUAL COLLOQUIUM ON FUNDAMENTAL RIGHTS 2015
EDUCATION POLICY IN SLOVAKIA IN REGARD TO THE TEACHING OF HUNGARIAN AND OTHER
MINORITY LANGUAGES REQUIRES FURTHER EUROPEAN ATTENTION

SECOND WEEK OF THE OSCE HUMAN DIMENSION IMPLEMENTATION MEETING: FUEN WAS WELL
REPRESENTED IN WARSAW

FUEN LEGTE BEI DER UN-MENSCHENRECHTSKOMMISSION DER VEREINTEN NATIONEN ZWEI
SCHRIFTLICHE STELLUNGNAHMEN VOR

PARLIAMENTARY ASSEMBLY OF THE COUNCIL OF EUROPE: MIGRATION AND REFUGEES, WOMEN
BELONGING TO MINORITIES, THE IMPLEMENTATION OF JUDGMENTS AND MONITORING OF STATES

IN EIGENER SACHE: FUEN VOLL KINDERFREUNDLICH

FUEN MEETS MESHKETIAN TURKS AND KARACHAY-BALKARS IN MOSCOW

FUEN BEI DEN OPEN DAYS – IM AUSSCHUSS DER REGIONEN

FUEN BEI KIEWER GESPRÄCHEN

18. JAHRESTAGUNG DER SLAWISCHEN MINDERHEITEN IN KROATIEN

FUEN BEI DEN OPEN DAYS – IM AUSSCHUSS DER REGIONEN

FUEN ERÖFFNET EUROPÄISCHE REPRÄSENTANZ IN BRUSSEL/BRUXELLES

EUROPEADA2016: AUSLOSUNG AM 14.12.2015 IN BOZEN

SEMINAR FOR NON-KIN-STATE MINORITIES IN SWITZERLAND

FUEN PRESIDENT SPEAKS AT MEETING ON THE OSCE CONTRIBUTION TO THE PROTECTION OF NATIONAL MINORITIES IN VIENNA

November 2015

FUEN PRÄSIDENT HANS HEINRICH HANSEN IN WIEN: “DER GRUNDSATZ EINER GELUNGENEN MINDERHEITENPOLITIK IST GLEICHWERTIGKEIT UND DIALOG AUF AUGENHÖHE”

FUEN BEI VORBEREITUNG DES DEUTSCHEN OSZE VORSITZES 2016 IN BERLIN

ZWEITES JAHRESTREFFEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER TÜRKISCHEN MINDERHEITEN FINDET IN BAKU STATT

POLITISCHE GESPRÄCHE IN BERLIN: 24. JAHRESTAGUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER MINDERHEITEN

XVIII. FUEN-JAHRESTREFFEN SLAWISCHER MINDERHEITEN VOM 15.10. BIS 18.10.2015 IN DARUVAR/KROATIEN – SACHBERICHT VERÖFFENTLICHT

PRESENTATION OF THE PROJECT TO DEVELOP A PROTOCOL ON LANGUAGE DIVERSITY AS PART OF THE 2016 EUROPEAN CAPITAL OF CULTURE DONOSTIA/SAN SEBASTIAN IN THE EUROPEAN PARLIAMENT

VOLLES PROGRAMM FÜR DIE TEILNEHMER DER 24. JAHRESTAGUNG DER FUEN ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER MINDERHEITEN: WICHTIGE GESPRÄCHE IN BERLIN
SECOND ANNUAL MEETING OF THE FUEN WORKING GROUP OF TURKIC MINORITIES (TAG) IN BAKU CONCLUDED SUCCESSFULLY

FUEN FÖRDERUNG DURCH DEN BUND AB 2016 IN HÖHE VON 500.000 EURO

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH AN DEN BUND DEUTSCHER NORDSCHLESWIGER ZUM 70. JAHRESTAG

FUEN ATTENDS THE UNITED NATIONS FORUM ON MINORITY ISSUES IN GENEVA

Dezember 2015

EUROPEAN PARLIAMENT DISCUSSES DUTCH MINORITY LANGUAGE POLICY IN THE CARIBBEAN

UNITED NATIONS FORUM ON MINORITY ISSUES DISCUSSES THE ISSUE OF MINORITIES IN THE CRIMINAL JUSTICE SYSTEM

EUROPEADA 2016: DIE TEAMS STEHEN FEST!

FUEN WÜNSCHT FROHE WEIHNACHTEN

Januar 2015

HAPPY NEW YEAR! FROHES NEUES JAHR!

BONNE ANNÉE! С НОВЫМ ГОДОМ!

2.1.2015

Godt Nytår! Srečno novo leto! Hyvää Uutta Vuotta!
Blwyddyn Newydd Dda! Gott Nytt År! Felíc Any
Nou! Sretna Nova godina! Šťastný Nový
Rok! Gelukkig Nieuwjaar! Head uut
aastet! Ευτυχισμένο το Νέο Έτος! Boldog Új Évet!
Shona Bhliain Nua! Buon Anno! Среќна Нова
Година! Szczęśliwego Nowego Roku! Срећна
Нова година! З Новим Роком!



COOPERATION BETWEEN EUROPEAN MINORITIES AND LANGUAGE COMMUNITIES DISCUSSED IN LEEUWARDEN / LJOUWERT

12.1.2015

Last Friday, a delegation consisting of FUEN Vice President Loránt Vincze and FUEN advisor Frank de Boer were in Fryslân/Friesland, the Netherlands, to talk about cooperation with the Frisian vice-governor Jannewietske de Vries, who is also the president of the [Network to Promote Linguistic Diversity \(NPLD\)](#), and her advisor Alex Riemersma.



“There is a need to unite our forces in Brussels. In FUEN, we work for the creation of a sustainable system of minority protection in Europe, which includes the protection of linguistic and cultural identity. NPLD is an important partner for us that also advocates the promotion of linguistic diversity and the use and education of regional and minority languages. A new European Commission was recently established and we are at the beginning of a new cycle of European funding programmes. There are chances to exert influence now, and our first experiences show that we can establish a constructive dialogue and working relation with the new Commission”, Loránt Vincze said at the meeting. Vice-governor Jannewietske de Vries too was very much in favour of joining forces in Brussels. Several areas of cooperation and a time schedule were agreed between FUEN and NPLD.

FUEN also used the opportunity to speak with its Frisian member organisation [Ried fan de Fryske Beweging](#). Chairman Geart Benedictus and board member Pier Bergsma told about the challenges to the Frisian language, such as the creeping centralisation and scaling up of many administrative services. Another topic of discussion was the FUEN Congress of 2018, which will take place when Leeuwarden / Ljouwert will be the European Capital of Culture.

The visit took place following a meeting with Cor van der Meer and Marit Bijlsma of the [Mercator Research Centre](#) on Multilingualism and Language Learning, the leading partner of the Mercator Network of research centres in Europe. Van der Meer told about their current projects, such as e.g. the Open Educational Resources (OER) project and the series of regional dossiers with information about education in minority languages in Europe. Together we discussed about ways of cooperation that would enable the minorities active in FUEN to access and participate in the research and projects of Mercator.

The day was concluded at the New Year reception of the Province of Fryslân, hosted by governor John Jorritsma.

Photo: FUEN and Ried fan de Fryske Beweging

JAHRESAUFTAKT FÖDERALISTISCHE UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (FUEN)

22.-24.01.2015 BOZEN/SÜDTIROL

22.1.2016



Traditionell beginnt das Präsidium der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen seinen Jahresauftakt in Südtirol. Die Landesrätin und FUEN Vizepräsidentin Martha Stocker lädt vom 22.-24. Januar nach Bozen. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Jahresplanung des größten Dachverbandes

der europäischen Minderheiten, die Zusammenarbeit zwischen den Regionen, der Stand der europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack, die Vorbereitungen des 60. FUEN Kongresses in West-Thrakien und die Ankündigung der 3. Fußball-Europameisterschaft der Minderheiten EUROPEADA 2016.

Die aktuelle Lage in Europa und die Rolle der Minderheiten sind Gegenstand einer Reihe von politischen Gesprächen.

Zum Auftakt treffen die FUEN Präsidiumsmitglieder heute (Donnerstag, 22.01.2015) unter Leitung von Hans Heinrich Hansen, Landeshauptmann Arno Kompatscher sowie Europaabgeordneten Herbert Dorfmann.

Der Obmann der SVP Philipp Achammer und der Landessekretär Manuel Massl begrüßen das Präsidium am Freitag (23.01.2015) im SVP Büro in Bozen.

Im Vorfeld der Pressekonferenz zur Ankündigung der EUROPEADA2016 in Südtirol steht ein Treffen mit dem Organisationskomitee auf dem Programm.

Nach 2008 in Graubünden bei den Rätoromanen in der Schweiz und 2012 bei den Lausitzer Sorben, geht die Fußball-Europameisterschaft der Minderheiten 2016 nach Südtirol. Der zweimalige Sieger von 2008 und 2012 bewarb sich erfolgreich um die 3. Ausrichtung der europäischen Meisterschaft. Die EUROPEADA findet zeitgleich zur offiziellen Europameisterschaft der UEFA statt. Die Mannschaften repräsentieren die autochthonen, nationalen Minderheiten Europas. Die EUROPEADA ist vor allem eins - ein großartiges Fußball-Fest der Sprachen und Kulturen mit europaweiter medialer Aufmerksamkeit.

Die Autonome Region Trentino-Südtirol und die Autonome Provinz Bozen sind kontinuierliche Förderer der FUEN und damit der Minderheiten in Europa. Die SVP ist Mitglied der FUEN seit 1988.

Pressekonferenz Freitag, 23.01. 10:00 Uhr, SVP Büro Bozen

Programm:

Donnerstag, 22. Januar

18:00 hr Begrüßung im SVP Büro und Präsidiumssitzung

20:00 hr Abendessen mit Landeshauptmann Arno Kompatscher und MEP Herbert Dorfmann

Freitag, 23. Januar

08:45 hr Treffen im SVP Büro mit Obmann Chairman Philipp Achammer Landessekretär Manuel Massl

09:00 hr Treffen mit EUROPEADA Organisations-Komitee im SVP Büro

10:00 hr Pressekonferenz

12:00 hr Treffen mit dem ladinischen Landesrat Dr Florian Mussner

13:30 -17:30 hr Präsidiumssitzung

18:00 hr Gespräch mit dem Chefredakteur der Dolomiten Toni Ebner

Im Foto: FUEN Präsidium beim Abendessen mit Landeshauptmann Arno Kompatscher und MEP Herbert Dorfmann

3. EUROPEADA 2016 FINDET IN SÜDTIROL STATT

23.1.2015

Im Rahmen einer Medienkonferenz hat das Präsidium der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) am Freitagvormittag am SVP-Sitz in Bozen erste organisatorische Details zur Fußballeuropameisterschaft der autochthonen nationalen Minderheiten 2016 präsentiert. Die so genannte „Europeada“ findet vom 18. bis 26. Juni im Pustertal und im Gadertal statt und soll dabei nicht nur sportlich, sondern auch kulturell die Minderheiten Europas einander näher bringen.



Die vergangene Europeada 2012 bei den Lausitzer Sorben in Deutschland habe bewiesen, dass ein sportliches Ereignis dieser Dimension ein starkes Miteinander in der Region schaffen könne. „Fußball kann den Mehrwert der Minderheiten transportieren“, betonte FUEV-Vizepräsidentin Martha Stocker im Rahmen der heutigen Medienkonferenz. Diesen Eindruck bestätigte auch der Organisator der damaligen Europeada und FUEV-Vizepräsident Bernhard Ziesch. „Die Europeada war ein Publikumsmagnet für die eigene Minderheit, aber auch für die gesamte Region. Wir freuen uns dieses Mal als Teilnehmer und als begeisterte Fans bei dieser kulturellen, vielsprachigen Veranstaltung dabei zu sein“, so Ziesch.

Siegfried Stocker, Vorsitzender des Südtiroler Organisationskomitees, betonte, dass es sich bei den Organisatoren um ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen handle, wobei man auf die Hilfe und Infrastrukturen der lokalen Vereine baue. „Unser Ziel ist es, ein qualitativ hochwertiges Fußballturnier zu organisieren, bei dem Menschen zusammentreffen und Sport erleben“, so Stocker. Die Austragungsstätten befänden sich im Pustertal, wo es möglich sei auch das Gadertal und somit beide Volksgruppen Südtirols aktiv einzubinden.

FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen beschrieb die Organisation der ersten Europeada im Jahr 2008 als ein Experiment. Dadurch sei es jedoch gelungen, die Minderheitenproblematik stärker in das Licht der

Öffentlichkeit zu rücken. „Wir stehen auch momentan noch vor der großen Herausforderung, wie wir vor allem Anerkennung und Respekt gegenüber den autochthonen, alten Minderheiten in Europa erreichen können“, betonte Hansen. Dieses Ziel habe auch die 2013 in Brixen gestartete Bürgerinitiative „Minority Safe Pack“ verfolgt, welche jedoch von der EU-Kommission abgelehnt worden sei. Damit habe man sich jedoch nicht vom Weg abbringen lassen, sondern kämpfe nun vor Gericht weiter dafür, für Minderheiten und ihre Anliegen in Europa zu sensibilisieren. „Ein sportliches, kulturelles Ereignis wie die Europeada schafft eine Möglichkeit aufzuzeigen, dass Minderheiten Teil der Gesellschaft sind“, hielt FUEV-Vizepräsident Loránt Vincze fest.

„Wir freuen uns auf das Turnier in Südtirol und auf die erstmalige Ausschreibung sowohl für Herren als auch Damen. Man darf gespannt sein, wie viele Mannschaften sich 2016 miteinander messen werden, schließlich sind die Südtiroler als Titelverteidiger nicht nur im fußballerischen Können, sondern auch als Sympathieträger bei der tollen Gestaltung des Rahmenprogramms rund um das Turnier gefordert“, erklärte FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen.

Quelle: SVP

Im Bild (v.l.n.r.): FUEV-Vizepräsident Bernhard Ziesch, FUEV-Vizepräsidentin Martha Stocker, der Vorsitzende des OK-Teams der Südtiroler Europeada Siegfried Stocker und FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen

JAHRESAUFTAKTSITZUNG IN SÜDTIROL: EIN EHRGEIZIGES PROGRAMM FÜR DIE FUEN IN DEN NÄCHSTEN ZWÖLF MONATEN

27.1.2016

Traditionell findet die erste Präsidiumssitzung des Jahres in Bozen/Bolzano statt. Dieses Jahr war es nicht anders. Vom 22. – 24. Januar reisten die Mitglieder des Präsidiums aus allen Richtungen Europas nach Südtirol, um über die Aktivitäten und die Strategie der FUEN für die kommenden zwölf Monate zu diskutieren.

Hans Heinrich Hansen, FUEN Präsident unterstrich die guten Beziehungen zu Südtirol: „Es kommt nicht von ungefähr, dass die FUEN ihren Jahresauftakt in Südtirol begeht. Das Südtiroler Autonomie-Modell ist ein gelungenes Beispiel für eine friedliche Lösung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheit in einer Region. Es ist für die Solidarität der Minderheitengemeinschaft in Europa stets wichtig gewesen, auf die Unterstützung aus Südtirol zu bauen. Hier haben wir viele Mitstreiter und Mitdenker.“



Hansen bedauerte im Namen der FUEN die Anschläge von Paris und zeigte sich bestürzt darüber, dass die multilaterale Krise in Europa nicht vor der Anwendung von Gewalt zurückschreckt.

„Wir befinden uns in einer sich verändernden Welt und einer sich wandelnden Gesellschaft. Es ist eine Frage der Menschenwürde, wie wir mit den Zukunftsfragen und Ängsten der Menschen umgehen. In uns allen gibt es eine tiefe Sehnsucht nach Frieden. Wir Minderheiten haben immer gesagt, dass wir mit unseren interkulturellen Erfahrungen und Werten zum Abbau von Spannungen und beim Aufbau von transnationalen Beziehungen beitragen können und wollen.“

Die FUEN selbst und jede ihrer Mitgliedsorganisationen hält eine Reihe von konkreten Angeboten für Politik und Gesellschaft bereit:

Zunächst einmal gibt es die Europäische Bürgerinitiative Minority SafePack. Diese Initiative, mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung für den Schutz der Minderheiten auf der Ebene der Europäischen Union, wurde von der Europäischen Kommission abgelehnt. Die Ablehnung wurde von den Organisatoren angefochten. Die FUEN erwartet bis zum Ende dieses Jahres eine Entscheidung vom Europäischen Gerichtshof. Die FUEN engagiert sich in der Zwischenzeit in einem aktiven Dialog für den Schutz der Minderheiten mit Vertretern europäischer Institutionen, unter anderem mit der Europäischen Kommission. Es ist klar, dass die Bürgerinitiative nicht so funktioniert wie es angedacht war und somit Anpassungen dazu notwendig sind: es sollte sich wesentlicher auf den politischen Charakter, als auf die rechtlichen Aspekte konzentriert werden. Die FUEN wird die anstehenden Auswertungen im Jahr 2015 aufmerksam verfolgen.

Eine zweite wichtige Priorität im Jahr 2015 für die FUEN wird es sein, die Regionen und die einzelnen Minderheiten einander näherzubringen und die Zusammenarbeit dieser Regionen auf europäischer Ebene zu fördern. Mit Hilfe einflussreicher Politiker aus ganz Europa will die FUEN die Probleme und Werte der Europäischen Minderheiten höher auf die europäische Agenda bringen. Ankündigt wurden eine Zusammenkunft der Regionen 2015 in Brüssel und 2016 zur EUROPEADA.

Drittens - ein Highlight für die Europäischen Minderheiten wird der FUEN Kongress 2015 sein, welcher vom 13. -17. Mai 2015 bei den Westthakien-Türken in Griechenland stattfinden wird. Während der Präsidiumssitzung wurde das Programm besprochen. Der FUEN Kongress in Komotini möchte sich eingehend mit der prekären Situation der Türken in Griechenland beschäftigen. Sie sind nicht als eine türkische Minderheit anerkannt und ihre Autonomie in Fragen von Religion und Bildung wird nicht akzeptiert, obwohl internationale Verträge diese Autonomie garantiert haben. Ebenfalls auf dem Kongress wird auch die jährliche Delegiertenversammlung der FUEN stattfinden.



Februar 2015

FUEN SUPPORTS THE EUROPEAN ROADMAP FOR LINGUISTIC DIVERSITY BY NPLD

6.2.2015

The [Network to Promote Linguistic Diversity \(NPLD\)](#) launched its European Roadmap for Linguistic Diversity in the European Parliament in Brussels yesterday. NPLD is an important partner of FUEN and the two organisations work together in Brussels to advocate for the regional and minority languages in Europe. Both FUEN and NPLD want the EU to respect its own motto: “United in Diversity” and that the EU increases its support to those languages in Europe that are endangered.

At the launch, FUEN Vice President Loránt Vincze expressed FUEN’s support for the Roadmap: “We will be a strategic partner along the adoption and implementation period of this project.” At the meeting in the European Parliament, Vincze also emphasised the proposed measures in the Minority SafePack Initiative that aim at creating favourable conditions for linguistic and cultural diversity. “The Roadmap contains the same thread, the same elements.” The FUEN Vice President suggested that mother tongue education and the right to use the mother tongue should be more emphasized in the document. He also offered to include the Map of Minorities & Regional and Minority Languages as an annex to the Roadmap. “I am certain that the aspiration of the Roadmap to realise the inclusion of language rights within the Charter for Fundamental Rights, and the long-term objective of the FUEN to include also the autochthonous minority rights within the fundamental rights catalogue would certainly change the course of history for our languages and for our communities.”



The European Roadmap for Linguistic Diversity aims to reaffirm the European Union’s commitment to linguistic diversity and to ensure that all languages spoken in Europe are seen as common assets, which need to be supported and promoted. The Roadmap is set within the framework of the present context of the European Union, where the economy is at the forefront of the political agenda. Well thought-out policies and initiatives are called for if strengthening the vitality of languages is to be linked to the creation of prosperous economies, building cohesive societies and working towards a common destiny together in Europe.

In the upcoming months, the Roadmap will be open for consultation. After that a final version will be launched at a conference in Brussels in October 2015.



Photo 1: FUEN Vice President Loránt Vincze

Photo 2: NPLD representatives Jannewietske de Vries, Meirion Prys Jones and Vicent Climent

BERATUNGEN MIT DEM AUSWÄRTIGEN AMT IN FLENSBURG

24.2.2015

Wie können die Erfahrungen und Leistungen des deutsch-dänischen Grenzlandes, des Landes Schleswig-Holstein und der beiden ansässigen europäischen Organisationen FUEN und ECMI besser genutzt werden, dieser Frage ging Ralf Beste, stellvertretender Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt bei seinem Besuch in Flensburg nach.

In Anwesenheit der Minderheitenbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein Renate Schnack, berieten FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen, FUEN Generalsekretärin Susann Schenk und ECMI Vorstandsvorsitzender Dr. Jørgen Kühl im Haus der Minderheiten, über Angebote an die deutsche Außenpolitik. Insbesondere stehen Dialog- und Konfliktlösungsmodelle unter Einbezug der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt des Interesses. Zudem übernimmt Deutschland im Jahr 2016 den OSZE-Vorsitz.

Zum Abschluss der Beratungen begrüßte auch Flensburgs Oberbürgermeister Simon Faber den Gast aus Berlin im Kontor des Hauses der Minderheiten.

Die Beteiligten waren sich einig, dass das Potential Flensburgs und des deutsch-dänischen Grenzland als europäischer Minderheitenstandort, auch aus bundesdeutscher Sicht erfolversprechend eingesetzt werden kann.



Im Bild von links: Flensburgs Oberbürgermeister Simon Faber, FUEN Generalsekretärin Susann Schenk, FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen, die Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein Renate Schnack, stellvertretender Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt Ralf Beste und ECMI Vorstandsvorsitzender Dr Jørgen Kühl im Haus der Minderheiten in Flensburg

TREFFEN MIT DEM REGIONSVORSITZENDEN CARL HOLST

EUROPÄISCHE REGIONEN IM FOKUS DER FUEN

25.2.2015

Die Region Syddanmark und die Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Regionen im Bereich Minderheitenpolitik standen im Mittelpunkt des Treffens mit dem Regionsvorsitzenden Carl Holst in Vejle.

FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen und Vizepräsident Dieter Paul Küssner, nutzten die Gelegenheit die europäischen Aktivitäten der FUEN vorzustellen und für eine engere Einbindung der Region Syddanmark zu werben.

Die Poitionierung des deutsch-dänischen Grenzlandes mit dem Haus der Minderheiten in Flensburg ist hierbei von besonderer Bedeutung.

Das Gespräch bei der Region Syddanmark, folgt dem Besuch der FUEN beim Landeshauptmann Südtirols Arno Kompatscher und mit dem Chef der Staatskanzlei Schleswig-Holsteins Thomas Losse-Müller.

Nächste Woche (03.03.) wird Hans Heinrich Hansen mit dem neugewählten Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Oliver Paasch zusammentreffen.



FUEN VISITS MACEDONIANS AND CHAM ALBANIANS IN TIRANA

25.2.2016

The Federal Union of European Nationalities (FUEN) visited the Macedonian Association „Ilinden“ and the Institute of Cham Studies in Tirana, Albania regarding the applications of these two organisations for a membership to FUEN.

During the Fact Finding Mission in Tirana on 20 February 2015, FUEN Vice President Halit Habip Oglu and FUEN Legal Advisor Frank de Boer had meetings with the representatives of the Macedonian minority in Albania and the Cham Albanians of Greece living in Albania.

Three national minorities, Greeks, Macedonians and Montenegrins/Serbs, and two cultural minorities, Aromanians and Romani people are recognized in Albania. Other minorities in Albania include the Balkan Egyptians, Bosniaks and Jews.

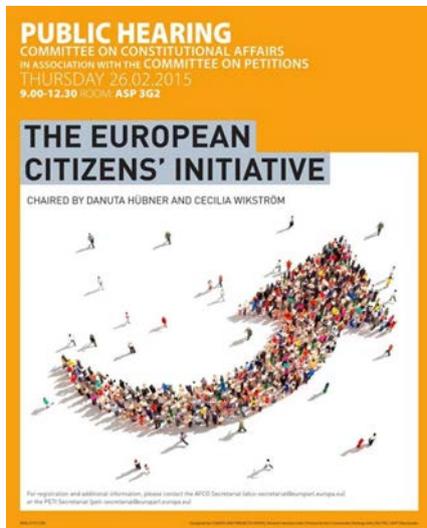


Photo 1: FUEN with the Chairman of the Macedonian Association "Ilinden" Nikolla Gjurgjaj and other representatives

Photo2: FUEN with the Chairman of the Institute of Cham Studies Gjergj Xhafa

EUROPEAN PARLIAMENT IS INVESTIGATING HOW THE EUROPEAN CITIZENS' INITIATIVE SHOULD BE REFORMED AND WANTS TO HEAR ABOUT THE EXPERIENCES OF THE MINORITY SAFEPAK INITIATIVE

26.2.2015



Hearing

Today will be an important day for the future of direct democracy in the European Union. On 26 February 2015, two committees of the Parliament, the Petitions Committee and the Constitutional Affairs Committee will organise a hearing on the European Citizens' Initiative.

After almost three years, it is obvious that the first international instrument of direct democracy did not fulfil its expectations. A total number of 47 initiatives were proposed. Of these, 20 were rejected already at the registration phase, 24 finished collecting signatures, of which only 3 managed to collect the required 1 million signatures and today you can sign only 3 initiatives. At the same time there are 7 citizens' initiatives pending at court, including our initiative, the Minority SafePack.

Representatives of civil society, the Commission, the Parliament and the Ombudsman have already announced that the current setup of the European Citizens' Initiative is not functioning and that changes have to be made. The aim of the hearing is for the Parliament to find out about the problems and to investigate possible solutions, with the help of the organisers of citizens' initiatives, legal professors, political scholars and campaigning experts.

The first hour of the hearing will see First Vice President Frans Timmermans of the European Commission respond to the experiences of three different European Citizens' Initiatives: the "Right to Water", a well-resourced initiative that managed to collect 1.88 million signatures and was able to influence policy in the field of water privatisation; the "End Ecocide" initiative, a volunteer-driven initiative that collected almost 120,000 signatures and failed; and our own Minority SafePack Initiative, that was rejected in the registration phase, and is now fighting the rejection by the European Commission before the European Court of Justice in Luxembourg.

The Minority SafePack Initiative

The Minority SafePack Initiative is based on an initiative of the members of the Federal Union of European Nationalities (FUEN). The project was born out of solidarity between the many different minorities and language communities in Europe. With strong support from communities all over Europe, the minorities wanted to collect more than one million signatures for a package of different legal acts (laws) for the promotion and protection of the European minorities and for the regional and minority languages.

This Minority SafePack package was drawn up by a team of legal experts, and includes several policy actions in regard to It shall include policy actions in the areas of regional and minority languages, education and culture, regional policy, participation, equality, audiovisual and other media content, and also regional (or state) support.

The Minority SafePack was officially launched at the FUEN Congress of 2013 in Brixen, South Tyrol, Italy. A little later, in July 2013, a high-level citizens' committee submitted the proposal to the European Commission. The citizens' committee is chaired by FUEN President Hans Heinrich Hansen and consists further of the former Romanian Minister of Culture Hunor Kelemen, President of RMDSZ, the organisation of the Hungarian Community in Romania, (then) Prime Minister Luis Durnwalder of South Tyrol, (then) Prime Minister of the German-speaking Community in Belgium Karl-Heinz Lambertz, the Schleswig-Holstein Minister Anke Spoorendonk, the Chair of the Network to Promote Linguistic Diversity and Frisian Minister Jannewietske de Vries and the Chair of the Carinthian Slovenes in Austria Valentin Inzko, who is the UN High Representative for Bosnia and Herzegovina.

FUEN was very surprised, when in September 2013 the European Commission rejected the initiative; according to the European Commission the proposed initiative fell “manifestly outside the framework of the Commission’s powers”.

Soon after, the organisers decided that they had no other option than to challenge the decision of the European Commission. First of all, the reasoning by the Commission is incomprehensible: the Commission denied the initiative, although it wrote that some of the acts requested in the Annex to the Minority SafePack Initiative might be acceptable. The Commission failed to mention in its rejection decision, what acts it considered impossible. On the other hand, it wrote that the Regulation on the citizens' initiative does not provide for the registration of part or parts of a proposed initiative.

Legal proceedings

For the Minority SafePack Initiative the reasoning was insufficient. From the text it is not clear which of these measures are not possible, why these are unacceptable, and why it (eventually) would be impossible to register part of an initiative, as the initiators had asked the Commission to do, in case the Commission would deem one or more sub-proposals legally unacceptable. The Regulation is silent about registering parts of an initiative: it does not state that it is impossible. The second argument was that in the opinion of FUEN all the proposals are valid and therefore the complete Minority SafePack should have been registered and allowed to start collecting signatures.

In the course of the legal proceedings the Commission and the Minority SafePack have exchanged arguments about the proposed citizens' initiative. The first bone of contention is the comprehensibility of the rejection decision: for the Commission it is enough that they give a reason. It obviously does not matter for the Commission that the citizens will not be able to understand this reasoning and that therefore they are not able to resubmit a better version. FUEN is of the opinion that the rejection of a citizens' initiative should be understandable for citizens, and not require top class experts of EU law. This also follows from Recital 2 of the Regulation, which calls for clear, simple, user-friendly procedures and conditions so as to encourage participation by citizens and to make the Union more accessible.

The Commission also argues that only the 500 characters (the “corpus” as they call it) that can be entered at the description of the objectives determine the content of the initiative. The Annex (for us: the 14 pages with detailed proposals) can only have an indicative and informative character, writes the Commission. In the opinion of FUEN, nothing in the Regulation suggests that the Annex does not form an integral part of the citizens' initiative, and should therefore be assessed on its merits, together with the description of the objectives.

The arguments made by the Commission on the content of the initiative are limited to three sub-proposals (Regional Policy, Political Participation and Equality) and deal with very delicate legal distinctions of when the Commission has the competence to make a proposal for a legal act and when not. By lack of precedents, neither the Commission nor the Minority SafePack can be sure about what the European

Court of Justice will eventually decide, although the Minority SafePack Initiative is of the opinion that it has the stronger arguments.

The legal case against the rejection of the citizens' initiative has been going on since the end of 2013 and will probably continue till the end of 2015. Since Spring 2014, two Member States (Slovakia and Romania) have sided with the Commission and one Member State (Hungary) with the Minority SafePack Initiative. In the beginning of 2015 the written proceedings were concluded and now the initiators are waiting for the Court to set a date for the oral hearing.

Legal procedures like this one are costly and take much time. FUEN is hopeful that the outcome of the legal case will clarify the scope of minority protection in the European Union. On the other hand, FUEN thinks that it is unfair that seven private persons have to foot the bill to clarify fundamental issues of EU law and even run the risk of having to pay the costs of the Commission as well. Especially with these delicate legal issues, and unresolved issues in the Regulation on the citizens' initiative, it is unacceptable that private citizens are put in such a disadvantaged situation in comparison with the Commission or the Member States, which are paid by the money of taxpayers. A solution must be introduced to clarify and solve justified complaints or unresolved legal issues in relation to the European Citizens' Initiative itself. The investments made by the Minority SafePack Initiative are of great importance for both the European Citizens' Initiative as for some of the substantial issues in this legal case.

Conclusion

In the opinion of FUEN the European Citizens' Initiative has become too much a strictly legal instrument and not the instrument for European debate that it should have been. The approach as taken by the Commission is far too formalistic and legalistic.

FUEN is pleased to notice that most actors and institutions have recognised that something has to change in relation to the European Citizens' Initiative. FUEN is offering its expertise and experience. It hopes that the Regulation will be amended so that it will become easier to use the citizens' initiative for a genuine European debate on important issues. Europe needs these debates, and one of these is the debate on minority protection and on cultural and linguistic diversity in the European Union.

Link to the live-stream: <http://www.europarl.europa.eu/ep-live/en/committees/video?event=20150226-0900-COMMITTEE-AFCO-PETI>

Minority SafePack Initiative:

https://www.fuen.org/fileadmin/user_upload/downloads/MSPI_ENGL_Official_Document.pdf

For more information about the Minority SafePack and the procedure before the European Court of Justice, please contact: info@fuen.org

MINORITY SAFEPAK BEI ANHÖRUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT - MEHR RECHTE FÜR BÜRGERINITIATIVEN

FUEN-VERTRETER SPRICHT VOR AUSSCHUSS

27.2.2015

In Anwesenheit des 1. Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans, des Europäischen Ombudsmanns, zahlreicher Abgeordneter des Europäischen Parlaments und geladener Experten, wurde Donnerstag, 26.02.2015, auch der Kieler Rechtsanwalt Ernst Johansson, vor dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen und dem Petitionsausschuss in Brüssel gehört. Von der Anhörung vor dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen und dem Petitionsausschuss erhofft sich die FUEN eine Weichenstellung für mehr direkte Demokratie in der Europäischen Union. Es geht dabei um die Frage, ob und wie Bürgerinitiativen mehr Mitsprache bekommen. Die FUEN hatte eine Bürgerinitiative, die Minority SafePack Initiative im Juli 2013 initiiert und durch ein Bürgerkomitee der Kommission vorgelegt, die die Rechte der Minderheiten in Europa stärken soll, war aber von der Europäischen Kommission nicht zugelassen worden. Die von der FUEN initiierte Initiative für die Rechte der Minderheiten in Europa ist eine von drei Bürgerinitiativen, die zur Anhörung im Europäischen Parlament geladen waren. Die Anhörung des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und des Petitionsausschusses, wird die Zukunft dieses europäischen Instrumentes der direkten Demokratie maßgeblich bestimmen.



Dabei wurde deutlich, dass es in erster Linie um grundlegende politische und legitime Diskussionspunkte der Europäischen Union geht und dass dahinter unzureichende organisatorische, juristische und technische Fragen der Bürgerinitiative zurücktreten.

“Die Bürgerinitiativen sind für den Normalbürger gemacht – nicht für Juristen. Der Normalbürger muss bei einer Ablehnung seiner Initiative ersehen können, warum abgelehnt wird und nicht nur die floskelhafte Begründung “offensichtlich außerhalb der Kompetenzen” erhalten.”, so der Kieler Anwalt Ernst Johansson, der die Minority SafePack Initiative für die FUEN vertritt.

“Diese Begründung ist für uns keine Begründung”, so Hans Heinrich Hansen, FUEN Präsident und Vorsitzender des Bürgerkomitees der Minority SafePack Initiative. “Die europäischen Minderheiten haben dieses unverzichtbare Instrument direkter Demokratie sofort genutzt. Wir Minderheiten in Europa mit über 100 Millionen Angehörigen können es nicht hinnehmen, dass wir mit der lapidaren Antwort der fehlenden Zuständigkeit abgelehnt worden sind. Um so mehr ist es ein klares Zeichen der Anerkennung, hier neben der bekanntesten Initiative “Right to water / Recht auf Wasser” als eines der Beispiele in der hochrangigen Anhörung herangezogen zu werden.”

Die Minority SafePack Initiative fordert die EU-Kommission auf, den Schutz für Angehöriger nationaler Minderheiten und Sprachminderheiten zu verbessern und eine Reihe von Rechtsakten zu verabschieden, den Schutz für Angehöriger nationaler Minderheiten zu verbessern und die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa zu stärken.

"Die FUEN ist in der Lage," so der Präsident der FUEN, ihre Erfahrung und Expertise im Bereich Europäische Bürgerinitiative einzubringen." Übereinstimmend wird eine Vereinfachung des Instruments gefordert, um die Wirkung zu erhöhen.

Minority SafePack Initiative

Die Mitglieder der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) haben eine Europäische Bürgerinitiative auf den Weg gebracht. Das Vorhaben ist die bedeutendste Initiative der Minderheiten in Europa der letzten Jahrzehnte und basiert auf einer breiten solidarischen Aktion. Von einem Team von Experten erarbeitet, enthält das Minority SafePack ein Bündel an Maßnahmen und konkreten Rechtsakten zur Förderung und zum Schutz der europäischen Minderheiten sowie der Regional- und Minderheitensprachen.

Die von einem hochrangig besetzten Bürgerkomitee eingereichte Initiative wurde von der Europäischen Kommission im September 2013 jedoch abgelehnt, mit der Begründung „offenkundig nicht in den Kompetenzrahmen der Kommission“ zu fallen.

Aktuell wartet die Minority SafePack Initiative auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs.

[Minority SafePack Initiative Basic Information](#)

[Minority Safepack Initiative Dokument](#)

[Minority Safepack Initiative Flyer](#)



März 2015

FUEN IM GESPRÄCH MIT EU KOMMISSAR TIBOR NAVRACSICS

2.3.2015

Morgen trifft FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen mit einer Delegation auf den EU-Kommissar Tibor Navracsics, teilt Generalsekretärin Susann Schenk heute in Flensburg mit.

Der ungarische Kommissar ist zuständig für die Bereiche Bildung, Kultur, Jugend und Sport sowie Mehrsprachigkeit.

Die FUEN Delegation besteht aus: Präsident Hans Heinrich Hansen (Deutscher Nordschleswiger), Vizepräsident Loránt Vincze (Ungar aus Rumänien), Berater Frank de Boer (Westfrieze), Language diversity Projektmanagerin Judith Walde (Lausitzer Sorbin), Projektmanagerin Eva Penzes (Ungarndeutsche) und JEV Präsident Matic Germovsek (Kärntner Slowene).



Im Mittelpunkt des Gesprächs steht die Förderung der Minderheitenanliegen durch die EU-Kommission 2014-2020 sowie die Präsentation konkreter Vorhaben im Bereich Sport, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend.

Es ist das zweite Gespräch mit einem Mitglied der Juncker-Kommission, nach dem Zusammentreffen mit dem für Grundrechte zuständigen Kommissar Timmermans im November 2014.

Foto: ec.europa.eu

FUEN TRIFFT EU KOMMISSAR TIBOR NAVRACSICS IN BRÜSSEL

4.3.2015

Gestern traf sich eine Delegation der FUEN – Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen – unter Leitung des Präsidenten Hans Heinrich Hansen mit dem Europäischen Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport Tibor Navracsics in der [Europäischen Kommission](http://ec.europa.eu) in Brüssel. In sein Arbeitsfeld gehört u.a. auch der Bereich der Minderheitensprachen.

Auf der Tagesordnung standen die Vorstellung der FUEN und ihre Aktivitäten für die Minderheitenbelange in Europa und eine Auswahl konkreter Projekte und deren politische Unterstützung und finanzielle Förderung. Dazu zählen insbesondere die Bürgerinitiative Minority SafePack, die europäische Kampagne language diversity wie auch die EUROPEADA – die Fußballeuropameisterschaft der autochthonen Minderheiten nächstes Jahr in Südtirol.

Minderheitenanliegen sind in der Europäischen Kommission unterrepräsentiert. Möglichkeiten der Förderung von konkreten Minderheitenprojekten und deren Sprachen sind gegeben, jedoch schwer umzusetzen. Mit konkreten Beispielen bekam der Kommissar einen guten Überblick über die Vielfalt der europäischen Projekte der FUEN, die ihn überzeugten. Große Freude bereitete dem Kommissar und seinem Kabinettsmitglied und zuständig für Mehrsprachigkeit Szabolcs Horvath die neue Europakarte der Minderheiten und der Regional- sowie Minderheitensprachen. Die Notwendigkeit solcher Projekte wird nicht in Frage gestellt. In der Umsetzung dieser und Vereinfachung ist jedoch erhebliches Potential enthalten.

Die FUEN wie auch der Kommissar einigten sich auf weiterführende Aufgaben. Im Nachgang des Gesprächs wird die FUEN dem Kommissar eine Liste förderungswürdiger europäischer Projekte im Bereich Minderheiten zusammenstellen, um eine bessere Unterstützung zu erhalten. Dazu zählen die EUROPEADA, Sprachprojekte wie language diversity, Theaterprojekte/Filmfestivals wie auch Projekte im Bereich der Jugend und neuer Medien. Der Kommissar hingegen versprach, in seiner Tätigkeit die Minderheitenanliegen und ihre europäischen Projekte zu unterstützen.



Zu den Gesprächen in Brüssel wurde der Präsident Hans Heinrich Hansen begleitet vom Vizepräsidenten der FUEN Loránt Vincze (Ungar aus Rumänien), dem politischen Berater Frank de Boer (Westfrieze), der Projektmanagerin der Sprachprojektes language diversity Judith Walde (Lausitzer Sorbin) und der Projektmanagerin Eva Penzes (Ungarndeutsche). Der Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen JEV Matic Germovšek (Kärntner Slowene) umrahmte das Gespräch und beendete die Vorstellung der JEV mit drei konkreten Forderungen und Empfehlungen an die Europäische Kommission im Jugendbereich. Nach dem Gespräch mit dem Vizepräsident Timmermans der Europäischen Kommission im November 2014 handelte es sich hier um das zweite Gespräch der FUEN mit Mitglieder der Juncker Kommission.

FUEN KONGRESS 2016 IN EU-KULTURHAUPTSTADT BRESLAU/WROCLAW

FUEN VIZE-PRÄSIDENT ZIESCH IN BERATUNG MIT STADTPRÄSIDENT DUTKIEWICZ UND STAATSSSEKRETÄR HUSKOWKI

18.3.2015

Im Jahr 2016 sind das polnische Breslau/Wroclaw und das baskische Donostia/San Sebastian die EU-Kulturhauptstädte Europas.

Zusammen mit dem Verband der deutschen Gesellschaften in Polen organisiert, wird der FUEN Kongress 2016 vom 18.-22. Mai in Breslau/Wroclaw stattfinden. Um den größten Kongress der europäischen Minderheiten gebührend in das Kulturhauptstadt-Programm einzubinden ging es in den Gesprächen am 16.03. vor Ort.



Der Stadtpräsident von Wroclaw/Breslau Rafał Dutkiewicz, empfing hierzu nicht nur FUEN-Vizepräsident Bernhard Ziesch und den Vorsitzenden der VDG Bernard Gaida, sondern auch der Staatssekretär des Ministerium für Administration und Digitalisierung, Stanisław Huskowski und Ryszard Galla, Abgeordneter der deutschen Minderheit im polnischen Sejm, sind der Einladung zum gefolgt. Am Gespräch beteiligte sich auch der Direktor der Stadtverwaltung Jan Wais.

Bernhard Ziesch informierte die Anwesenden über die FUEN, ihre derzeitigen Aktivitäten auf EU-Ebene und derzeit in Vorbereitung befindliche Projekte. Er dankte für das Gespräch in Vorbereitung des FUEN Kongresses 2016 und unterstrich die Bedeutung, diesen im Jahr der Europäischen Kulturhauptstadt in Wroclaw/ Breslau durchzuführen zu können. "Es sollte uns gelingen, ein kulturelles Event der

Minderheiten von europäischem Rang als Angebot in das Kulturhauptstadtprogramm zu integrieren und mit dem FUEN Kongress durchzuführen.“

Bernard Gaida unterstrich die Bedeutung der Durchführung des FUEN Kongresses in der Kulturhauptstadt für die deutsche Minderheit in Polen und bat auch um finanzielle Unterstützung des Vorhabens sowie der Arbeit der FUEN.

Stadtpräsident Dutkiewicz zeigte sich offen für alle Formen der Zusammenarbeit und bestätigte die Verwendung des Logos der Kulturhauptstadt für die Werbung und Vorbereitung des Kongresses. Staatsekretär Huskowski sagte seine Unterstützung seitens der Landesregierung zu und äußerte die Absicht, sich auch für die finanzielle Unterstützung der FUEN einzusetzen. Die Anwesenden kamen überein Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, zur Eröffnung des Kongresses einzuladen.



Hinter dem Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt steht die Idee des gegenseitigen Kennenlernens, der Annäherung und des interkulturellen Dialogs der Europäer. Die Europäische Kulturhauptstadt bildet ein wichtiges Element bei der Suche nach der neuen Identität des vereinten Europas.



FESTAKT BONN–KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN IN BERLIN

27.3.2016

Am 26. März 2015 fand die offizielle Feier „60 Jahre Bonn-Kopenhagener-Erklärungen“ in Berlin statt. An dem Festakt mit gut 150 Gästen in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund nahmen auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und der dänische Außenminister Martin Lidegaard teil.



Steinmeier betonte die Wichtigkeit der Minderheiten und die Notwendigkeit der Bewahrung ihrer Vielfalt, die zu einer erfolgreichen Nation beiträgt: „Das Zentrum für internationale Minderheitenfragen liegt mit ECMI und der FUEN in Flensburg. Die Expertise beider Organisationen möchten wir für unsere Außenpolitik verwenden.“

Auch der dänische Außenminister Martin Lidegaard begrüßte die Arbeit der FUEN: „Wir finden, dass es eine richtig gute Idee ist, diese Arbeit zu stärken. Zum Beispiel indem man das „Haus der Minderheiten“ in Flensburg einrichtet, welches als Anlaufstelle zu Minderheitenfragen fungiert.“

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein Torsten Albig sprach zu den Gästen: "60 Jahre Bonn-Kopenhagener-Erklärungen sind für uns in Schleswig-Holstein kein Grund, uns auf Erfolge auszuruhen. Sie sind Ansporn, es noch viel besser zu machen, beispielsweise mit einer eigenständigen Sprachenpolitik. Wir wollen die Sprachen der Minderheiten öffentlich noch wahrnehmbarer machen". Schleswig-Holstein sei auch stolz, dass es im Grenzgebiet in Flensburg weitere Institutionen von internationaler Bedeutung gebe, die die Bonn-Kopenhagener Erklärungen mit Leben füllen: die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) und das European Centre for Minority Issues (ECMI). "Wir brauchen beider Einsatz weit über die deutsch-dänische Grenzregion hinaus."

[Pressemitteilung von Ministerpräsidenten Albig](#)



DER TV-SENDER DER KRIMTATAREN ATR DARF NICHT GESCHLOSSEN WERDEN!

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (GFBV), DER FÖDERALISTISCHEN UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (FUEN), DER JUGEND EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (JEV) SOWIE VOM ICATAT, INSTITUT FÜR CAUCASICA-, TATARICA- UND TURKESTAN-STUDIEN

30.3.2015

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) und die Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) sowie dem Institut für Caucasia-, Tatarica- und Turkestan-Studien (ICATAT) wenden sich entschieden gegen die drohende Schließung des einzigen TV-Senders der Krimtataren, ATR. „Als eine vor mehr als 45 Jahren in Deutschland gegründete internationale Menschenrechtsorganisation für ethnische und religiöse Minderheiten und indigene Gemeinschaften wissen wir, dass die Medien ein essentiell wichtiges Sprachrohr für Minderheiten weltweit sind“, sagt der GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch. „Medien machen Minderheiten hörbar und sichtbar. Dies ist ein unschätzbare Beitrag zur Bewahrung und Förderung ihrer Sprachen. Ihre Medien zu verbieten, die auch Kultur und Geschichte der Minderheiten transportieren und für Vielfalt und Offenheit einer Gesellschaft stehen, ist eine massive Schikane.“

Der Fernsehsender ATR sendet auf Russisch, Krimtatarisch und Ukrainisch. Gerade in den vergangenen Jahren ist er zum wichtigsten Medium der Krimtataren geworden. Nun steht er vor dem Aus. Vier Mal hat die russische Medienaufsicht eine Neuregistrierung von ATR verweigert. Wenn nicht ein Wunder geschieht, muss der Sender am 1. April seine Arbeit einstellen. Nach Auffassung der GfbV wäre dies ein weiterer Schritt in einer langen Kette der Unterdrückung und Diskriminierung der Krimtataren seit der Annexion der Halbinsel durch Russland im März 2014.



FUEN-Präsident Hans Heinrich Hansen unterstützt den Protest gegen die drohende Schließung des ATR-Senders: „Als größter europäischer Dachverband der Minderheiten wissen wir, dass Worte nicht genügen, wenn es um den Minderheitenschutz geht. Die Machthaber auf der Krim und in Russland haben zwar betont, dass sie die Rechte der Minderheiten auf der Krim respektieren und die Minderheiten fördern, aber sie haben der Führung unserer Mitgliedsorganisation Qırımatar Milli Meclisi (Kongress der Krimtataren in Ukraine) - die Einreise in ihre Heimat für fünf Jahre untersagt und versuchen jetzt, die Arbeit des TV-Senders ATR unmöglich zu machen. Das ist inakzeptabel.“ Matic Germovšek, Präsident der JEV fügt hinzu, die Minderheitenmedien hätten eine integrative Funktion: „Sie bilden Tradition und Zeitnähe, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ab und machen diesen Austausch für die Angehörigen der Minderheit erlebbar.“

Gemeinsam mit der FUEN, der JEV und dem ICATAT fordert die GfbV: ATR darf nicht geschlossen werden! Nach ihrer kollektiven Deportation 1944 unter Stalin, durch die bis zu 44 Prozent der Krimtataren ihr Leben verloren, und vielen Jahrzehnten im Exil muss den Krimtataren nun endlich jede Möglichkeiten geboten werden, ihre Sprache und Kultur zu bewahren und zu pflegen. Diese Erklärung soll innerhalb des laufenden „TV Marathons“ veröffentlicht werden, mit dem ATR auf seine bevorstehende Schließung aufmerksam zu machen versucht. So sollen möglichst viele Menschen als Unterstützer des Senders gewonnen werden.

April 2015

BESUCH DES INSTITUTS FÜR AUSLANDSBEZIEHUNGEN AN DAS HAUS DER MINDERHEITEN

„GEMEINSAME SCHNITTSTELLEN“

1.4.2015

Am Dienstag, den 31. März, fanden sich mit Herrn Ronald Grätz, seines Zeichens Generalsekretär, und Herrn Urban Beckmann, Leiter der Abteilung „Dialoge“, zwei hochrangige Mitarbeiter des in Stuttgart ansässigen Institut für Auslandsbeziehungen zu einem Besuch in Flensburg ein. Während des gut zweistündigen Sondierungsgesprächs mit FUEN-Repräsentanten wurden zunächst die jeweiligen Organisationen vorgestellt, und anschließend überlegt, über welche Schnittstellen, Mittel und Wege man es zukünftig schaffen könnte nachhaltige Mehrwerte im Bereich des europäischen Minderheitenlebens zu generieren.

Das Institut für Auslandsbeziehungen arbeitet eng mit dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland zusammen, und die Diskussionsteilnehmer zeigten sich erfreut darüber, dass dort in jüngerer Vergangenheit ein Umdenken bezüglich Krisenmanagement und Prävention stattgefunden hat. Dies bedingt zwangsläufig auch einen neuen, offeneren und zielgerichteten Umgang mit dem Thema der europäischen Minderheitenpolitik. In diesem Rahmen fanden beide Gesprächsparteien schnell eine gemeinsame Basis, und verabredeten ihre heutigen, grob angedachten gemeinsamen Projektideen in einem weiteren Treffen zu konkretisieren. Durch eine Kooperation beider Institutionen ergeben sich vielversprechende Möglichkeiten die unter dem Dach der FUEN vereinten Minderheiten Europas nachhaltig zu unterstützen.



VORBEREITUNGEN FUEN KONGRESS 2015

TREFFEN ORGANISATIONSTEAM IN KOMOTINI

10.4.2015

Am 09.04.2015 trafen sich Vertreter der Organisatoren des diesjährigen FUEN Kongresses (13. - 17. Mai 2015) zu weiterführenden Gesprächen mit dem Hotelmanagement des griechischen Kongresshotels Chris & Eve Mansion in Komotini (West Thrakien). Unsere Kongressgäste dürfen sich auf ein ansprechendes Ambiente und herzliche Gastgeber freuen! Weitere Informationen zum Kongress finden Sie auf www.fuen.org/congresses/congress-2015/.



Im Bild v. l. n. r.: Roxana Nelamischkis (FUEN), Evi Papanastasiou (Hotelmanager Chris & Eve Mansion), Pervin Hayrullah (DEB-Partei und Western Thrace Graduates Association), Onur Mustafa Ahmet (Democritus University of Thrace), Engin Soyyilmaz (ABTTF)

ES IST SO WEIT!

DIE ANMELDUNG ZUM FUEN KONGRESS IN KOMOTINI IST NUN FREIGESCHALTEN!

14.4.2015

Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie hier <https://www.fuen.org/congresses/congress-2015/introduction/>

Wir freuen uns auf Sie!



ZWEI ANSCHLÄGE AUF DIE MOSCHEE UND DAS MASJID AM GLEICHEN TAG IN KOMOTINI

20.4.2015

FUEN Vizepräsident und ABTTF-Vorsitzender Halit Habip Oğlu: Da diese beiden Anschläge am gleichen Tag und zu gleichen Stunden verübt wurden, verstärkt es den Verdacht, dass das Geschehen auf eine Provokation zwecks Drohung hindeutet

In Komotini, Griechenland wurden Anschläge auf eine Moschee und ein Masjid der türkischen Minderheit von West-Thrakien verübt. Laut einer Nachricht der Zeitung Birlik haben unbekannte Personen am Freitag, den 17.04.2015 in den frühen Morgenstunden die Mahmutağa Moschee im Stadtviertel Yenice Komotini's in Brandt gesteckt. Aufgrund dieser Brandstiftung brach es im Eingangsbereich der Moschee das Feuer aus. Durch den Einsatz der Feuerwehrmänner wurde es verhindert, dass die Flammen sich in weitere Teile der Moschee und in die direkt nebenan befindliche Grundschule der Minderheit im Stadtviertel Yenice ausbreiteten.

Zeitgleich wurde ein weiterer Anschlag auf ein Masjid (kleines Gotteshaus) in einem anderen Stadtviertel Komotini's und zwar in Alankuyu verübt. Die unbekanntenen Personen haben zehn Zypressenbäume um das Gotteshaus herum abgesägt und einen Grabstein zerstört.

Der FUEN Vizepräsident und Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa Halit Habip Oğlu teilte in diesem Zusammenhang folgendes mit: „Mit aller Entschiedenheit und Schärfe verurteilen wir die Anschläge auf die Moschee und das Masjid, die sich in zwei verschiedenen Stadtvierteln Komotini's befinden. Diese gegen unsere Religion ausgerichteten Anschläge sind nicht annehmbar. Da diese beiden Anschläge am gleichen Tag und zu gleichen Stunden verübt wurden, bekräftigt es den Verdacht, dass der Vorfall auf eine Provokation zwecks Drohung hindeutet. Wir wünschen uns sehr, dass solche Angriffe keine Verbitterung innerhalb unserer Gesellschaft verursachen und appellieren an unsere Minderheit gleichzeitig, solchen Provokationen fernzubleiben und die entsprechende Gelassenheit beizubehalten.“



*Photo: www.birlikgazetesi.info

FUEN AT THE 12TH CONGRESS OF THE RMDSZ

FUEN PRESIDENT HANS HEINRICH HANSEN PARTICIPATED AT THE 12TH CONGRESS OF THE RMDSZ IN CLUJ-NAPOCA/ KOLOZSVÁR/ KLAUSENBURG LAST WEEKEND

20.4.2015

On 17-18 April, 778 delegates, 150 guests and 120 journalists were present at the election congress of the Hungarian political organisation in Romania, which celebrated 25 years since its establishment.

In his address the FUEN President referred to recent developments in Romania: the authorities have questioned the right to use community symbols, an investigation on the restitution process to the historical Church properties started and the proposed national safety and public security strategy of the Romanian Internal Affairs Ministry qualifies all claims for ethnic autonomy national as a security threat.

Expressing the conviction of the European minority communities, Hans Heinrich Hansen declared: “These are not acceptable developments in a European democracy. The majority should understand that having minority rights or granting autonomy does not mean that the majority will lose anything, rather it will mean a more balanced society, where every community can develop itself by its own institutions.”



He praised the political wisdom of the leaders of the Hungarian community who have chosen the use of democratic tools and parliamentary democracy to achieve rights for the Hungarians. FUEN appreciates RMDSZ's active membership, its continuous support and personal involvement of President Hunor Kelemen and FUEN Vice President Loránt Vincze.



The FUEN president also spoke about the role of the European umbrella organisation in the upcoming years to promote the protection of autochthonous national minorities in the EU and to contribute to solving regional or local tensions between minority and majority. Expressing the main goal of the European minority organisation, Hans Heinrich Hansen stated: “we want inclusion of the minority rights among the fundamental rights of the European citizens.”

The RMDSZ Congress re-elected Hunor Kelemen for a new 4 years term as president and adopted several congress resolutions, which will as policy paper form the basis for the activity of the Hungarian community representatives in Romania.

[The speech by President Hans Heinrich Hansen](#)

DIE EUROPÄISCHE VOLKSPARTEI ORGANISIERT EINE ANHÖRUNG ZU MINDERHEITEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

DER FUEN-PRÄSIDENT HANS HEINRICH HANSEN SCHLÄGT EINE VERSTÄRKT ZUSAMMENARBEIT MIT DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DIE EINRICHTUNG EINES STRUKTURIERTEN DIALOGFORUMS DER MINDERHEITEN AM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VOR

24.4.2015

Am 22. April veranstaltete die stärkste Fraktion der Europäischen Volkspartei EVP eine Anhörung zum "Schutz der traditionellen Minderheiten" in der Europäischen Union. Die Anhörung war ein Ergebnis der unermüdlichen Anstrengungen – unter anderem – der FUEN-Mitgliedsorganisationen. Es war ein Follow up von dem was in der EVP-Partei-Plattform zum Schutz nationaler Minderheiten geschrieben wurde, die auf dem EVP-Kongress 2012 in Rumänien angenommen wurde.

Nicht überraschend, wurde das Treffen von zwei Abgeordneten aus den FUEN Mitgliedsorganisationen, nämlich Pál Csáky der Partei der ungarischen Minderheit in der Slowakei MKP und Csaba Sógor aus der Demokratischen Allianz der Ungarn in Rumänien RMDSZ, zusammen mit József Nagy aus der Most-Híd-Partei aus der Slowakei, moderiert. Auch Herbert Dorfmann von der Südtiroler Volkspartei übernahm den Vorsitz bei einer Sitzung.



Die Anhörung bestand aus einer Reihe von interessanten Präsentationen über die Situation in einigen Ländern und über bestehende Rahmen des Minderheitenschutzes in Europa und wie diese verbessert werden kann. Dr. Gabriel Toggenburg von der EU Grundrechteagentur verdeutlichte, was die EU im Moment tun kann. Es gibt noch ausreichend Chancen und Rechte von Minderheiten im Rahmen der EU, die zu verbessern sind. Eine Reihe von Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten könnten durch das EU-Recht angesprochen werden, und aufgrund der Art, wie EU-Recht in den Staaten eingreift, leistungsfähiger werden.

Dr. Elisabeth Sándor-Szalay, Bürgerbeauftragte in Ungarn und verantwortlich für nationale Minderheiten, schlug vor, ein Aufbau eines Frühwarnsystems für systematische Verletzungen der Rechte von Minderheiten zu gestalten. Professor Josef Marko sprach über die neueste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und wie das auf das EU-Recht, insbesondere im Kontext der strukturellen und Gruppen-Diskriminierung, einwirken kann. Laut Professor Marko soll man nicht auf einen universellen Standard der Minderheitenrechte abzielen, sondern soll auf einen Mindeststandard hingearbeitet werden.

FUEN-Präsident Hans Heinrich Hansen sprach über die Hauptaufgabe der FUEN: "Die Negation der Existenz und Gleichberechtigung von Minderheiten umzukehren in Verständnis ist unsere Hauptaufgabe. Wir meinen in der Tat, dass sich Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen durch die Anerkennung der Anliegen der Minderheiten vermeiden lassen, weil die Anliegen der Minderheiten in Wahrheit auch die Anliegen der Mehrheit sind. Wir erfahren sie nur aufgrund unserer besonderen Situation ein wenig früher."

Hansen dankte für die Gelegenheit, an dieser Anhörung zu sprechen und hoffte, dass es einen starken Impuls innerhalb der EVP-Fraktion schafft, die Frage der nationalen Minderheiten in der Europäischen Union zu fördern. Hansen bot an die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zu verstärken: "Als Interessenvertreter der europäischen Minderheiten arbeiten wir schon eng mit der Intergruppe für traditionelle Minderheiten des Europäischen Parlaments zusammen. Doch es fehlt bislang eine systematische und nachhaltige Anbindung der Fragen der Minderheiten an die Institutionen der Europäischen Union. Meiner Meinung nach wäre das Europäische Parlament der richtige Partner und Vermittler. Daher schlage ich in Namen der FUEN und aus dem positiven Erfahrungsschatz des deutsch-dänischen Grenzlandes vor, einen „Kontaktausschuss am Europäischen Parlament“ einzurichten, um dort die Fragen und Interessen der Minderheiten gegenüber der Europäischen Union zu bündeln." Am Ende der Anhörung fasste Kinga Gál, Ko-Vorsitzende der Intergruppe für nationale Minderheiten und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres die Schlussfolgerungen zusammen. Auf Grundlage der Anhörung wird ein Dokument mit Empfehlungen erstellt, und wie die EVP-Fraktion bezüglich Themen von Minderheitenrechten weiter verfahren wird.



KLIMA IM GRENZLAND ERTRÄGT KEINE SCHILDER

28.4.2015

Der Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen Hans Heinrich Hansen, selbst gebürtiger Haderslebener, bedauert das Entfernen der Ortstafel in Hadersleben.

„Ich habe mich gefreut, über die Anerkennung die der Bürgermeister in Hadersleben, mit dem mutigen Schritt der Aufstellung, der deutschen Minderheit, der deutschen Sprache und der Vielfalt zum Ausdruck gebracht hat.

Wir stellen fest, dass das Klima im deutsch-dänischen Grenzland noch immer nicht ausreicht, um zweisprachigen Ortsschilder zu ertragen.

Ich fordere die Akteure und die betreffenden Kommunen auf, sich eine Denkpause in der angeheizten Debatte zu gönnen, mit dem Ziel diese dann schnellstmöglich zu überwinden.

Die Feierlichkeiten zum 60jährigen Jubiläum der Bonn-Kopenhagener Erklärung mit einem Eklat zu beenden, kann nicht im Interesse der Region sein. Es ist ein legitimer Wunsch nach zweisprachiger Beschilderung geäußert worden. Was daran eine Provokation darstellen soll, kann ich leider nicht sehen. Der Wunsch ist nicht neu, sondern an die 20 Jahre alt. Die Zeit sollte reif hierfür sein.

Als Präsident der FUEN unterstütze ich mit meinem Team, dem verschiedene Minderheiten aus Europa angehören, die Position des deutsch-dänischen Grenzlandes als beispielhafte Minderheiten-Region in Europa. Wir wollen hier mit dem Potential der Region und den gewachsenen historischen Erfahrungen, das Haus der Minderheiten – als europäisches Zentrum verwirklichen. Ein Zentrum, dass als Anlaufstelle dient, um sich für Konfliktverhütung und Friedenssicherung im Zusammenleben der Völker zu widmen. Wir brauchen die Thematik der Ortstafeln nicht zu vereinfachen – in vielen Regionen Europas gibt es sie, es gibt aber auch viele Regionen wo dies ebenso zu Auseinandersetzung geführt hat. Sie sind letztendlich Sinnbild für die gegenseitige Anerkennung und Respekt. Ich denke, sie können gut in die Landschaft Nordschleswigs passen.“



Foto: Flensburg Avis

Mai 2015

NO MINORITY REPRESENTATIVES INVITED BY THE ROMANIAN GOVERNMENT TO CELEBRATE THE RATIFICATION OF THE FRAMEWORK CONVENTION FOR THE PROTECTION OF NATIONAL MINORITIES

THE RMDSZ, REPRESENTING THE HUNGARIAN MINORITY IN ROMANIA, HAS OFFICIALLY PROTESTED

4.5.2015

The RMDSZ, representing the Hungarian minority in Romania, has officially protested in a letter sent to the President of the Venice Commission against a conference organised for the 20th anniversary of Romania's ratification of the Framework Convention for the Protection of National Minorities, which took place on the 30th April in Cluj-Napoca, Romania. The event, organised by the Ministry of Foreign Affairs of the Romanian Government, was a showcase conference and the representatives of the national minorities in Romania were not invited to the event. RMDSZ President Kelemen Hunor considers this decision an offense against the national minority organisations; a profoundly antidemocratic act, which seriously questions the real commitment of the Romanian Government towards dialogue and cooperation with the national minorities.



Loránt Vincze, FUEN Vice President stated: “while the government uses the Framework Convention only for celebration, minorities know from their everyday experience of all the problems of applying the existing legislation and exercising the right to use their mother tongue. It is unacceptable that the minorities were not invited to a debate, which had as topic minority protection. The President of the

Venice Commission assisted at this showcase event.

The letter sent to Gianni Buquicchio points out that it is not the state, which should declare if Romania is a role model for minority protection, but the minority organisations themselves should appreciate their own situation, and the attitude and actions of the Government. As the conference itself shows, there is an important lack of substance when it comes to dialogue and evaluation of the current situation.

The RMDSZ calls for attention of the Venice Commission for the most important cases of noncompliance in Romania. There are serious deficiencies in enforcing the existing legislation in education and the use of the community symbol. The right to use the mother tongue in court proceedings and in the public administrations is only partially applied. Furthermore, the Romanian state is constantly disregarding the recommendation of the Council of Europe and the EU to take into account the regions' historical and linguistically characteristics. The claim for ethnic autonomy is considered a national security threat in the national safety strategy proposal of the Ministry of Interior Affairs. Romania fails to submit the report on the European Charter for Regional or Minority Languages' application since 2012. The restitution process of community and Church properties nationalised during the communist regime is halted.

The RMDSZ informed the Venice Commission that it only claims minority rights, which already exist in different EU Member States, These are European best practices that should be promoted in Romania. Reminding of its common project under the umbrella of the FUEN, the RMDSZ asks the EU to include in its treaties the protection of minorities and thus create an unambiguous competence for the EU. The Hungarian political representatives call for the creation of a set of legal acts aiming at the creation of a comprehensive and legally binding protection system and legislative framework for national minorities, which is to be complemented by a functioning monitoring mechanism.

ERSTE ANHÖRUNG ÜBER EINE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE VOR DEM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF IN LUXEMBURG

WAS KANN DIE MINORITY SAFEPAK INITIATIVE VON DEN EUROPÄISCHEN RICHTERN ERWARTEN?

6.5.2015

Der 5. Mai 2015 war ein wichtiger Tag für die Demokratie in der Europäischen Union. Drei Jahre nach der Registrierung der ersten Europäischen Bürgerinitiative, wurde ein weiterer Meilenstein erreicht: die erste abgelehnte Bürgerinitiative kam vor den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. FUEN Rechtsberater Frank de Boer war im Gerichtssaal dabei, als die allererste Anhörung über eine EU-Bürgerinitiative stattfand.

Die Initiative „Eine Million Unterschriften für ein Europa der Solidarität“ wurde ein Jahr vor unserer Minority SafePack Initiative abgelehnt. Diese Initiative fordert die Einführung von neuen europäischen Regeln in Bezug auf sogenannte illegitime nationale Schulden - also Schulden eingegangen von einem Regime für Ziele die nicht im Interesse der Gesellschaft sind und, so wollen die Initiativnehmer, nicht einforderbar sein sollten von Kreditgebern, die absichtlich Beziehungen mit solchen Regimes eingegangen sind, und die z.B. durch Bestechung unverhältnismäßige Mengen an militärischer Ausrüstung gekauft haben. Die Initiativnehmer möchten, dass diese Schulden zur Seite gelegt werden wenn Staaten in einem „Staatsnotstand“ geraten, also wenn ihre Gesundheits- und Bildungsstrukturen, sowie ihre Löhne und Renten zusammenbrechen.

Die Europäische Kommission argumentierte, dass sie nicht die Kompetenz hat, um einen Rechtsakt vorzuschlagen. Das wurde von den Initiativnehmer bestritten: in deren Sicht war die Erklärung in dem Ablehnungsbrief der Kommission zu kurz und nicht eindeutig. Es wurde lediglich angegeben welche Artikel nicht zutrafen, aber nicht die Gründe dafür, warum diese Artikel nicht angewendet werden könnten.



Der Richter-Berichterstatter Buttigieg, der diese Rechtssache vorbereitet hatte, stellte einige spezifischen Fragen über die juristischen Kompetenzen und Artikel aus den Verträgen und wie beide Parteien gedacht hätten, diese in Bezug auf die Ziele der vorliegende Bürgerinitiative anzuwenden. Der Kammerpräsident Kanninen wollte von der Europäischen Kommission wissen wie viel Bürgerinitiativen eingereicht waren, und wie viele davon abgelehnt wurden. Mit dieser letzten Frage wurde die Anhörung abgeschlossen. Das Urteil wird in einigen Monaten folgen.

Was kann die Minority SafePack Initiative von dieser Rechtssache lernen? Es ist zu früh, um das einzuschätzen, weil wir das Urteil noch nicht kennen, aber es wird interessant sein zu sehen was das Gericht zu dem Umfang der Begründung in dem Ablehnungsbrief sagen wird. Reicht es, wenn die Kommission schreibt dass ein oder zwei Artikel nicht anwendbar sind? Für die Minority SafePack ist das

noch stärker der Fall, weil wir eine Reihe von ganz konkreten Vorschlägen in unserer Beilage aufgenommen haben, und die Kommission hat diese gar nicht angesprochen. Inhaltlich ist die Rechtssache von gestern weniger relevant, weil die Vorschläge des Minority SafePacks sich mit anderen Bereichen des EU-Rechts befassen. Nichtsdestotrotz wird es interessant sein im Endurteil zu sehen welchen Ansatz das Gericht in den Rechtssachen über die Europäischen Bürgerinitiativen wählen wird.

Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative wurde in April 2012 eingeführt. Bevor eine Initiative beginnen kann Unterschriften zu sammeln, muss sie zuerst von der Europäischen Kommission registriert werden. Schnell hat sich herausgestellt, dass viele Initiativen von der Europäischen Kommission als außerhalb des Kompetenzrahmens der EU eingestuft wurden, und deshalb abgelehnt wurden. Drei Jahre nach Beginn zeigen die Statistiken, dass 40% der Initiativen schon in der Registrierungsphase abgelehnt wurden.

Es gibt z.B. von der FUEN, aber auch von Anwaltskanzleien die sich im EU-Recht spezialisiert haben, wie Freshfields vielen Beschwerden darüber, dass die Kommission eine zu restriktive Auslegung der Kompetenzen anwendet und dass sie juristisch fragwürdige Entscheidungen getroffen hat, Schon sieben Bürgerinitiativen haben beim Europäischen Gerichtshof eine Klage gegen die Entscheidung der Europäischen Union eingereicht, darunter auch unsere Minority SafePack Initiative.

DER 60. JAHRESKONGRESS DER FÖDERALISTISCHEN UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN FINDET VOM 13.-17. MAI 2015 BEI DEN WEST-THRAKIEN TÜRKEN IN GRIECHENLAND STATT

7.5.2015



Veranstaltet unter dem Dach der FUEN sind die drei Organisationen der West-Thrakien Türken die Föderation der Westthrakien Türken in Europa (ABTTF), Western Thrace Minority University Graduates Association (BTAYTD) und DEB Partisi Gastgeber.

Erwartet werden über 150 Gäste aus 20 Ländern, die mehr als 30 Minderheiten repräsentieren.

„Wir erwarten den Kongress in Griechenland mit Spannung. Ist doch die Wiege der klassischen Demokratie derzeit Zünglein an der Konstruktion der Europäischen Union und zugleich ein Land, das sich sehr schwer tut mit seinen autochthonen Minderheiten. Wir freuen uns, dass die West-Thrakien Türken zielstrebig in den letzten Jahren darauf hingearbeitet haben, Gastgeber eines europäischen Kongresses der Minderheiten zu sein. Wir wissen, dass die Situation nicht unkompliziert ist.

Wir werden hingehen und die Dinge, die in Europa und Griechenland passieren, ansprechen. Ein Kongress ist stets auch dafür da, direkt in Dialog und Austausch zu treten. Wir Minderheiten haben viele engagierte und denkende Akteure in Organisationen in ganz Europa. Wir sind eine Solidargemeinschaft – und zwar eine sehr liebenswerte. Eine Gemeinschaft, die eintritt für das friedliche Zusammenleben. Ich denke, das werden wir in West-Thrakien vermitteln können. Denn 2014 und unsere eigenen persönlichen Biographien lehren uns, dass Minderheiten immer wieder Anlass sind für Auseinandersetzungen und Konflikte. Die Frage nach der zukünftigen Perspektive einer europäischen Gemeinschaft, gibt uns jetzt die Möglichkeit aktiv in die Debatte einzutreten.“, so Hans Heinrich Hansen, FUEN Präsident. In Griechenland, einem EU-Staat, bemühen sich die Minderheiten, allen voran die türkische Minderheit in Westthrakien um Gleichberechtigung und Anerkennung.

1923 wurden die Minderheitenrechte der 150.000 Türken durch den Lausanner Friedensvertrag zwischen Griechenland und der Türkei unter Garantie gestellt und die Region wurde Griechenland zuerkannt. Jedoch erkennt Griechenland die West-Thrakien Türken offiziell nicht als „türkische“, sondern nur als „muslimische“ Minderheit an.

Bis heute dürfen Vereine der West-Thrakien Türken nicht das Wort „türkisch“ im Namen führen. Diese politische Drangsalierung hat Griechenland vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht, aber trotz dreier Urteile des Gerichtshofs gegen Griechenland in 2008 ist das Problem immer noch nicht gelöst worden. Auch die vertraglich geregelte Autonomie im Bildungswesen sowie in religiösen Angelegenheiten wurde den West-Thrakien-Türken nach dem Ende der Militärjunta und dem Übergang zur Demokratie 1974 in Griechenland genommen und bisher immer noch nicht zurückgegeben.

Schwerpunkte des Kongresses sind: Situation in Europa, die Minderheitensituation in Griechenland, insbesondere die West-Thrakien Türken, die Situation in der Ukraine und die Zusammenarbeit der Minderheitenorganisationen auf europäischer Ebene.



REGIONALE MINDERHEITEN-DENKWERKSTATT IN FLENSBURG

FUEN, SSF UND BDN FÜHRTEN EINE AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUR ETABLIERUNG EINER REGIONALEN MINDERHEITEN-DENKWERKSTATT IN KONTOR DES HAUS DER MINDERHEITEN IN FLENSBURG DURCH

8.5.2015

Heute, am Freitag den 8. Mai, führten die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, Sydslesvigsk Forening und Bund Deutscher Nordschleswiger eine Auftaktveranstaltung zur Etablierung einer regionalen Minderheiten-Denkwerkstatt in Kontor des Haus der Minderheiten in Flensburg durch. Vertreter der Minderheiten, Politiker, Akteure aus dem Bildungswesen und weitere Multiplikatoren aus der Region haben sich von 10 bis 13 Uhr über das Projekt betreffende Themen sowie weitere Möglichkeiten zur Profilstärkung des Grenzlandes ausgetauscht.

Die Veranstaltung wurde von Schleswig-Holsteins Minderheitenbeauftragter Renate Schnack moderiert. Zu den anwesenden Gästen zählten des weiteren der Vorsitzende des deutsch-dänischen Ausschusses der Region Süddänemark, Hans Philip Tietje und Flensburgs Stadtpräsidentin Swetlana Krätzschmar.



MINET MINDERHEITENMAGAZIN BERICHTET ÜBER WESTTHRAKIEN

MINET - DAS MINDERHEITENMAGAZIN AUS SÜDTIROL - HAT IN SEINER 3. AUSGABE VON 2015 VOM 06.05.2015 EIN AUSFÜHRLICHES BERICHT ZU DER LAGE DER WESTTHRAKIER TÜRKEN IN GRIECHENLAND

12.5.2015

Schwerpunkt Griechenland: In Griechenland wächst die Mutlosigkeit. Der drohende Staatsbankrott hängt seit Monaten wie ein Damoklesschwert über dem Land. Minet berichtet über die Minderheitenrolle Griechenlands in Europa und zeigt auf, wie fremd- und zum Teil selbstverschuldete Fehlentwicklungen den Mutterstaat des demokratischen Gedankens an den Rand des Abgrunds und in eine Außenseiterrolle in Europa drängen.

Im Norden Griechenlands, in Westthrakien, einem wirtschaftlich sehr schwachem Gebiet, lebt eine türkischstämmige Minderheit, die Diskriminierungen ausgesetzt sind - ein Lokalaugenschein. Weiter gibt es u.a eine Reportage zu dem Theyyam-Festival in der nördlichsten Region des indischen Staates Kerala und es findet ein Gespräch mit Hans Griesmair, dem ehemaliger Direktor des Volkskundemuseums Dietenheim, über die Tradition von Masken in Südtirol statt.



Zu der Sendung: <http://www.minet-tv.com/videos/minet-das-minderheitenmagazin-ausgabe-03-2015-vom-06-05-15-m19-141-1.html>



FUEN UNTERWEGS NACH WEST THRAKIEN

ORGANISATORISCHE INFORMATIONEN

12.5.2015

Liebe Kongressteilnehmer,

wir freuen uns, dass so viele sich registriert haben.
Anbei einige praktische Informationen zum
Kongress:

[Generelle Informationen](#)
[Programm Teilnehmerliste](#)
[Transfer Information Thessaloniki Flughafen Shuttle](#)

Wir wünschen allen Teilnehmern eine gute Anreise
und freuen uns auf Sie!



FUEN CONGRESS 2015 HAS STARTED

The 60th FUEN Congress 2015 in Komotini, Greece started on Wednesday 13 May with an unofficial opening.

After registration and a meal, the participants were welcomed at the Minority Market, where they enjoyed delicacies and drinks from other minorities and had the chance to talk with each other.

During the upcoming congress days, sessions on the political representation of national minorities in Europe, on the current situation of the Turkish minority of Western Thrace and on the situation in Ukraine as well as panel discussion on the minority and language protection will be part of the congress programme. The annual FUEN Assembly of Delegates will take place on 16 May.



More than 150 participants from 20 countries arrived in Komotini, Greece.

The FUEN Congress is organised in cooperation with the three organisations of the Western Thrace Turks: the Federation of Western Thrace Turks in Europe (ABTTF), Western Thrace Minority University Graduates Association (BTAYTD) and DEB Partisi.

[More photos at Flickr](#)
[Information on Congress 2015](#)
[Congress Programme](#)

44

FUEN DELEGIERTENVERSAMMLUNG: BILANZ POSITIV

16.5.2015

Mit der Delegiertenversammlung endete das offizielle Programm des 60. FUEN Kongresses am heutigen Tag (16.05.2015) in Komotini.



An der Sitzung des höchsten Gremiums der FUEN, moderiert von Vizepräsident Bernhard Ziesch, nahmen 30 stimmberechtigte Organisationen mit ihren Delegationen teil.

Präsident Hans Heinrich Hansen resümierte zusammen mit seinen Präsidiumskollegen das Engagement der FUEN. Hansen stellte hin Hinblick auf die Tätigkeit zufrieden eine positive Bilanz fest.

Mit der Fortführung unserer Minority SafePack Initiative, der Eröffnung des Kontors des Hauses der Minderheiten, des Lobby-Engagements auf europäischer Ebene und einer Reihe politischer Spitzengespräche bringen wir die FUEN und die europäischen Minderheiten in die richtige Position. Auch wenn wir mit dem Umgang in der Minderheitenpolitik nicht zufrieden sein können, werden wir dadurch unsere politischen Hauptziele wie einen Kontaktausschuss auf Ebene der EU nur noch stärker forcieren. Die notwendigen Rahmenbedingungen dafür hat die FUEN geschaffen. Unter Leitung der 39jährigen Generalsekretärin Susann Schenk, ist es in den letzten Monaten gelungen die FUEN aus den roten Zahlen zu heben und mit einer positiven Bilanz für die nächsten Jahre auszustatten. Bereits jetzt sind hochkarätige Veranstaltungen für 2015/2016 bestätigt.

So wird die Deutschsprachige Gemeinschaft im September 2015 Gastgeberin des neuen FUEN Advisory Councils sein, der FUEN Kongresses im Mai 2016 in Rahmen der EU-Kulturhauptstadt Breslau/Wrocław

durchgeführt und die politischen Entscheidungsträger der europäischen Regionen vom Landeshauptmann Südtirol im Juni 2016 zur EUROPEADA eingeladen.

Auf diesem Wege werden wir uns Forum europäischer Minderheiten Schritt für Schritt etablieren, so Hansen zuversichtlich. Auf dem Kongress wurde hierzu mit dem Dialog mit weiteren Nicht-Regierungsorganisationen und der Intergruppe für traditionelle Minderheiten ein weiterer Baustein zugefügt. Das Gerichtsurteil im Verfahren zur Europäischen Bürgerinitiative MinoritySafePack wird im Laufe des Jahres erwartet.

Die Delegiertenversammlung verabschiedete die Kongressresolution mit der Hauptforderung nach einem Kontaktausschuss bei der EU. Die Delegierten nahmen wohlwollend zur Kenntnis, dass es der Leitung der FUEN gelungen ist, für die Eröffnung ihrer Repräsentanz in Brüssel die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Als Ergebnis des Kongresses wurde die Resolution zur Situation in Griechenland und zur Situation der West-Thrakien Türken verabschiedet. Die FUEN dankte den drei Organisationen der West-Thrakien Türken für ihren Einsatz.

In die FUEN Familie aufgenommen wurden die mazedonische Assoziation „Ilinden“ aus Albanien, die Versammlung der Nationalitäten der Ukraine, ein Dachverband von mehr als 50 Minderheiten und ethnischen Gruppen und die Moldawier aus der Ukraine.

Verabschiedet wurden zudem drei weitere Resolutionen: von den Ungarn in Rumänien und der Slowakei, von der Ökumenischen Föderation der Konstantinopler und von der Aromunischen Gemeinschaft in Rumänien.

Hans Heinrich Hansen dankte seinen engagierten Präsidiumskollegen Martha Stocker, Olga Martens, Lorant Vinzce, Bernhard Ziesch, Halit Habip Oglou, Dieter Paul Küssner und Matic Germovšek, den Mitgliedsorganisationen, dem FUEN Team und allen Förderern für die Unterstützung im letzten Jahr.

[FUEN Tätigkeitsbericht](#)
[Grußwort Martha Stocker](#)



UNGARN BIETET FUEN UNTERSTÜTZUNG AN

20.5.2015

Die ungarische Regierung hat der FUEN, der Dachorganisation der europäischen Minderheiten, bei einem Gespräch zwischen dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Zsolt Semjén, dem Präsidenten der FUEN Hans Heinrich Hansen und dem Ungarnrumänischen Vizepräsidenten der FUEN Lórant Vincze partnerschaftliche Unterstützung zugesagt.



Für die FUEN sei das ein erfreuliches Ergebnis, so Hans Heinrich Hansen.

Die FUEN ist nach Aussagen des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Ungarns Zsolt Semjén aus drei Gründen wichtig: Erstens zeige die FUEN, dass es auch erfolgreiche Minderheitenpolitik in Europa gibt; zweitens beweise die Existenz der FUEN, dass Minderheiten keine Extremisten sind.

Die FUEN habe ein klar umrissenes Profil. In ihr seien nationale, autochthone Minderheiten Mitglieder, und es gäbe allen Grund, dass die traditionellen Minderheiten, die zum Teil bereits seit Jahrhunderten in ihren jeweiligen Ländern leben, ihre angestammten Rechte erhalten. Die Rechte der Minderheiten, so Zsolt Semjén, müssten Allgemeingut in Europa und nicht explizit ungarische Forderungen sein. Deshalb sei die ungarische Regierung bereit, die FUEN tatkräftig zu unterstützen.



Hans Heinrich Hansen betonte, dass die FUEN demokratisch aufgebaut sei und dass dieser demokratische Aufbau das Überleben der FUEN gesichert habe. Er dankte für die zugesagte partnerschaftliche Hilfe Ungarns und hob hervor, dass die ungarische Regierung auch im Fall der von der FUEN initiierten europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack Initiative, MSPI, die FUEN unterstützt und die legalen Rechte von Minderheiten von der EU eingefordert habe. Mit der Minority SafePack Initiative MSPI sollen die Rechte der Minderheiten in Europa gesichert und die Zuständigkeit Europas in Sachen Minderheiten festgeklopft werden.

Lórant Vincze betonte die Wichtigkeit der Lobbyarbeit für Minderheiten im Europäischen Zentrum Brüssel. Diese sei unerlässlich, wenn man im europäischen Zusammenhang Gehör finden will, sagte er.

Darüber hinaus fand in Budapest ein Gespräch mit Zsolt Nemeth, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Ungarischen Parlament statt. Auch da stieß das Anliegen der FUEN, die Stimme der Minderheiten in Europa zu sein, auf große Zustimmung. Auch beim hochrangigen Vertreter des Ungarischen Parlaments war die Bereitschaft offenkundig, der FUEN in ihren Anliegen beizustehen. Weitere Gespräche über die vorgesehene Unterstützung durch Ungarn werden in Kürze stattfinden.



BERATUNGEN ÜBER HAUS DER MINDERHEITEN IN FLENSBURG

26.5.2015

Auf Einladung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, sind in Berlin die beiden Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn und Dr. Sabine Sütterlin-Wack, der Flensburger Oberbürgermeister Simon Faber mit seinem Mitarbeiter Eico Wenzel, der Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) Hans Heinrich Hansen mit Vizepräsident Paul Dieter Küssner, Jon Hardon Hansen und Jens A. Christiansen vom Sydslesvigsk Forening (SSF) als Vertreter der dänischen Minderheit in Deutschland und schließlich Vertreter der Bundesregierung und der Landesregierung von Schleswig-Holstein im Bundesministerium des Innern in Berlin zusammengetroffen, um über die Möglichkeiten der zügigen Realisierung eines "Hauses der Minderheiten Europas" in Flensburg zu sprechen.

Entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Sanierung des historischen "Packhauses" in Flensburg, das im Eigentum der Selbstorganisation der dänischen Minderheit, des Sydslesvigsk Forening (SSF), steht und unter dessen Dach auch das "Haus der Minderheiten Europas" eine Bleibe finden soll.



Quelle, Foto: BMI/Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB

Juni 2015

NEUE KONGRESSSCHAU ZU DEM FUEN KONGRESS 2015 IN KOMOTINI VERÖFFENTLICHT

WIR MÖCHTEN EUCH HIERMIT EINE ÜBERSICHT DER SCHWERPUNKTE DES KONGRESSES BIETEN UND EUCH AN DEN VIELEN SCHÖNEN IMPRESSIONEN DES KONGRESSES TEILHABEN LASSEN.

5.6.2015

Gastgeber des FUEN Kongresses in Komotini/Gümülcine/Κομοτηνή, Griechenland waren die drei Organisationen der West-Thrakien Türken – die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), Western Thrace Minority University Graduates Association (BTAYTD) und die Friendship, Equality, Peace (FEP) Partei. Veranstaltet wurde der Kongress unter dem Dach der FUEN vom 13.-17. Mai 2015. Insgesamt nahmen über 150 Gäste aus 20 Ländern, die mehr als 30 Minderheiten repräsentierten, teil.

Schwerpunkte des Kongresses waren die Situation in Europa, die Minderheitensituation in Griechenland, insbesondere die der West-Thrakien Türken, die Situation in der Ukraine und die Zusammenarbeit der Minderheitenorganisationen auf europäischer Ebene.

Wir möchten Euch hiermit eine Übersicht der Schwerpunkte des Kongresses bieten und Euch an den vielen schönen Impressionen des Kongresses teilhaben lassen. Falls Ihr Medienbeiträge, Fotos oder gar selbstgeschriebene Erinnerungen habt – bitte schickt sie uns!

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmenden und Gästen; es war ein tolles Erlebnis mit Euch.

<https://www.fuen.org/de/kongresse/kongress-2015/einfuehrung/>



LORÁNT VINCZE: DIE MENSCHENRECHTE IN DER EU WERDEN INEFFEKTIV BLEIBEN WENN SIE NICHT AUCH DIE MINDERHEITENRECHTE UMFASSEN

FUEN NAHM AN DER GENERALVERSAMMLUNG DES NETWORK TO PROMOTE LINGUISTIC DIVERSITY IN HELSINKI TEIL

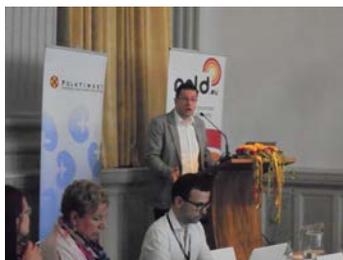
12.6.2015

„Wir müssen die Minderheitensolidarität stärken, wir müssen zusammen deutlich machen, dass es nicht akzeptabel ist, dass wir doppelte Standards bezüglich der Menschenrechte und der Minderheitenrechte in der Europäischen Union haben. Wir betrachten Minderheitenrechte, Sprachenrechte und Sprachenvielfalt als einen Teil der grundlegenden Menschenrechte. Es gibt keine starke Europäische Union und es gibt keine starke europäischen Demokratien ohne Schutz der Menschenrechte, und Menschenrechte sind nicht effektiv wenn sie nicht auch die Rechte der Minderheiten umfassen“ – so Loránt Vincze, FUEN Vizepräsident und internationaler Sekretär der Demokratischen Allianz der Ungarn in Rumänien während der Generalversammlung des Network to Promote Linguistic Diversity in Helsinki vom 10.-11. Juni.



Er lobte die Unterstützung des NPLD und seine ehemalige Präsidentin Jannewietske de Vries für ihr persönliches Engagement als Mitglied des Bürgerausschusses für die Minority SafePack Initiative (MSPI). Der FUEN Vizepräsident äußerte seine Hoffnung, dass der neue Vorstand des NPLD die MSPI weiterhin unterstützen wird. Im Namen der FUEN lud Loránt Vincze das NPLD offiziell ein, dem Beirat zuzutreten, der als Thinktank funktionieren wird und die Perspektive der FUEN und weiterer Organisationen erweitern sollte und Unterstützung für die politische Implementierung bieten sollte. „Ich bin mir sicher, dass wir als Organisationen im Bereich der Minderheiten und Sprachenvielfalt unsere Kräfte bündeln müssen, um erfolgreich die Interessen unserer Minderheiten in Brüssel zu vertreten“, so der FUEN Vizepräsident.

In seiner Rede vor der NPLD Versammlung verglich Loránt Vincze die Lage der schwedisch-sprachigen Bevölkerung in Finnland und der ungarischen Gemeinschaft in Rumänien, die ungefähr den gleichen Anteil an der Gesamtbevölkerung bilden. Die schwedisch-sprachige Bevölkerung hat wichtige Rechtsbestimmungen in der finnischen Verfassung, das Land ist zweisprachig, wobei die ungarische Sprache in Rumänien keinen offiziellen Status hat, nicht einmal in Siebenbürgen, wo die Ungarn 20 % der Bevölkerung ausmachen. Die existierenden Minderheitenregelungen werden nicht vollständig umgesetzt, zweisprachige Namen werden nicht immer benutzt, es gibt nicht genügend Beamte, die die ungarische Sprache sprechen, und das Bildungsgesetz wird nicht vollständig umgesetzt. „Es gibt viele Minderheiten, die Uneinigkeiten mit ihrer Regierung haben, aber es ist bestimmt ein seltenes Beispiel, dass ein EU Mitgliedsstaat seine eigenen Gesetze nicht anwendet. Und Rumänien ist ein solches Beispiel.“, sagte der FUEN Vizepräsident während der Generalversammlung des NPLD.



DIE FUEN STELLT SICH, DIE ERGEBNISSE DES FUEN KONGRESS IN GRIECHENLAND UND DIE VORHABEN IM KOMMENDEN JAHR IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VOR

ABGEORDNETEN BETONEN DIE WICHTIGKEIT DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER FUEN

15.6.2015

Während einer gut-besuchten Sitzung der Intergruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen in Straßburg am 11. Juni, hat Präsident Hans Heinrich Hansen die FUEN den Mitgliedern des Europäischen Parlament vorgestellt. Er berichtete über die Ergebnisse des letzten Kongresses im Mai in Komotini, Griechenland, sowie über die Vorhaben der FUEN für das kommende Jahr.



Der FUEN Kongress in Griechenland zeigte, dass die Minderheiten dort um Gleichheit und Anerkennung kämpfen, vor allem die türkische Minderheit in West-Thrakien. Der Griechische Staat erkennt die West-Thrakien Türken offiziell nicht als das, was sie sind, also eine türkische Minderheit, sondern lediglich als „muslimische Minderheit“ an. In der Auffassung der FUEN sollte die Minderheit in ihrer ganzen Komplexität anerkannt werden, was bedeutet, dass Griechenland die Gemeinschaft mehr als nur als eine religiöse Minderheit akzeptieren sollte.

Die Ukraine hat dafür gesorgt, dass die Lage der autochthonen Minderheiten in Europa erneut ein Tagungsordnungspunkt auf der politischen Agenda geworden ist, so Hansen. Der Krieg hat zu großen Änderungen geführt und es herrschen nun Angst und Unsicherheit. Obwohl auch die FUEN keine Lösung für diese Krise hat, kann die FUEN den nationalen Minderheiten eine Stimme geben und tun was in ihrer Macht steht, um die Lage zu verbessern. Ein erstes Treffen dafür wird am 16.-17. Juni in der deutsch-

dänischen Grenzregion in Verbindung mit dem Forum „Minderheiten in Grenzregionen“ dass die FUEN zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen AGEG veranstaltet, stattfinden. Hansen: „Viele Minderheiten und Regionen warten mit diesen bis dato ungenutzten Kompetenzen auf. Ich könnte viele Beispiele von Minderheiten nennen, die nicht anerkannt und respektiert sind, diskriminiert werden oder deren Infrastruktur aus finanziellen Gründen leidet. Regionen werden zusammengelegt, Forderung nach Autonomie wird als ein nationales Sicherheitsrisiko eingestuft.“ Innerhalb ihres Netzwerkes kennt die FUEN auch gute Beispiele, die eine Inspiration für andere sein können. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat das erkannt als er über die FUEN sagte: „Ihre Expertise wollen wir auch für unsere Außenpolitik nutzen!““

Die FUEN hatet verschiedene Zusammenkünfte in Brüssel im letzten Jahr. Sie hat den neuen Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker aufgefordert ein Portfolio für Minderheiten in der Kommission zu etablieren und hat um mehr Aufmerksamkeit für sprachliche Vielfalt gebeten. Die FUEN sprach mit dem ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frans Timmermans, der gemeinsam mit dem Bildungs- und Kultur-Kommissar Navracsics verantwortlich für Grundrechte ist. Beide Kommissare standen den Anliegen der europäischen Minderheiten positiv gegenüber, aber sie konnten den FUEN nichts konkretes anbieten. In seinem Brief vom 8. Juni scheint Timmermans eine eigene Verantwortlichkeit seitens der Europäischen Kommission für die Minderheiten abzulehnen, was sehr enttäuschend ist.

Hansen erzählte über die Minority SafePack, die europäische Bürgerinitiative (EBI) für die Minderheiten Europas, die von der Europäischen Kommission abgelehnt wurde und die jetzt durch den Gerichtshof in Luxemburg geprüft wird. Das Instrument der Bürgerinitiative ist nicht das politische Agenda-Setting Instrument geworden wie man es sich gedacht hatte. Die FUEN hat dies auch während der Anhörung über die EBI in Februar dieses Jahres angesprochen. Der Abgeordnete György Schöpflin, der Berichterstatter für das Europäische Parlament, fügte hinzu, dass fast jeder der Meinung ist, dass ernsthafte Änderungen notwendig sind.

Der FUEN Präsident kündigte an, dass im Herbst dieses Jahres eine Konferenz in Belgien stattfinden wird, bei der ein neuer Beirat, bestehend aus den Mitglieder des Bürgerkomitees des Minority SafePack, die alle herausragende Persönlichkeiten sind, sowie aus weiteren hochrangigen Vertreter aus europäischen Regionen, zusammenkommen wird. Die nächste Sitzung darauf ist schon geplant in Verbindung mit der Durchführung der EUROPEADA, die europäische Fußballmeisterschaft der Minderheiten in Südtirol im Juni 2016.

Hansen beendete seine Rede mit einem Aufruf an die Abgeordneten in der Intergruppe, der FUEN zu helfen. Die FUEN setzt auf Dialog und gesellschaftliche Beteiligung – jedoch, es fehlen oft die Mittel um schlagkräftig zu agieren. Hansen bat um die Unterstützung des Parlamentes dafür zu sorgen dass auch die EU einen Beitrag leistet, damit die Minderheiten Europas in der Lage sind, sich aktiv auf der europäischen Ebene einzubringen. Weiterhin schlug er vor einen „Kontaktausschuss am Europäischen Parlament“ einzurichten, um dort die Fragen und Interessen der Minderheiten gegenüber der Europäischen Union zu bündeln. Um die Zusammenarbeit mit der Intergruppe, weiteren Abgeordneten und den anderen Institutionen zu verstärken, plant die FUEN nach der Sommerpause in Brüssel ein Büro einzurichten.

Kinga Gál, die Ko-Vorsitzende der Intergruppe betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Minderheitenorganisationen. „Es ist wichtig dass die Intergruppe mit den Minderheitenorganisationen zusammenarbeitet, weil ihre Anstrengungen um einen schlagkräftigen Minderheitenschutz dadurch bestätigt werden und weil es ermöglicht in dem Europäischen Parlament Aufmerksamkeit zu erzeugen für die aktuellen Problemen der Minderheiten.“

“Ich bin dankbar für die positive Resonanz der Repräsentation der FUEN vor der Intergruppe. Die Forderung der FUEN ein Kontaktausschuss für die Minderheiten am EU Parlament einzurichten wurde positiv bewertet, aber wird auch in der Durchführung eine große Herausforderung sein. Trotzdem werden wir stringent dafür arbeiten diesen Ausschuss zu bekommen“, so FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen. Weitere Themen die während der Intergruppe diskutiert wurden, waren die territorialen Reformen in Frankreich, wo man die Region Elsass zusammenlegen wird zu einer neue Großregion, die sich von der Grenze mit Belgien bis zu der Schweiz ausstrecken wird und die Lage der polnischen Schulen in Litauen.

[Rede Hans Heinrich Hansen](#)



FUEN STARTET PROJEKT

16.6.2015



Ab heute werden im deutsch-dänischen Grenzland die Vertreter von Minderheiten aus der Ukraine und aus Russland zu einem neuen Vorhaben erwartet. Für das Projekt „Rolle der nationalen Minderheiten im Konflikt in der Ukraine“ findet ein Auftakttreffen statt.

Dabei sein werden die Vertreter der Krimtataren, Griechen und Deutschen aus der Ukraine sowie die Kumüken, Karälrier und Deutschen aus Russland, und der Kommissar für Minderheiten der ukrainischen Regierung, Gennadiy Druzenko.

Vorbereitet wurde das Projekt von FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen, FUEN Vizepräsidentin Olga Martens und FUEN Generalsekretärin Susann Schenk.

Morgen nehmen die TeilnehmerInnen an der Konferenz „Minderheiten in Grenzregionen“ in Sonderborg an einer Podiumsdiskussion teil.



KONFERENZ “MINDERHEITEN IN GRENZREGIONEN” IN SONDERBURG

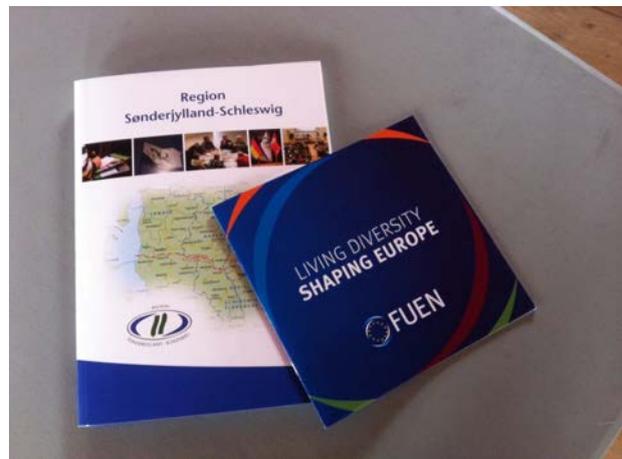
17.6.2015

AM 17. JUNI WERDEN DIE FUEN UND DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT EUROPÄISCHER GRENZREGIONEN (AGEG) EINE KONFERENZ IM DEUTSCH-DÄNISCHEN GRENZLAND ORGANISIEREN, DAS AUSGERICHTET WIRD VON DER REGION SØNDERJYLLAND-SCHLESWIG.

„Der Ursprung der FUEN selbst, geht zurück auf einen Kongress 1949, der darauf abzielte, die Regionen in Europa und die europäischen Minderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenzubringen. Obwohl die Minderheiten und Regionen bald darauf ihre eigenen Organisationen bildeten, gibt es eine enge Verbindung zwischen beiden. Wir freuen uns darauf dass wir heute die Gelegenheit haben einen Kongress zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen zu veranstalten,“, so FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen, „und das in meiner Heimatregion Nordschleswig.

Sowohl Hansen und der Präsident der AGEG Karl-Heinz Lambertz sind ebenfalls Mitglieder des Bürgerausschusses des Minority SafePack, der Europäischen Bürgerinitiative für die Minderheiten.

Die Konferenz fällt zusammen mit dem Auftakttreffen des Projektes „Rolle der nationalen Minderheiten im Konflikt in der Ukraine“. An einer Podiumsdiskussion beteiligen sich daher in Sonderborg, die Vertreter der Krimtataren, Griechen und Deutschen aus der Ukraine sowie die Kumüken, Karelrier und Deutschen aus Russland, und der Kommissar für Minderheiten der ukrainischen Regierung, Gennadiy Druzenko.



Die Vertreter der Minderheiten werden ihre Sicht auf den Konflikt in der Ukraine und die Konsequenzen für die nationalen Minderheiten erklären. Zudem wird über konkrete Unterstützungsmaßnahmen gesprochen, und wie man konkret Unterstützung bieten kann um die Lage zu erleichtern. Das Programm der Konferenz beinhaltet die Vorstellung erfolgreicher Grenzregionen mit Minderheiten, wie der Gastgeberregion Sønderjylland-Schleswig selbst und der Provinz Südtirol. Ein weiterer Teil wird sich mit der Frage, ob Sprache ein verbindendes oder trennendes Element ist für die Zusammenarbeit, beschäftigen. Die FUEN wird dabei ihre Sicht auf die europäische Sprachenpolitik sowie ihre europäische Language Diversity Kampagne präsentieren.

[Programm der Konferenz](#)

FUEN UND DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT EUROPÄISCHER GRENZREGIONEN ZUSAMMEN IN SONDERBURG

KONFERENZ ÜBER MINDERHEITEN UND GRENZREGIONEN

18.6.2015



Gestern, am 17. Juni fand eine Konferenz zum Thema „Minderheiten und Grenzregionen“, gemeinsam organisiert von der FUEN und der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), statt. Die Konferenz zeigte Beispiele aus Europa und aus der deutsch-dänischen Grenzregion, wobei die Region Sønderjylland-Schleswig der Gastgeber war.

FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen betonte die gemeinsame Wurzel der beiden Organisationen und die enge Verbindung zwischen Grenzregionen und Minderheiten in Europa: viele europäische Minderheiten leben momentan in Grenzregionen.

Ein wichtiger Teil des Programms war für den Konflikt in der Ukraine gewidmet. Vertreter von Minderheiten aus der Ukraine und auch aus Russland berichteten darüber, welchen minderheitenpolitischen Weg sie sich für Europa in der Zukunft wünschen. Für AGEG-Präsident Karl-Heinz Lambertz war diese Podiumsdiskussion der Höhepunkt der Konferenz, weil sie so echt war, so authentisch.

Während der Konferenz wurde auch die language diversity Kampagne präsentiert, die zum Ziel hat für Mehrsprachigkeit und sprachliche Vielfalt zu sensibilisieren und das Sprachenlernen fördern soll. Basierend auf der Karte der Minderheiten und Minderheitensprachen wurden Fakten und Zahlen zu den

europäischen Minderheiten und Sprachen vermittelt, und es wurde eine Übersicht über die letzten Entwicklungen in der Sprachenpolitik der EU gegeben.



UKRAINE PROJEKT DER FUEN GESTARTET

ERFOLGREICHES ERSTES TREFFEN IN DER DEUTSCH-DÄNISCHEM GRENZREGION

18.6.2015



Vom 15.-17. Juni besuchten Vertreter von Minderheiten aus der Ukraine und aus Russland die FUEN in Flensburg, um die Lage in der Ukraine zu erörtern. Sie übernachteten in der Europäischen Akademie Sankelmark und diskutierten gemeinsam im Haus der Minderheiten der FUEN.

Der Höhepunkt des Programms war die Podiumsdiskussion, die im dänischen Sonderburg während der Konferenz „Minderheiten in Grenzregionen“ stattfand. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), eine Organisation von mehr als 100 Grenzregionen in Europa.

Die Teilnehmer des Programms, darunter Vertreter der Krimtataren, Griechen und Deutschen aus der Ukraine und Kumukken, Karelier und Deutschen aus Russland, und dem ehemaligen Regierungsbeauftragten für Minderheiten in der Ukraine, Gennadiy Druzenko, versuchten mithilfe der anwesenden Vertreter der Regionen Lösungen und konkrete Maßnahmen zu finden um ihre Situation zu erleichtern.



Teilnehmer:

- Olga MARTENS, Vizepräsidentin der FUEN, Moderatorin
- Gennadiy DRUZENKO, ehemaliger Regierungsbeauftragter für Minderheiten in der Ukraine
- Alexandra PROTSENKO-PICHAJI, Föderation der griechischen Verbände in der Ukraine
- Wladimir LEYSLE, Rat der Deutschen in der Ukraine
- Elvin KADYROV, Mejlis der Krimtataren
- Ramazan ALPAUT, Moskauer Kumukische Organisation "QUMUQLAR", Russland
- Akhmed BAYGEREEV, Moskauer Kumukische Organisation "QUMUQLAR", Russland
- Alexej TSYKARYOV, Vertreter für Karelien in der Barents Regionalen Jugendrat, Russland
- Prof Dr Tatyana SMIRNOVA, Professor und Lehrstuhl für Ethnographie an der Omsk F.M. Dostoevsky Staatsuniversität
- Uliana ILYINA, IVDK – Internationaler Verband der Deutschen Kultur, Russland
- Konstantin MATIS, IVDK - Internationaler Verband der Deutschen Kultur, Russland
- Irina Pinchuk, IVDK - Internationaler Verband der Deutschen Kultur, Russland



VORBEREITUNGSTURNIER FÜR DIE EUROPEADA 2016 EIN ERFOLG

30.6.2015



Am 27.06.2015 fand in St. Martin in Thurn (Ladinien – Südtirol) ein Vorbereitungsturnier für die nächste EUROPEADA 2016 statt. Daran teilgenommen haben 4 Fußballmannschaften: die "Ladiner" (IT), die "Südtiroler" (IT), die "Rumantsch" (CH) und die "Kärntner Slowenen" (AT).

Ein Jahr vor der EUROPEADA 2016 testete St. Martin in Thurn damit auch sein Angebot als Austragungsort der Fußballspiele der europäischen Minderheiten.

„Es war ein tolles Vorbereitungsturnier für die nächste EUROPEADA. Alle Mannschaften haben ihr bestes gegeben. Vor jedem Spiel gab es auch die Hymne. Danach konnten wir alle zusammen Feiern, mit Liedern und Tänzen. Sport und Fußball können alle zusammenbringen. Wir freuen uns auf 2016“, so Giorgio Costabiei, Leiter der ladinischen Mannschaft und Mitglied des OK-Teams für 2016.



Gewonnen haben die Ladiner, die einen Heimvorteil hatten. Die Ergebnisse:

- Ladiner - Slowenische Minderheit in Kärnten: 1 - 0
- Rumantsch - Südtiroler: 0 - 0 (4 -1 Elfmeter)
- Finale 3-4 Platz: Slowenische Minderheit in Kärnten - Südtiroler: 4 - 2
- Finale 1-2 Platz: Ladiner - Rumantsch: 1 - 0

Die EUROPEADA 2016 findet von Samstag den 18.06. bis Sonntag 26.06.2016 in Südtirol statt. Die Organisatoren arbeiten auf Hochtouren die Fußballspiele und die Rahmenbedingungen für das Damen- und Herrenturnier, für Betreuer, viele erwartete Fans aus ganz Europa und Gäste vorzubereiten.



25 JAHRE MINDERHEITENSCHUTZ IN DER LANDESVERFASSUNG VON SCHLESWIG-HOLSTEIN

ZUM 25-JÄHRIGEN JUBILÄUM HAT MINISTERPRÄSIDENT TORSTEN ALBIG AM MONTAG, DEN 29. JUNI 2015, ZU EINEM EMPFANG EINGELADEN.

30.6.2015

Für Ministerpräsident Torsten Albig ist Minderheitenpolitik heute moderner denn je. "Schleswig-Holstein ist das erste Land in Deutschland mit einer eigenständigen Sprachenpolitik für die Regional- und Minderheitensprachen", sagte er am 29. Juni in Kiel.

Eine Verfassungsänderung habe in Schleswig-Holstein vor 25 Jahren den Weg frei gemacht für eine Minderheitenpolitik, die heute in vielen Teilen Europas als vorbildlich gesehen werde. "1990 wurden die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe in unsere Landesverfassung aufgenommen. Seitdem schützt das Land nicht nur die Bekenntnisfreiheit. Der damalige Artikel 5 - heute Artikel 6 - garantiert den Minderheiten auch Schutz und Förderung", sagte Albig. 2012 habe Schleswig-Holstein als erstes Land in Deutschland auch die Minderheit der deutschen Sinti und Roma unter den Schutz der Landesverfassung gestellt.

Heute sehe der Handlungsplan Sprachenpolitik des Landes Schleswig-Holstein vor, dass die Minderheitensprachen Dänisch, Friesisch und Romanes sowie die Regionalsprache Niederdeutsch stärker geschützt und gefördert werden. "Sie sind Teil unserer kulturellen Identität", so der Ministerpräsident. Wichtig dabei sei, dass dieser Weg nicht nur zusammen mit den Minderheiten gegangen werde. Die Landesregierung setze auch auf eine breite Unterstützung im Landtag. Albig: "Gute Minderheitenpolitik ist nur möglich, wenn Mehrheit und Minderheiten sie gemeinsam und partnerschaftlich gestalten."

Quelle: www.schleswig-holstein.de



Foto: Ministerpräsident Torsten Albig und Minderheitenbeauftragte Renate Schnack mit FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen beim FUEN Kongress 2014 in Sonderburg, Dänemark.

Juli 2015

DEUTSCHER AUSSENMINISTER STEINMEIER WIRBT FÜR DIALOG, VERTRAUEN UND EINE STÄRKERE EINBINDUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DER OSZE

ANFANG JULI WAR DER DEUTSCHE AUSSENMINISTER FRANK-WALTER STEINMEIER NACH WIEN GEREIST, UM DAS PROGRAMM FÜR DEN DEUTSCHEN VORSITZ 2016 VOR DEM STÄNDIGEN RAT DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (OSZE) VORZUSTELLEN.

3.7.2015

„Lassen Sie uns bestehende Elemente der Vertrauensbildung stärken und nicht weiter abbauen“, sagte Steinmeier in seiner Rede vor dem Ständigen Rat. Darin sprach er von „stürmischen Zeiten“ und warb dafür, sich den gemeinsamen Bedrohungen auch gemeinsam zu stellen. „Die OSZE ist und bleibt ein zentrales Instrument der Konfliktverhütung und der Konfliktlösung in Europa.“ Deutschland sei bereit, Verantwortung zu übernehmen.



Außenminister Steinmeier betonte dass, wenn er über den Dialog spricht, nicht nur den Dialog zwischen Regierungen, sondern auch den Dialog zwischen Menschen meint. „Gerade jetzt, wo die politische Entfremdung im OSZE-Raum so massiv zugenommen hat, kommt es umso mehr auf die zivilgesellschaftlichen Verbindungen an. Schon in der Schlussakte von Helsinki ist diese menschliche Dimension angelegt. Wir wollen sie stärken.“

In Februar diesen Jahres war Ralf Beste, stellvertretender Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, zu Besuch bei der FUEN in Flensburg, um zu erörtern wie die deutsche Regierung die Kompetenzen und Leistungen der beiden hier ansässigen europäischen Organisationen FUEN und ECMI (European Center for Minority Issues) und die Erfahrungen im deutsch-dänischen Grenzland und des Landes Schleswig-Holstein besser genutzt werden können. Insbesondere standen dabei Dialog- und Konfliktlösungsmodelle unter Einbezug der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt des Interesses.

Außenminister Steinmeier betonte, dass der deutsche Vorsitz die Zivilgesellschaft stärker in die Staatendiskussion innerhalb der OSZE einbeziehen will. In Bezug auf den Schutz von Minderheiten ist, so Steinmeier, „dieser Kontinent Europa [...] heute, im Osten wie im Westen, ein sehr, sehr vielfältiger Kontinent. Minderheiten in modernen Staaten sollten geschützt werden, damit sie Gesellschaften zusammenbringen und nicht entzweien; und schon gar nicht dürfen wir zulassen, dass Minderheiten in Konflikten instrumentalisiert werden. Das bedeutet auch, dass wir jeder Form von politischem Extremismus, Intoleranz und Diskriminierung entgegenzutreten.“

Die FUEN freut sich über den Ansatz der deutschen OSZE-Präsidentschaft und bietet an, zusammen mit dem deutschen Außenministerium und den FUEN- Mitgliedern in ganz Europa an Dialog- und Konfliktlösungsmodellen unter Einbezug der Zivilgesellschaft zu wirken.

[Rede von Außenminister Steinmeier am 2.7.2015 in Wien](#)



BERATUNG ZUR ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER MINDERHEITEN (AGDM) IN BERLIN

6.7.2015



In einer außergewöhnlich heißen Sitzung haben Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk MdB und die Vertreter der AGDM, FUEN und BMI im Berliner Innenministerium zur Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten beraten. Die Arbeitsgemeinschaft, die unter dem Dach der FUEN, organisiert ist, bereitet sich auf die kommende Jahrestagung im November in Berlin vor.

In Anwesenheit von FUEN und IVDK Vizepräsidentin Olga Martens, haben Koloman Brenner der Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, Bernard Gaida, Vorsitzender der VDG und Benjamin Jozsa, Geschäftsführer des DFDR über die kommenden Vorhaben, Kooperationen und Erwartungen debattiert. An den Beratungen nahmen auch FUEN Generalsekretärin Susann Schenk und Projektmanagerin Eva Penzes teil.

Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung der Jahrestagung der AGDM 2015, welche vom 09.-12. November in Berlin stattfindet. Am 12. November wird eine Konferenz des Beauftragten im Bundesinnenministerium des Innern vorbereitet. Eine Zusammenkunft mit Außenminister Steinmeier im Rahmen des Seminars ist bestätigt.

Ein reger Meinungsaustausch fand statt über die aktuellen Gespräche und Besuche von MdB Hartmut Koschyk bei den deutschen Minderheiten und politischen Vertretern, u.a. in Österreich und in der Slowakei. Koschyk unterstrich die Bedeutung der AGDM und der FUEN als europäischem Dach für die Minderheitenanliegen.

Weitere Themen des Treffens waren daher die beabsichtigte Einrichtung der AGDM Koordination in Berlin, der FUEN Kongress 2016 in der europäischen Kulturhauptstadt Breslau/Wrocław, das Haus der Minderheiten und die institutionelle Förderung der FUEN.

Im Anschluss fand eine gemeinsame Beratung zum deutschen Auslandschulwesen und der Kooperation mit den deutschen Minderheiten statt. Daran nahmen Vertreter des Auswärtigen Amtes, der Kultusministerkonferenz, der Zentralstelle für Auslandsschulwesen und des Weltverbandes der Deutscher Auslandsschulen teil.

Weitere aktuelle Mitteilung



August 2015

DAS SEKRETARIAT DER FUEN WÜNSCHT ALLEN EINE SCHÖNE UND ERHOLSAME SOMMERZEIT

3.8.2015



Das Sekretariat der FUEN macht Sommerpause und ist am 01. September wieder für Sie da. Wir wünschen Ihnen eine schöne Urlaubszeit und freuen uns darauf, uns nach der Sommer erholt und mit voller Kraft wieder für die europäischen Minderheiten einzusetzen.

FUEN AB SOFORT IN BERLIN PRÄSENT

DIE FÖDERALISTISCHE UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN BEZIEHT AB SOFORT EINE PRÄSENZ IM BUNDESHAUS IN BERLIN.

4.8.2015



Maßgeblich beigetragen hat dazu das Engagement des Beauftragten der Bundesregierung für nationale Minderheiten Hartmut Koschyk.

Wie die FUEN und das Büro des Beauftragten heute bekannt geben, wird eine Koordinierungsstelle für die unter dem Dach der FUEN tätige Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten, kurz AGDM, eingerichtet. „In enger Kooperation mit dem in Berlin tätigen Minderheitensekretariat der vier autochthonen, nationalen Minderheiten, der Jugend Europäischer Volksgruppen und den Einrichtungen der Sinti und Roma, wird die Sichtbarkeit der Minderheiten auf Bundesebene und in der Hauptstadt deutlich erhöht. Dies werden wir nutzen“, freut sich FUEN Generalsekretärin Susann Schenk. Die Eröffnung der Repräsentanz der FUEN in Brüssel wird im Herbst diesen Jahres folgen.

Arbeitsgemeinschaft nun mit Koordinationsstelle

Unter dem Dach der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, dem größten Dachverband der autochthonen, nationalen Minderheiten Europas, sind die deutschen Minderheiten seit 1991 in einer Arbeitsgemeinschaft organisiert.

Diese Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten, kurz AGDM vereint aktuell 21 Organisationen. Für die Koordination der Zusammenarbeit ist es jetzt gelungen eine Koordinationsstelle einzurichten. Die Aufgabe in Berlin übernimmt ab sofort, Eva Adel Penzes. Die gebürtige Ungarndeutsche und studierte Germanistin war bisher als Geschäftsführerin der JEV und anschließend für die FUEN als

Projektmanagerin tätig.

„Wir bemühen uns um eine enge strategische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, um die Zukunft der deutschen Minderheiten, deren Sprache und Kultur, zu sichern. Zudem leisten wir einen wichtigen Beitrag in unseren Heimatländern, in denen Angehörige deutscher Minderheiten als Deutsche gelten und so zur guten Beziehungen zu Deutschland beitragen. Seit der letzten Jahrestagung der AGDM in Berlin, verfolgen wir die Etablierung in Berlin mit Nachdruck und freut uns sehr, dass es soweit ist“, so Koloman Brenner, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft.

Anliegen der AGDM Koordination ist es die Zusammenarbeit der Organisationen zu stärken und die politische Präsenz und die Sichtbarkeit der deutschen Minderheiten in Berlin zu erhöhen. Durch diese neue Einrichtung kann des Weiteren sichergestellt werden, dass die Förderungen und Aktivitäten gebündelt und miteinander besser abgestimmt werden. Hierzu trägt auch die kommende Jahrestagung bei, die vom 9.-12. November 2015 in Berlin stattfindet.

„Die Vertretung der Minderheitenanliegen in Europa – ist heute als Friedenspolitik aktueller denn je. Ich selbst weiß als Angehöriger der deutschen Minderheit in Dänemark, wie viel notwendig ist, um zu Verständigung und Dialog nach Krieg und Konflikten beizutragen. Eine angemessene Ausstattung der Nicht-Regierungsorganisationen, die diesem Engagement verpflichtet sind, ist eine Grundvoraussetzung. Eine Präsenz in Berlin, ist ein weiterer richtiger Schritt dazu.“, so Hans Heinrich Hansen, FUEN Präsident. „Ich danke insbesondere Hartmut Koschyk, der als Bundesbeauftragter, die Anliegen der Minderheiten stets auch im europäischen Kontext betrachtet und dabei für die FUEN ein enger Verbündeter geworden ist.

Foto FUEN: Vertreter der FUEN, des BMI und der Bundesbeauftragte Hartmut Koschyk in Berlin v.l.n.r.: **Jens Krumsieg**, Bundesministerium des Innern; **Susann Schenk**, FUEN-Generalsekretärin; **Benjamin Jozsa**, Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR), Geschäftsführer; **Olga Martens**, FUEN-Vizepräsidentin, Vizepräsidentin des Internationalen Verbandes der Deutschen Kultur (IVDK) in Russland; **Hartmut Koschyk MdB**, Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten; **Dr. Koloman Brenner**, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN, Vorsitzender; **Eva Penzes**, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN, Koordinatorin; **Bernard Gaida**, Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Vorsitzender

TAG DER OFFENEN TÜR DER BUNDESREGIERUNG IN BERLIN: FUEN IST DABEI

28.8.2015



Am 29. und 30. August 2015 laden das Bundeskanzleramt und die Bundesministerien ein, sich vor Ort ein Bild zu machen, wo, wie und woran die deutsche Bundesregierung arbeitet.

In diesem Jahr ist die FUEN mit unserer neuen AGDM-Koordinierungsstelle im neuen Gebäude des Bundesministeriums des Innern in Berlin präsent, wo wir unsere Tätigkeiten dem Berliner Publikum vorstellen werden. Neben der FUEN werden u.a. auch das Minderheitensekretariat der vier autochthonen Minderheiten in Deutschland, sowie der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten anwesend sein.

Der Tag der offenen Tür der Bundesregierung in Berlin steht in diesem Jahr im Zeichen des Jubiläums "25 Jahre Deutsche Einheit". Aber auch zu allen aktuellen Themenschwerpunkten gibt es ein vielseitiges Informations- und Unterhaltungsprogramm. So wird es z.B. im Bundesministerium des Innern auch ein Einsatztraining der Hundestaffel geben, es wird getanzt, Musik und Sport gemacht. Außerdem wird die Bundespolizei die Gäste mit Fallschirmsprüngen unterhalten.

Seit dem Regierungsumzug ist der Tag der offenen Tür der Bundesregierung ein Publikumsmagnet in Berlin. Für alljährlich weit über einhunderttausend Besucherinnen und Besucher ist die Veranstaltung auch bundesweit längst kein Geheimtipp mehr.

Mehr Informationen:

[Programm Tag der offenen Tür am 29. und 30. August](#)

[Internetseite Bundesministerium des Innern](#)

[Flyer der Bundesregierung](#)

68

September 2015

STATELESS FOR 22 YEARS

“MY COUNTRY IS MY PRISON,” SAYS MRS GÜLTEN KAYAL FROM RHODES, GREECE

1.9.2015

A high number of ethnic Turks in Greece have had their citizenship withdrawn under Article 19 of the Citizenship Law that was in force from 1955 until 1998. This law was abused by the Greek authorities during that period to get rid of a maximum of ethnic Turks.

The most amazing case is the story of Mrs Gülten Kayal from Rhodes who Human Rights Without Frontiers Int'l (HRWF) met last week. She went to Germany in 1985 and was married in Frankfurt to another ethnic Turk two years later. On several occasions, she had her visa renewed without any problem at the local Greek consulate. In 1993, she went back to Greece to take part in the elections. Imagine her surprise when she was told she had lost her citizenship! Her husband however was not deprived of his but until he went back to Rhodes several years later, he lived and worked abroad without his wife because she did not dare leave Rhodes in case she would not be allowed back to her country.



Since then she has tried three times with the help of a lawyer to get back her citizenship. To no avail. This has dramatic consequences because she is still stateless more than 20 years later. She cannot vote, she cannot open a bank account, she cannot get a loan, she cannot get her pension, she cannot be covered by the national health insurance, she cannot...

“Since 1993, my country has been my prison because I am undocumented,” she told HRWF. According to a reply by the Greek Ministry of the Interior to a parliamentary question asked by İlhan Ahmet, the former MP for Rhodope in the Greek Parliament in May 2005, 46,638 Turks (Muslims) in Thrace and the Island of Rhodes (Dodecanese Islands) were deprived of citizenship until 1998. The provision was repealed in 1998, although failing to nullify previous decisions of withdrawal of citizenship. The only process made available for regaining Greek citizenship was to apply for naturalization as any foreign citizen.

The former Article 19 of the Greek Nationality Code was in contravention of, inter alia, Article 12, paragraph 4, of the International Covenant on Civil and Political Rights (ratified by Greece by Law 2462/1997), which provides that ‘no one shall be arbitrarily deprived of the right to enter his own country,’ and Article 3, paragraph 2, of the Fourth Protocol to the European Convention on Human Rights, which states that ‘no one shall be deprived of the right to enter the territory of the State of which he is a national.’ This Fourth Protocol has yet to be ratified by Greece. National and international organizations continue to urge Greece to resolve the negative consequences of Article 19. The case of Mrs Gülten Kayal is probably only one among many others that are still pending. HRWF urges the Greek authorities to solve this case and any other that will come to its knowledge.

This article was written by [Human Rights Without Frontiers Int'l](#)

FUEN BEI EINEM ERKUNDUNGSBESUCH AUF RHODOS UND KOS

1.9.2015

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) war vom 27.-30. August 2015 auf einem Erkundungsbesuch auf den Inseln Rhodos und Kos in Griechenland, die zu der Inselgruppe Dodekanes angehören.

Während des Erkundungsbesuchs, dessen Gastgeber unsere Mitgliedsorganisation Kultur- und Solidaritätsverein der Türken auf Rhodos, Kos und Dodekanes war, haben FUEV-Vizevorsitzender Halit Habip Oğlu und Direktor von Human Rights Without Frontiers Int'l (HRWF Int'l) Willy Fautre die Situation der auf den Inseln Rhodos und Kos lebende türkischen Minderheit vor Ort beobachtet.



Die Delegation traf die Angehörigen der türkischen Minderheit und Vertreter der Zivilgesellschaft auf Rhodos und Kos. Im Laufe des Besuches hat sich die Delegation zahlreiche Probleme der türkischen Minderheit angehört. Außerdem hat die Delegation die kulturellen und historischen Werke und Bauten des osmanischen Reiches auf beiden Inseln besichtigt, wobei sie das osmanische Kulturerbe als zerstört vorfand.

[Artikel von HRWF über Frau Gülten Kayal, deren Staatsbürgerschaft aberkannt wurde und die seit 22 Jahren staatenlos ist](#)



DIE FUEN PRÄSENTIERT DIE EUROPÄISCHEN MINDERHEITEN IN BERLIN

2.9.2015

Am Wochenende vom 29. - 30. August 2015 war die FUEN (Federal Union of European Nationalities) sowie ihre neue AGDM - Koordinierungsstelle (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten), mit Sitz in Berlin, zum ersten Mal am Tag der offenen Tür im neuen Gebäude des Bundesministeriums des Innern in Berlin präsent.

Unter der Leitung des Minderheitensekretariates und der vier alteingesessenen

Minderheiten Deutschlands, standen dieses Jahr auch die in der FUEN vertretenen deutschen Minderheiten im Vordergrund. Diese Präsenz ermöglichte es, die Aufmerksamkeit des Berliner Publikums auf die AGDM, die deutschen Minderheiten in Mittel- und Ost Europa sowie auf die GUS Staaten zu gewinnen und zu stärken.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk (MdB), war ebenfalls anwesend. Im diesem Jahr hat Herr Koschyk Vertreter der deutschen Minderheit aus Rumänien eingeladen, da das Jahr 2015 dem Gedenken an 70 Jahre Deportation der Deutschen aus Rumänien in die ehemalige Sowjetunion gewidmet ist.



Am letzten Tag besuchte Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière ebenfalls den Stand der Minderheiten. Er erkundigte sich über die Tätigkeiten, lobte die vielfältige Arbeit sowie das Engagement und freute sich neben allen Anwesenden auch sehr über die Teilnahme der Sorben.

Am Tag der offenen Tür betraten über 10.000 Besucher das neue Gebäude des Bundes Innenministeriums. Insgesamt besuchten rund 156.000 Personen die Veranstaltung und informierten sich über die aktuellen Themen.

GRIECHISCHER GENERALKONSUL ZU GAST IN FLENSBURG

8.9.2015

Georgios Arnatoutis, I. Botschaftsrat und Generalkonsul Griechenlands, war heute zum Gespräch im Haus der Minderheiten. Nach eigenen Angaben wollte sich der seit September 2014 in Hamburg tätige gebürtige Athener, über die FUEN und ihr Engagement informieren.



Das Gespräch ist ein Ergebnis des diesjährigen FUEN Kongress in West-Thrakien. FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen und FUEN Vizepräsident Dieter Paul Küssner nutzen die Gelegenheit in Anwesenheit von FUEN Vizepräsident Halit Habipoglu, auch die Minderheitensituation im deutsch-dänischen Grenzland vorzustellen.

Im Laufe des offenen und anregenden Gespräches wurde das Selbstverständnis Griechenlands im Umgang mit seinen Minderheiten beleuchtet, die Fragen der Bildungsautonomie und Religionsfreiheit erörtert und für eine verstärkte Teilhabe der Minderheiten plädiert. Die FUEN übergab dem Generalkonsul nochmal offiziell die Resolutionen die Minderheiten in Griechenland und die West-Thrakien Türken betreffend.

Auch die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik waren Gegenstand des Gespräches. Die Expertise der FUEN und ihrer Mitglieder ist dabei sehr wichtig.

Beim Kongress in Kongress verabschiedete Resolutionen:

[FUEN Hauptresolution](#)

[FUEN Resolution über Griechenland](#)

[Resolution der türkischen Minderheit von Westthrakien](#)



INTENSIVE WEEK IN STRASBOURG: STATE OF THE UNION, REFUGEES, FUNDAMENTAL RIGHTS AND STRATEGIC COOPERATION WITH THE MINORITY INTERGROUP IN THE EUROPEAN PARLIAMENT

11.9.2015

This week, FUEN attended the first plenary session of the European Parliament after the summer break. It was a week in which the European response to the refugee crisis was making all the headlines and in which Jean-Claude Juncker, the president of the European Commission gave his first State of the Union speech in the Parliament. FUEN was also present at meeting of the Intergroup for Traditional Minorities, National Communities and Languages.

In his State of the Union speech, president Juncker spoke about the immense challenges that the European Union is facing and that can only be mastered if Europe works together:

“I believe the immense challenges Europe is currently facing – both internally and externally – leave us no choice but to address them from a very political perspective [...]. This is not the time for business as usual. [...] Instead, it is time for honesty. It is time to speak frankly about the big issues facing the European Union. Because our European Union is not in a good state. There is not enough Europe in this Union. And there is not enough Union in this Union. We have to change this. And we have to change this now.”



In relation to the refugee situation in Europe, Juncker emphasised that how to handle it, is first of all a matter of humanity and of human dignity. He stated that Europe has clearly under-delivered on common solidarity with regard to the refugees who have arrived in the EU.

FUEN President Hans Heinrich Hansen: “With the refugee crisis of the last few weeks, we now see very clearly what will happen if Europe is not looking after basic human values. We have seen that before, as these values are also not respected in relation to national minorities in a number of states in Europe. Up to now the European Commission denied that it bears responsibility for the minorities. The large group of refugees from war and crisis areas now demand a common solution from the politicians in Europe. By now, the refugees have reached the German-Danish border region too, where FUEN is located. Also here people have recognised that violence is not a solution against those who are looking for help. It is encouraging to notice how many people in many countries of Europe are supporting the refugees and that also politically things are starting to change.”

This week was also the week that the non-legislative resolution on the situation of fundamental rights in the EU (2013-2014) was adopted by a majority of the European Parliament. The resolution calls for the full use of existing mechanisms to ensure that the fundamental rights and values of the EU are respected, protected and promoted. As a result of the active engagement of the members of the Minority Intergroup, and also other Members of Parliament, the resolution contains a chapter on the promotion of minorities that reiterates many of the demands raised by FUEN over the past years towards the European institutions. FUEN has the hope that now, in a serious crisis, the European Commission and the Council will listen to the Parliament and start to act to fulfil their self-proclaimed fundamental rights and values, also in regard to the protection of the national minorities in Europe.

The resolution states that the European Parliament “invites the EU institutions to elaborate a comprehensive EU protection system for national, ethnic and linguistic minorities in order to ensure their

equal treatment, taking into account the relevant international legal standards and existing good practices, and calls on the Member States to ensure effective equality of these minorities, particularly on issues of language, education and culture.”

Furthermore the Parliament “encourages the Member States that have not yet done so to ratify and effectively implement the Framework Convention for the Protection of National Minorities and the European Charter for Regional or Minority Languages and urges the Member States and the Commission to take all necessary action to tackle any disproportionate administrative or legislative obstacles that could hinder linguistic diversity at European or national level.”

In the meeting of the Intergroup on Thursday the floor was given to CIRCOM, the European Association of Regional Television. The organisation, bringing together regional public television in 31 countries in Europe, functions as a network for its members, it organises trainings and an annual prize. Three representatives, from Galicia in Spain, from Poland and France presented examples of how regional public television functions in their countries: from programmes in the national language for very small minorities in Poland, to the Galician television station in Spain and the difficulties some stations in France have to find sufficiently qualified journalists to produce their programmes in Breton and Corsican. Furthermore they emphasised the importance of regional public television for a democratic, pluralist society and asked the support of the Parliament in raising the attention for regional media in European policy and legislation, e.g. in the Audiovisual Media Services Directive, in which regional television is not mentioned at all.

The Members came with examples from their regions, where regional media are under threat. Gyula Winkler MEP mentioned the example of the Romanian television, which has gone bankrupt and may have to cut regional programmes for minorities. There was also criticism on the low amounts of budget received for some minorities in Poland; if the citizens, including minorities, fund these media, they should also be able to have television in their own language, and e.g. only 10,000 Euro for the German television in Poland cannot be taken seriously for a serious television programme, according to Herbert Dorfmann MEP.

Links:

[State of the Union address by Jean-Claude Juncker, President of the European Commission](#)
[Resolution on the situation of fundamental rights in the EU \(2013-2014\)](#)

[CIRCOM: European Association of Regional Television](#)



FLÜCHTLINGSWELLE ERFORDERT KONSEQUENTE FRIEDENSBEMÜHUNGEN

18.9.2015



Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) und die Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) zeigen sich solidarisch mit den Flüchtlingen, die zurzeit in die Europäische Union strömen. Die heutige Flüchtlingswelle ist eine gesamtgesellschaftliche europäische Aufgabe und erfordert die solidarische Hilfe aller Länder. Sie stellt die Ländergemeinschaft vor völlig neue Herausforderungen sowohl materiell als auch ideell.

„Ein starker humanitärer Einsatz ist Menschenpflicht,“ erklärt das Präsidium der FUEN übereinstimmend, **„und ein Engagement vor Ort ist primäres Gebot, um die Menschenwürde zu wahren.“** Die Mitglieder des Präsidiums der FUEN Hans Heinrich Hansen, Martha Stocker, Dieter Küssner, Bernhard Ziesch, Halit Habipoglu, Lorant Vincze, Olga Martens, Susann Schenk, Eva Penzes, Frank de Boer und Matic Germovšek Ž., Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV), stammen aus Deutschland, Dänemark, Südtirol, Österreich, Slowenien, Ungarn, Rumänien, den Niederlanden und Griechenland.

Die FUEN ist mit über 90 Mitgliedsorganisationen in ganz Europa die größte Dachorganisation für autochthone nationale Minderheiten.

„Die Solidarität unserer Mitgliedsorganisationen ist beeindruckend und wir rufen Euch auf dies fortzuführen“, so das Präsidium der FUEN und der JEV übereinstimmend. „Es ist außerordentlich, was an Hilfe vor Ort geleistet wird. Wir unterstützen das Engagement unserer Mitgliedsorganisationen dort, wo sie leben, und wir rufen die Europäischen Staaten auf, auch vor Ort zu helfen, wo es möglich ist.“

Die FUEN sieht es bei allen humanitären Anstrengungen als ebenso wichtig an, dass Europa gemeinsam mit Russland, den Vereinigten Staaten, den Golfstaaten, der Türkei und weiteren Ländern, auf politischer Ebene tragfähige Friedenslösungen auf den Weg bringt. Lösungen, die es ermöglichen in der Heimat der Flüchtlinge unter friedlichen und geordneten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen ein menschenwürdiges Leben zu gestalten.

Wir fordern von der europäischen Politik entscheidende Maßnahmen, um Friedenslösungen zu Stande zu bringen und zu sichern.

Welche Konsequenzen die Flüchtlingspolitik auf die Minderheitenpolitik in Europa und auf die Situation der autochthonen Minderheiten hat, die zu weiten Teilen in der FUEN zusammengefasst sind, betrachten FUEN und JEV aktuell als nachgeordnet, da erst die Frage nach Frieden auf der Agenda steht. Über die Tragweite der jetzigen Flüchtlingswelle für die Minderheitensituation und -politik in Europa sei man sich auf Seiten der FUEN bewusst, so das Präsidium.

Dennoch äußert die FUEN die Hoffnung, dass die Bewältigung dieser großen Herausforderung, die sehr viele Nationalitäten zusammenbringt, auch die Chance enthält, eine neue Sichtweise auf den Minderheitenschutz in Europa zuzulassen.

[Gemeinsame Stellungnahme der FUEN und JEV/YEN zur Flüchtlingskrise in Europa](#)

DELEGATION OF THE SOCIETY OF SWEDISH LITERATURE IN FINLAND (SLS) VISITS FUEN

21.9.2015

On Friday 18 September a delegation of the [Society of Swedish Literature in Finland \(SLS\)](#) visited FUEN and the House of Minorities in Flensburg.

The circa 20 members of the executive and scientific board of the Society were in Flensburg as part of a study visit to Schleswig-Holstein and the German-Danish border region, which also included meetings with the Schleswig-Holstein government in Kiel and visits to the universities of Kiel and Sønderborg.



of

FUEN President Hans Heinrich Hansen welcomed the guests in the House of Minorities and told them about the activities of FUEN, which is the largest umbrella organisation for the autochthonous national minorities in Europe. Subsequently President Hans Heinrich Hansen, FUEN Vice President Dieter Paul Küssner, Jens A. Christiansen of Sydslesvigsk Forening, Chairman Dr Jørgen Kühl of the European Centre for Minority Issues and Prof Dr Elin Fredsted of Flensburg University told the guests from Finland about how the minorities and majorities on both sides of the German-Danish border are living together. The meeting was concluded with a lunch in a restaurant nearby.



The group was particularly interested in the experiences of FUEN in the field of multilingualism. They do not consider themselves as a minority in Finland, but as the guardians of the Swedish language in Finland. The short visit to the House of Minorities, however, did make an impression on the delegation and FUEN has gained friends and supporters among the Swedish-speaking Finns.

The purpose of the Society of Swedish Literature in Finland is to disseminate knowledge about Finland's Swedish-language culture. The Society was founded in 1885 and publishes works of scholarship and nonfiction about the culture, language, society and history of Finland's Swedish-speaking minority. As the organisation managing the Swedish Cultural Foundation the Society is one of the largest private funders of research in the humanities and social sciences in Finland.



FUEN NAHM AN DEM SÁMI SYMPOSIUM IN BERLIN TEIL

22.9.2015

Am Dienstag, den 22. September nahm die FUEN teil am Symposium „Sámi Contemporary: A Symposium about Minorities and Identities“. Mit Politikern, wissenschaftlichen Experten, Künstlern, Medienvertretern und Aktivisten wurde über die Bedeutung von Gesetzgebung und Rechten, Kunst und Architektur, Sprache und Medien für Minderheiten und ihre Identität, und insbesondere für die Sámi, diskutiert.

Im Forum über die Rechte der Minderheiten hat neben dem schwedischen Staatssekretär im Kulturministerium Per Olsson und der finnischen Abgeordneten Eva Biaudet auch Judith Walde, Leiterin des Minderheitensekretariates in Deutschland gesprochen über die Minderheiten in Deutschland und deren Vernetzung durch die FUEN auf europäischer Ebene.



Das Symposium wurde von den Nordischen Botschaften in Kooperation mit der Freiburg Research Group in Sámi Studies in Berlin veranstaltet und gehört zum Rahmenprogramm der Kunstausstellung Sámi Contemporary, die bis zum 27. September in den Nordischen Botschaften in Berlin gezeigt wird.

Die Sámi (Samen) sind ein indigenes Volk, das heute eine Minderheit in Finnland, Norwegen, Schweden und Russland darstellt. Laut Schätzungen gibt es in Norwegen circa 40.000, in Schweden 20.000, in Finnland 7.500 und in Russland 2.000 Sámi. Die Sámi haben ihr eigenes historisches und kulturelles Siedlungsgebiet, ihre eigene Sprache, Kultur und Geschichte. Sie sind die einzige Bevölkerungsgruppe im Gebiet der Europäischen Union, Norwegens und der Kola-Halbinsel, die als indigenes Volk anerkannt ist.

Die samischen Sprachen sind verwandt mit den ostseefinnischen Sprachen Finnisch und Estnisch. Die UNESCO beurteilt die samischen Sprachen als gefährdet – eine der samischen Sprachen ist bereits ausgestorben.

Sowohl in Norwegen als auch in Schweden und in Finnland haben die Sámi ein eigenes Parlament, das Sameting (Sámediggi). Der Samische Parlamentarische Rat (SPR) ist das Organ der parlamentarischen Zusammenarbeit der Sámi-Parlamente in Finnland, Norwegen und Schweden, in dem auch Sámi aus Russland als dauerhafte Teilnehmer vertreten sind. Die transnationale Zusammenarbeit zwischen den Sámi hat die Position ihrer Kultur, Sprache und Rechtsetzung gestärkt. Dennoch stehen die Sámi vor der Herausforderung, ihre Rechte als indigenes Volk im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne zu bewahren und zu stärken.



Die FUEN verfügt über Partnerschaften mit den Sami Organisationen.

JÄHRLICHE OSZE MENSCHENRECHTSKONFERENZ IN WARSCHAU; DEUTSCHER OSZE VORSITZ 2016 GIBT BEKANNT, DASS NATIONALE MINDERHEITEN EINE DER PRIORITÄTEN FÜR DAS NÄCHSTE JAHR SIND

23.9.2015

Diese Woche hat MdB Gernot Erler, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den deutschen OSZE-Vorsitz 2016, beim Implementierungstreffen der Menschlichen Dimension der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) das Programm und die Prioritäten für 2016 vorgestellt.



Aus Sicht Deutschlands, steckt Europa in der schwersten Krise der europäischen Sicherheitsordnung seit dem Ende des Kalten Krieges. Hierzu heißt es: „Die aktuellen Geschehnisse in der und um die Ukraine haben nicht nur Prinzipien wie die Unverletzlichkeit von Grenzen in Frage gestellt, sondern sie erhöhen auch den Druck auf Menschenrechte, Grundfreiheiten und Prinzipien demokratischer Regierungsführung.“

Das Kernstück der konfliktvorbeugenden Ausrichtung der OSZE bleibt der Dialog und die Kooperation. Als größte Menschenrechtskonferenz Europas und im gesamten OSZE-Raum ist das Treffen als Forum für gleichberechtigten Dialog zwischen Staaten und Zivilgesellschaft das zentrale Element zur Überprüfung der Umsetzung der Staatenverpflichtungen im Bereich der Menschenrechte.

Der Sonderbeauftragter unterstrich wie wichtig gemeinsame Standards sind. Die Hochkommissarin für Nationale Minderheiten und ihre Vorgänger haben wichtige Standards für den Minderheitenschutz gesetzt, so Erler. Mit stiller Diplomatie wie auch mit wegweisenden Empfehlungen wurde das gedeihliche Miteinander von Mehrheit und nationalen Minderheiten befördert.

Erler nannte folgende drei Prioritäten des deutschen Vorsitzes 2016: erstens wird dem Thema Toleranz und Nicht-Diskriminierung die gebührende Aufmerksamkeit zukommen, evtl. auch durch eine Sonderveranstaltung des Vorsitzes. Zweitens, und für die FUEN und ihre Mitgliedsorganisationen besonders wichtig, will Deutschland sich in der OSZE verstärkt dem Thema nationaler Minderheiten widmen, um ihr Potential als Brückenbauer und zur Versöhnung zwischen den Staaten ins Licht zu rücken. Und drittens will Deutschland in diesen unruhigen Zeiten die Bedeutung freier Meinungsäußerung und freier Medienberichterstattung unterstreichen.

FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen ist erfreut aber nicht überrascht über die Prioritäten des deutschen Vorsitzes 2016: „Die FUEN ist seit längerem in Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt, um die Erfahrungen und die Expertise der nationalen Minderheiten und unserer Mitgliedsorganisationen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu nutzen. Dafür bietet der deutsche OSZE Vorsitz eine gute Gelegenheit.“

[Rede Gernot Erler MdB in Warschau](#)



*Foto, von links nach rechts:
OSZE Generalsekretär Lamberto Zannier, OSZE Beauftragte für Medienfreiheit Dunja Mijatović, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 Gernot Erler, OSZE-Hochkommissarin für Nationale Minderheiten Astrid Thors und Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte Michael Georg Link unterstützen die Kampagne "OSCE United in Countering Violent Extremism." (OSZE 2015)*

MINDERHEITENRAT UND MINDERHEITENSEKRETARIAT IN DEUTSCHLAND WERDEN 10!

24.9.2015

FUEN gratuliert. Die Glückwünsche für den Minderheitenrat überbringt FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen in Berlin persönlich. Sind doch alle Mitglieder des Minderheitenrates in Deutschland auch Mitglieder der FUEN. Die mitgebrachten Geschenke sind für das Minderheitensekretariat. Laßt Euch feiern!



Zu weiterer Information:

PRESSEMITTEILUNG / ANKÜNDIGUNG

Parlamentarisches Frühstück des Minderheitenrates „10 Jahre Minderheitenrat und Minderheitensekretariat“

Am Donnerstag, den 24. September 2015, lädt der Minderheitenrat der vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands zum Parlamentarisches Frühstück in die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft in Berlin unter Schirmherrschaft ihrer Vizepräsidentin Frau Karin Evers-Meyer, MdB ein.

Das 10-jährige Bestehen des Minderheitenrates und Minderheitensekretariats wird gemeinsam mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages begangen. Auf diesem Wege möchten sich die vier anerkannten nationalen Minderheiten für die Unterstützung in den vergangenen Jahren bedanken.

Wir freuen uns, dass der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk, MdB ebenfalls zugesagt hat.

Beim Frühstück wird auf die vergangenen 10 Jahre zurückgeblickt wie auch gemeinsame Prioritäten für die Zukunft erörtert. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die politische Partizipation der Minderheiten auf Bundesebene wie auch die Forcierung einer Bundestagsdebatte zum Grundsatzpapier „Charta-Sprachen in Deutschland – Gemeinsame Verantwortung“.

Darüber hinaus findet im Rahmen des Besuchs in Berlin die 3. Sitzung des Minderheitenrates in diesem Jahr statt.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an das Minderheitensekretariat:

Judith Walde: 030-18681 465 oder info@minderheitensekretariat.de.

Informationen zum Minderheitenrat und seiner Tätigkeit:

<http://www.minderheitensekretariat.de/minderheitenrat/taetigkeit>



FUEN NIMMT TEIL AN EU-KONFERENZ ANLÄSSLICH DES EUROPÄISCHEN TAGES DER SPRACHEN 2015

25.9.2015

Am Vortag des Europäischen Tages der Sprachen, veranstaltet die Europäische Kommission, am Freitag, dem 25. September eine Konferenz, die die zentrale Rolle der Sprachen für das Europäische Projekt und die Herausforderungen von Mehrsprachigkeit in Schulen, Unternehmen und Organisationen thematisiert.



Sprechen werden die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Kristalina Georgieva, verantwortlich für Haushalt und Personal, sowie der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Ioan Mircea. Experten werden über die Wichtigkeit von Sprachen, über die sprachliche Vielfalt im Unterricht und im Arbeitsmarkt, über die Rolle von Sprachen für die demokratische Partizipation und die mehrsprachige Kommunikation im Internet referieren. Für die FUEN wird Frank de Boer, Mitglied im EU Civil Society Platform für Mehrsprachigkeit, in Brüssel vertreten sein.

In den letzten Jahren – so stellt die FUEN fest - hatte die Europäische Kommission eine enge ökonomische Perspektive auf Sprachen. Zudem fehlt in der heutigen Kommission ein Kommissar mit dem Aufgabenbereich Mehrsprachigkeit und sprachliche Vielfalt im Portfolio. Die FUEN bedauert dies.

Im [Minority SafePack - der europäischen Bürgerinitiative für die europäischen Minderheiten](#) – sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Sprachpolitik für die Regional- und Minderheitensprachen in Europa verankert.

Sprachen haben eine weit größere Bedeutung als die wirtschaftliche Dimension. Sie sind ein wichtiges Merkmal, die eine Gemeinschaft ausmachen. Sie sind Ausdruck der kulturellen Erbes und der Identität. Sie vermitteln ein Gefühl der Zugehörigkeit. Das Recht auf Muttersprache ist ein Menschenrecht. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach einer mehrsprachigen Gesellschaft in Anbetracht der Flüchtlingswelle nach Europa wieder neu.

Die Konferenz [ist im Webstream ab 12:15 Uhr](#) zu verfolgen

Mehr Informationen:

[Sprachen in einem multikulturellen Europa – EU Lunchkonferenz](#)

[Europäischer Tag der Sprachen beim Europarat](#)

GÄSTE UND GESPRÄCHE BEI DER FUEN UND IM HAUS DER MINDERHEITEN

25.9.2015

Nach dem Besuch vom Grænseforeningen, dem auf Einladung von Renate Schnack, der Minderheitenbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, durchgeführten Treffen mit dem Leiter Nordeuropa des Auswärtigen Amtes Klaus Zillikens und dem Gesandten der Dänischen Botschaft William Boe im deutsch-dänischen Grenzland, waren heute die Stipendiaten des Egon-Bahr-Fellowships-Programmes zu Besuch, um das aktuelle Thema Flüchtlingspolitik und Minderheitenpolitik zu erörtern. Herzlich willkommen.



Fotos:

Foto oben: Klaus Zillikens vom Auswärtigen Amt, der Gesandte der Dänischen Botschaft William Boe und Renate Schnack, Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein zusammen mit Vertretern der FUEN und den Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland.

Foto mitten: Knud-Erik Therkelsen und Mette Bock von Grænseforeningen

Foto unten: Stipendiaten des Egon-Bahr-Fellowships-Programmes besuchen Flensburg

FUEN ZUM EUROPÄISCHEN TAG DER SPRACHEN 2015: DEINE SPRACHE IST DEIN ZUHAUSE...

25.9.2015

Jedes Jahr am 26. September begehen Tausende Europäer den Tag der Sprachen. Er wird in Schulen, öffentlichen Einrichtungen und Vereinen in allen Länder Europas gefeiert.

Der Tag wurde 2001 während des Europäischen Jahres der Sprachen initiiert. Das Ziel ist für die Vielzahl der Sprachen in Europa zu sensibilisieren und das interkulturelle Verständnis zu stärken, die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu fördern, sowie Menschen aller Altersgruppen zum Sprachenlernen zu ermuntern.



Der Sprachentag war eine Initiative des Europarates um den Reichtum der verschiedenen Sprachen in Europa zu würdigen: dazu zählen die offiziellen Staatssprachen, Weltsprachen und selbstverständlich die Minderheiten- und Regionalsprachen in Europa.

In diesem Sinne nimmt die FUEN den Europäischen Tag zum Anlass, um die Minderheitensprachen Europas und deren Sprecher zu würdigen. Es ist wichtig mit Selbstbewusstsein, Herz und Esprit die eigene Sprache lebendig zu leben. Die Regional- und Minderheitensprachen tragen – das ist immer wieder zu betonen – zur unverwechselbaren Vielfalt der Sprachen in Europa bei.

Jede Sprache hat ihre Existenzberechtigung. Jeder Mensch, hat das Recht (seine) Sprache(n) zu sprechen, zu lernen und zu entwickeln.

Dafür ist es nie zu spät! Das ist auch das Motto des von der FUEN getragenen Projektes [Language diversity](#). Auf der [Projektwebseite](#) stehen Informations- und Werbematerialien in mehr als 40 Sprachen zur Verfügung.

Als Motivation zum Europäischen Tag der Sprachen 2015 und besonders für das gesamte nächste Jahr empfiehlt die FUEN das neue JEV Lied und die Lyrics.



Deine Sprache ist dein zuhause, auch wenn du gehst lässt sie dich nie allein. Bleib ihr treu und trag ihr Sorge. Denn du brauchst sie um zu sein...

[Das neue JEV Lied mit den Lyrics bei YouTube](#)



83

SIEBENTAUSEND GÄSTE BEIM GELUNGENEN KULTURFESTIVAL DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN POLEN

FUEN GRATULIERT ZUM GELUNGENEN FESTIVAL

30.9.2015



Siebentausend Gäste, darunter auch viele aus dem Ausland, und mehrere Vertreter von Mitgliedsorganisationen der FUEN, beteiligten sich am Kulturfestival der deutschen Minderheit in Breslau / Wrocław am vergangenen Samstag (26.09.). Das Festival wurde veranstaltet vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VDG). Die Schirmherrschaft übernahm Frank-Walter Steinmeier, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, sowie Grzegorz Schetyna, Außenminister Polens.

Nach der Eröffnung im Rahmen einer feierlichen Messe in der St. Mariakirche auf dem Sande, begann das Kulturfestival in der Breslauer Jahrhunderthalle. Mit der Präsenz von Informationsständen und einer breiten Palette von Musik- und Tanzgruppen aus ganz Polen, präsentierte sich die deutsche Minderheit auf höchstem Niveau.

Hochrangige politische Gäste und Grußworte, ein literarischer Wettbewerb und eine Debatte mit Historikern bereicherte das Programm. Das Festival wurde mit dem Auftritt des Schlagersängers Andy Borg beendet.

VDG-Vorsitzender Bernhard Gaida sprach die schwierige Lage an, in der sich die deutsche Minderheit seit der Nachkriegszeit in der Volksrepublik Polen befindet: „Die sozialistische Walze mit nationalistischen Tendenzen behandelte uns besonders brutal. Deshalb benötigen wir die Unterstützung sowohl der polnischen als auch der deutschen Regierung, aber auch wir selbst müssen die Präsenz der deutschen Sprache in Schulen und Zuhause wollen. Es muss der Wille der Nutzung von vorhandenen

Möglichkeiten und der Schaffung von Neuen vorhanden sein.“

Der polnische Staatssekretär Stanisław Huskowski gab zu, dass er sich bewusst ist, dass noch viel zu machen ist: „Ich weiß, dass trotz guter Beziehungen, es noch immer Angelegenheiten gibt, die geregelt werden müssen. Ich versichere aber, dass die Probleme der deutschen Minderheit gelöst werden.“ Der deutsche Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationalen Minderheiten Hartmut Koschyk, der ebenfalls beim Festival dabei war, sagte dabei die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland zu. Von 18. bis zum 22. Mai 2016 wird der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VDG), den jährlichen FUEN Kongress veranstalten. Die FUEN gratuliert zum Erfolg des Kulturfestivals und freut sich auf den gemeinsamen Kongress im Jahr 2016 – im Rahmen der EU-Kulturhauptstadt Breslau/Wrocław.



Oktober 2015

ERSTES URTEIL IN SACHEN EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

MINORITY SAFEPAK DER FUEN NOCH IN LUXEMBURG ANHÄNGIG

1.10.2015

Der Europäische Gerichtshof hat gestern sein erstes Urteil zu einer Europäischen Bürgerinitiative gefällt. Es wurde gegen die Initiative "For a Europe of Solidarity" entschieden, die sich zwar mit völlig andere Inhalte als der Minority SafePack Initiative beschäftigt, aber das Urteil enthält trotzdem einige interessante Aspekte. So wird insbesondere festgestellt, dass die EU-Kommission eine weitreichende Begründungspflicht nachzukommen hat. Die Bürger haben ein Recht darauf, eine Ablehnung des hochgelobten Mittels direkter Demokratie auch entsprechend begründet zu erhalten.



Die FUEN sieht darin eine gute Chance, dass die Ablehnung des Minority SafePack – der Initiative für die europäischen autochthonen, nationalen Minderheiten – nicht diesen Kriterien entspricht. Das allein könnte damit, abgesehen von den inhaltlichen Punkten in denen die FUEN und die EU Kommission unterschiedlicher Auffassung sind, ausreichen, um die ablehnende Entscheidung der Kommission zu vernichten. Auf eine entsprechende

Begründung dürfte man also mit Recht gespannt sein.

Weitere positive Entwicklungen fanden diese Woche im Europäischen Parlament statt. Die Abgeordneten werden im Oktober über einen Bericht mit Empfehlungen für die Reform der Europäischen Bürgerinitiative abstimmen. Das Parlament fordert, dass die Europäische Bürgerinitiative effektiver und bürgerfreundlicher wird und eine Reihe von praktischen Problemen gelöst werden.

Das von einem hochrangigen Bürgerausschuss im Juli 2013 eingereichte Minority SafePack Initiative – wurde im September 2013 abgelehnt und ist vorm Europäischen Gerichtshof in Luxemburg anhängig. Die FUEN erwartet die einem Urteil vorangehende Anhörung nicht vor Ende 2015.

Die Europäische Bürgerinitiative Minority SafePack ist die bedeutendste Initiative im Bereich der europäischen Minderheiten in den letzten Jahren.

NB: Der weitere Text, mit mehr Details zu den letzten Entwicklungen in Luxemburg und Brüssel ist noch nicht erhältlich in deutscher Sprache



EUROPEAN COMMISSION ORGANISES ANNUAL COLLOQUIUM ON FUNDAMENTAL RIGHTS 2015

FOCUS ON ANTI-SEMITIC AND ANTI-MUSLIM HATRED, BUT PROBLEMS OF TOLERANCE AND RESPECT AFFECT OTHER EUROPEAN MINORITIES TOO

1.10.2015

The European Commission organises a high level colloquium in the Egmont Palace in Brussels today and tomorrow that looks at trends and underlying reasons for anti-Semitic and anti-Muslim incidents in the European Union. It is the Commission's response to the heinous terrorist attacks against Charlie Hebdo and a Jewish supermarket in Paris and the worrying trends in regard to anti-Muslim hatred across the European Union.



Prominent speakers such as Vice President Frans Timmermans and Justice Commissioner Věra Jourová, but also ministers from Luxembourg, Belgium and Sweden, mayors, rabbis and imams and also representatives of civil society and businesses try to address the challenges linked to anti-Semitism and anti-Muslim hatred. In different sessions the participants will discuss the existing European policy framework, the enforcement of anti-discrimination legislation, the role of employment in fostering social inclusion and the role of education. Also the specific issue of hate speech online, on the Internet, will be addressed.

While acknowledging that both anti-Semitism and anti-Muslim hatred are a genuine problem that must be addressed on all levels in the European Union and beyond, the Federal Union of European Nationalities (FUEN) is of the opinion that the problem is much wider and affects more people than the two religious groups who are the subject of the Fundamental Rights Colloquium 2015. The lack of tolerance for diversity affects other European minorities too, foremost the Roma, who are repeatedly victim of exclusion and hate attacks. But even well-established national minorities such as the Sorbs in Germany were the victim of racist attacks in the early this year.

For FUEN it is clear: a fundamental rights approach cannot limit itself to discrimination based on religion alone, but has to look at the exclusion of non-religious groups too. This comprehensive approach is one of the elements that FUEN proposed in its [Minority SafePack Initiative, the European Citizens' Initiative for the minorities in Europe](#). Hate crimes based on the grounds of ethnic or religious origin must always be combatted when they are committed against autochthonous national minorities, independent of their religion or belief. Politicians should not trivialise or ignore the seriousness of hate speech and hate crimes, or even exploit intolerance for political gains. Tolerance and respect for diversity must be the basis of our societies today and in the future. That is why FUEN is strongly supporting the campaign Diversity Connects of the [Youth of European Nationalities \(YEN\)](#).



More information:

[European Commission: Annual Colloquium on Fundamental Rights](#)
[Diversity Connect campaign of the Youth of European Nationalities \(YEN\)](#)

Photos: © European Union, 2015

EDUCATION POLICY IN SLOVAKIA IN REGARD TO THE TEACHING OF HUNGARIAN AND OTHER MINORITY LANGUAGES REQUIRES FURTHER EUROPEAN ATTENTION

2.10.2015



The Federal Union of European Nationalities (FUEN) strongly supports the efforts of its member organisation MKP-SMK (Party of the Hungarian Community) to improve the quality of education for the minorities in Slovakia, and in particular for the Hungarian minority. A recent reform of the curriculum in minority schools is leading to a serious decrease in the number of class hours in the minority language. According to Member of Parliament for MKP-SMK Pál Csáky:

“Slovakia decided to take targeted steps against minority schools. These measures are clearly of discriminatory character and go against the European values of multilingualism and multiculturalism, therefore the European Commission should step forward.”

In response First Vice President Frans Timmermans of the Commission wrote first of all that he does not have the power to act, but he also wrote the following:

“Let me [...] say that I strongly believe in the protection of minorities, minority rights and minority languages and that I am very sympathetic to your cause. I agree with you that the values of multilingualism and multiculturalism are a part of the European heritage and they should guide the EU.” FUEN is deeply concerned about the education situation for the minorities in Slovakia. It has noticed that more than 26 thousand citizens have signed a petition, protesting against the new education policy of the Slovakian government. Because of its concerns, FUEN recently sent a letter to Mr Juraj Draxler, Minister of

Education of the Slovak Republic, about the recent reforms of the curriculum in minority schools that leads to a serious decrease in the number of class hours in the minority language.

In the letter FUEN expressed its concern, and called on the government of the Slovak Republic to recognise, protect and support the linguistic and cultural diversity of the autochthonous national minorities in Slovakia as an asset and enrichment of social life in their country. FUEN encourages the Slovak Republic to take political decisions as close as possible to its citizens, to take account of the petition on this matter and to engage in a dialogue with those who submitted the petition.

Education Minister Draxler failed to respond to the substantive demands of the petitioners. In his reply to FUEN he asserted that the total number of class hours is higher than for schools with Slovak as language of instruction, but the Minister did not explain why the decision to limit the number of optional class hours (which are normally used in minority schools to enhance the learning of the mother tongue) was taken.

FUEN Vice President Loránt Vincze is not satisfied with the response by Minister Draxler: “FUEN appreciates the prompt reply of the Minister. However, we do not consider the response satisfying and therefore we consider that the issue of Hungarian minority education requires further European attention.”

The next meeting of the Intergroup for Traditional Minorities, National Communities and Languages of the European Parliament will take place in Strasbourg next week. During the meeting on 8 October 2015, the situation of the Hungarian minority in Slovakia will be discussed, including a proposal by MKP-SMK for a detailed legal, financial and institutional system for minority rights protection in Slovakia.

SECOND WEEK OF THE OSCE HUMAN DIMENSION IMPLEMENTATION MEETING: FUEN WAS WELL REPRESENTED IN WARSAW

2.10.2015

With several of its member organisations, FUEN was well represented this year at the OSCE Human Dimension Implementation Meeting in Warsaw, the largest annual human rights conference in Europe. The meeting ends today.

In many sessions over the course of two weeks the member organisations of FUEN have been raising attention for the deficiencies in minority protection and human rights that still exist in several countries in Europe.

FUEN member organisations ABTTF and BTAYTD, representing the Turkish minority in Western Thrace (Greece), raised attention for the fact that Greece refuses to recognise the minority as Turkish and reported problems with the freedom of association, hate speech and problems with the religious freedom and in the education system. Also the Turkish minority from Rhodes and Kos (Greece) reported about problems with the freedom of religion.



The Lezghin minority, represented by FUEN member organisation FLNCA, asked attention for the discrimination of their minority in Azerbaijan and the problems they have in maintaining relations across the Azerbaijan-Russian border. The International Society of Meshketian Turks VATAN, asked for a solution to the issue of the repatriation of their minority to their homeland in Georgia.

The programme in Warsaw had a dedicated session on Roma and Sinti issues and the Central Council of German Sinti and Roma, also a member of FUEN, had organised a special event in the plenary hall in Warsaw.

“Antigypsyism is just as anti-Semitism rooted in European history for centuries. Today this particular form of racism is a targeted and systematic policy of exclusion and racism, as practiced by right-wing extremist parties in particular in the election campaign, but also by nationalist governments of various countries in Eastern and Western Europe,” said Romani Rose, Chairman of the Council of German Sinti and Roma. OSCE High Commissioner on National Minorities Astrid Thors summarised the importance of minority rights for peace and security: “Integration policies based on good governance and respect for minority rights, including equal access to justice, are a prerequisite to lasting peace and security in multi-ethnic states.”



Photo:

FUEN represented at the OSCE Human Dimension Implementation Meeting: representatives of the Turkish minority in Greece (Western Thrace and Rhodes, Kos), Meshketian Turks and Judith Walde of the Minority Secretariat, representing the autochthonous, national minorities in Germany.

Written statements submitted by the FUEN Member Organisations:

Central Council of German Sinti and Roma

[1 October: Antigypsyism in elections campaigns and by governments, hate speech in the internet \(English\)](#)

[1 October: Antigypsyism in elections campaigns and by governments, hate speech in the internet \(German\)](#)

Federal Lezghin National and Cultural Autonomy (FLNCA)

[1 October: Discrimination, division and the rights of the Lezghin minority in Azerbaijan \(English\)](#)

[1 October: Discrimination, division and the rights of the Lezghin minority in Azerbaijan \(Russian\)](#)

Federation of Western Thrace Turks in Europe (ABTTF)

[30 September: Recognition of the Turkish minority in Western Thrace, Greece; intolerance and distrust towards the minority, hate crimes; need for dialogue](#) [30 September: Freedom of religion for the Turkish minority of Western Thrace, Greece](#)

[1 October: Schools of the Turkish minority of Western Thrace, Greece](#)

International Society of Meshketian Turks “VATAN”

[1 October: Problems with the restoration of citizenship and repatriation to Georgia, the homeland of the Meshketian Turks \(Russian\)](#)

Rhodes, Kos and the Dodecanese Turks Culture and Solidarity Association

[30 September: Recognition and minority status for the Turks living in Rhodes and Kos, Freedom of religion](#)

Western Thrace Minority University Graduates Association (BTAYTD):

[21 September: Freedom of expression, free media and hate speech against minorities in Greece](#)

[23 September: Freedom of assembly and association; non-implementation of decisions of the European Court of Human Rights on this issue by Greece](#)

[29 September: Discrimination and hate crimes against the Turkish minority](#)

[30 September: Freedom of religion for the Turkish minority of Western Thrace, Greece \(I\)](#)

[30 September: Freedom of religion for the Turkish minority of Western Thrace, Greece \(II\)](#)

[1 October: Violation of the rights to education of the Turkish minority of Western Thrace, Greece](#)

FUEN LEGTE BEI DER UN-MENSCHENRECHTSKOMMISSION DER VEREINTEN NATIONEN ZWEI SCHRIFTLICHE STELLUNGNAHMEN VOR

5.10.2015

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEN), die über einen Sonderberaterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen verfügt, hat während der 30. Sitzung des UNO-Menschenrechtsrates, welche vom 14. September - 2. Oktober 2015 in Genf stattgefunden hat, zwei schriftliche Stellungnahmen vorgelegt.

Die FUEN verfolgt die Probleme, der auf den griechischen Inseln Rhodos und Kos lebenden türkischen Minderheit, aus unmittelbarer Nähe und hat die Thematik auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen gebracht, um die Aufmerksamkeit auf die Probleme der Minderheit zu lenken. Die FUEN hatte im August diesen Jahres Rhodos und Kos im Rahmen eines Erkundungsbesuches bereist, welcher durch den Kultur- und Solidaritätsverein der auf Rhodos, Kos und Dodekanes Inseln lebenden türkischen Bevölkerung als Gastgeber organisiert wurde, um die Probleme der auf den Inseln lebenden türkischen Bevölkerung an Ort und Stelle zu beobachten. Nach Abschluss dieses Besuches reichte die FUEN einen entsprechenden Bericht bei den Vereinten Nationen ein, in dem sie die Probleme der türkischen Bevölkerung auf Rhodos und Kos zum Ausdruck brachte.



In der zweiten Stellungnahme stellte die FUEN die Probleme dar, welche die Türkmescheten erfahren müssen, um in ihr Vaterland Georgien zurückzukehren. Die FUEN brachte zum Ausdruck, dass es heute ca. 400-450.000 Türkmescheten gibt, die noch immer sehr weit von ihrem Vaterland entfernt leben. Nach vielen Erkundungsbesuchen in Georgien, stellt die FUEN fest, dass Georgien im Laufe der zehn Jahren nachdem es die Mitgliedschaft des Europarates bekommen hat, seiner Zusage, das Problem der Rückkehr der Türkmescheten nach Georgien zu lösen, nicht nachgekommen ist. Unser Mitglied, die Internationale Gesellschaft der Türkmescheten, hat in Januar 2014 die Parlamentarische Versammlung des Europarates besucht, um dort die Unzulänglichkeiten und Defizite bei der in 2007 angenommenen Gesetzgebung anzusprechen. Die FUEN unterstreicht die Notwendigkeit, dass Georgien seinen politischen Willen zeigt und ein vereinfachtes und offenes Verfahren für die Rückkehr der Türkmescheten nach Georgien etabliert.

Wortlaut der schriftlichen Stellungnahmen (Englisch)

[The repatriation question of the Meskhetian Turks to their homeland in Georgia](#)
[The problems of the Turks in Rhodes, Kos and the Dodecanese](#)

(UN Photo)

PARLIAMENTARY ASSEMBLY OF THE COUNCIL OF EUROPE: MIGRATION AND REFUGEES, WOMEN BELONGING TO MINORITIES, THE IMPLEMENTATION OF JUDGMENTS AND MONITORING OF STATES

5.10.2015

The autumn session of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe took place from 28 September until 2 October. Among the topics discussed were the refugee crisis, the situation of women belonging to minorities, the implementation of judgments and the monitoring of states in regard to the obligations in regard to human rights and democratic standards.



The Assembly consists of 324 elected members of the parliaments of the Council of Europe's 47 member states. They reflect the political opinion across the continent and their mission is to uphold the shared values of human rights, democracy and the rule of law that are the "common heritage" of the peoples of Europe.

Assembly wants a holistic and rights-based approach to migration

EU countries should avoid a narrow emphasis on border control and security in dealing with the migration crisis, and instead embrace a holistic, rights-based and effective approach involving countries of transit and origin. The Assembly said the EU's existing policy of "externalisation" of border control left migrants and refugees at risk of exploitation, abuse and violence.

The Parliamentary Assembly also took issue with the EU's Dublin system, which determines which country is responsible for treating asylum applications. The system is dysfunctional and ineffective and should be urgently reformed to ensure "equitable burden sharing" among member States, according to the Assembly.

ECMI Director Tove Malloy on "The situation of women belonging to minorities"

Prof Dr Tove Malloy, the director of the European Centre for Minority Issues in Flensburg, was invited to present at a hearing on "The situation of women belonging to minorities", organised by the Committee on Equality and Non-Discrimination. The hearing aimed to raise awareness and stimulate discussion about some of the specific issues that women belonging to national minorities face in accessing their rights. Prof Malloy's speech outlined various dimensions of discrimination that women belonging to minorities face: discrimination on the basis of gender, ethnicity, education, employment, or poverty. She also highlighted a political dilemma for many women with minority background: "are they claiming human rights as women or as a member of a minority? And second, how do they make sure they have representation in all aspects of life, if they are marginalised and lack information as uneducated and illiterate?" In her address, Prof. Malloy tackled the issue in the light of international human rights law as well as in practice.

Call for firmer measures against States ignoring Strasbourg Court judgments

The Parliamentary Assembly deplored "the lack of political will" of certain States to fully and rapidly implement judgments of the European Court of Human Rights, and has urged the Council of Europe's ministerial body – which oversees implementation – to "take firmer measures" with States that do not comply. In a recommendation based on a report by Klaas de Vries (Netherlands), the Assembly urged the ministers to make use of a new infringement procedure introduced in 2010, which allows the Court to rule on whether a State has breached its obligation to abide by the Convention.

The Assembly also expressed deep concern at the high number of Court judgments that have still not been implemented by the States concerned – a figure that it says remains stable at nearly 11,000 cases. Almost

80 per cent of the backlog came from only nine countries – Italy, Turkey, Russia, Ukraine, Romania, Greece, Poland, Hungary and Bulgaria.

For Greece the Assembly stated that the passive attitude towards the issue of the freedom of association of the Turkish minority reveals a lack of political will in this respect. In Bulgaria there are the still outstanding issues of unjustified refusals to register an association aiming at achieving the recognition of the Macedonian minority in Bulgaria and the eviction of persons of Roma origin. In Bosnia and Herzegovina, the Sejdić and Finci judgment (concerning discrimination of persons belonging to ethnic minorities due to legal restrictions to stand for parliamentary and presidential elections) remains non-executed, despite three interim resolutions of the Committee of Ministers.

Monitoring: new periodic reviews

The Assembly has begun a series of “periodic reviews” which will assess how far Council of Europe member States are fulfilling their obligation to uphold the Council of Europe human rights and democratic standards – beginning with reports on Andorra, Belgium, Croatia and Cyprus. Another 13 member States are already subject to either a full monitoring procedure or “post-monitoring dialogue”, which involves more frequent assessments in greater depth.

The report shows several shortcomings, but also some positive developments. In Georgia, there is an increase in intolerant discourse against minorities and although not addressed by the Assembly, there is still the outstanding issue of the repatriation of the Meshketian Turks. In Bosnia and Herzegovina, the continuing ethnic divide and persistent lack of any credible efforts to reform the Constitution creates problems of exclusion of some minorities. In Ukraine, human rights abuses and violations of international human rights and humanitarian law are committed by all sides in the conflict in the east of the country. In Turkey, the Assembly deplores the recent suspension of the peace process with regard to the Kurdish question.

On the other hand, the Assembly welcomes the efforts to build a political consensus on a more efficient federal State and greater autonomy for the federated entities in Belgium. For Croatia it encourages the authorities to further promote the rights of national minorities and to pay particular attention to the situation of the Serb and Roma minorities, which face specific discrimination. The Assembly strongly welcomes the recent renewed impetus to the peace talks in Cyprus and encourages President Anastasiades and Turkish Cypriot leader Akıncı to continue their efforts to bring lasting peace to the country.

More information:

[Prof. Malloy presents at PACE hearing in Strasbourg](#)

[Autumn Session of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe](#)

IN EIGENER SACHE: FUEN VOLL KINDERFREUNDLICH

6.10.2015

Jenni Ali-Huokuna wird bald dann aber als Jenni Jones wieder zur FUEN zurückkehren. Jenni wird sich nach Ende ihres Mutterschutzes wieder um Euch Mitgliedsorganisationen und das Netzwerk kümmern.



Wir freuen uns. Der Nachwuchs der FUEN Damen auf einen Blick: Secretary General Susann Schenk, Office Managerin Roxana Nelamischkis und Member / Network Coordinator Jenni Jones

FUEN MEETS MESHKETIAN TURKS AND KARACHAY-BALKARS IN MOSCOW

6.10.2015

From 1-4 October 2015, FUEN Vice President Halit Habipoglu paid a working visit to Moscow in order to meet two FUEN member organisations. Firstly the International Society of Meshketian Turks “VATAN” representing the Meshketian Turks and secondly the Karachay-Balkars and their organisation Bars El: Social Organisation for Fostering and Development of the Karachay-Balkar Traditions. Vice President Halit Habipoglu also visited the Kumuk Association that represents the Kumuks and is not yet a member of FUEN.



During the meetings he had with the three organisations in Moscow, Halit Habipoglu stressed that FUEN is the only non-governmental organisation that brings together the national minorities in Europe under one roof and in a spirit of solidarity, currently with more than 90 member organisations from 33 European countries. Vice President Habipoglu said that we would welcome an application for membership from the Kumuk Association.

The Kumuks have a large population in the Caucasus, mostly living in the Autonomous Republic of Dagestan in the Russian

Federation, in Chechenya and in North Ossetia. The Kumuk Association works closely together with IVDK, the organisation of the Germans in Russia, and already participated in the conference “Minorities in Border Regions” that was organised by FUEN in Sønderborg in June 2015.



FUEN BEI KIEWER GESPRÄCHEN

11.10.2015

Morgen beginnen die 11. Kiewer Gespräche (12.-13.10.2015). Unter dem Titel „Zwischen Krise und Reformen – Menschenrechte und Justiz in der Ukraine“, stehen die Lage auf der Krim, die Konflikte im Südosten des Landes, die Flüchtlingsproblematik und Minderheitenfragen auf der Agenda.

Die FUEN vertritt Bernhard Ziesch, FUEN Vizepräsident als Podiumsteilnehmer zum Thema Rechte der Minderheiten und der Konflikt im Südosten der Ukraine.



Ziel der Konferenz ist es, Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtslage in der Ukraine und auf der Krim zu erarbeiten.

Die FUEN engagiert sich für die über 20 nationalen Minderheiten in der Ukraine, 7 Organisationen der Minderheiten sind bereits Mitglied des größten europäischen Dachverbandes.

Mehrere Minderheiten in der Ukraine und Mitgliedsorganisationen der FUEN sind präsent, unter anderem der Medschlis des Krimtatarischen Volkes und der Rat der Deutschen in der Ukraine.

Die „Kiewer Gespräche“ sind eine überparteiliche, unabhängige Initiative, die aus der deutsch-ukrainischen Bürgergesellschaft selbst entstanden ist. Die „Kiewer Gespräche“ sind der Idee eines unteilbaren, offenen, demokratischen und freien Europa verpflichtet. Ihr Ziel ist es, durch die Vertiefung und Verstärkung des Dialogs zwischen meinungsbildenden Eliten beider Gesellschaften zu einem friedlichen und demokratischen Zusammenleben der europäischen Völker und zur europäischen Einigung beizutragen.



Die FUEN vertritt Bernhard Ziesch, FUEN Vizepräsident und Geschäftsführer der Domowina, des Bundes Lausitzer Sorben. Der Lausitzer Sorbe ist als ständiger Teilnehmer am Monitoring- und Berichtsverfahren des Europarates für die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen und des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten versierter Kenner der rechtlichen und praktischen Möglichkeiten des Minderheitenschutzes in Europa. Ziesch organisiert seit den 90er Jahren die Seminare der slawischen Minderheiten in Europa, an denen sich regelmäßig auch die Minderheiten aus der Ukraine beteiligen.

Mehr dazu:

[Homepage Kiewer Gespräche](#)

[Programm \(deutsch\)](#) [Programm \(ukrainisch\)](#) [Programm \(russisch\)](#)

18. JAHRESTAGUNG DER SLAWISCHEN MINDERHEITEN IN KROATIEN

TSCHECHISCHE MINDERHEIT ZUM ZWEITEN MAL GASTGEBER

13.10.2015

„Das gemeinsame Engagement der slawischen Minderheiten in der FUEN“, steht im Mittelpunkt des diesjährigen Seminars slawischer Minderheiten. Bereits zum 18. Mal trifft sich die Arbeitsgemeinschaft unter dem Dach der FUEN. Vom 15.-18. Oktober lädt der Rat der tschechischen Minderheit in Kroatien / Rada české národnostní menšiny Bjelovarsko-bilogorského županství / Council of Czech national minority of Bjelovar - Bilogara County, nach Daruvar (HR) ein. Die tschechische Minderheit, Mitglied der FUEN seit 2011, ist zum zweiten mal Gastgeber eines Seminars.



In Zusammenarbeit des Vorsitzenden Damir Malina und FUEN Vizepräsident Bernhard Ziesch wurde ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Im Mittelpunkt steht die gastgebende Minderheit, Erfahrungsaustausch und verstärkte Zusammenarbeit sowie politische Gespräche zur Situation der Minderheiten in Kroatien.

In Kroatien selbst gibt es 22 anerkannte Minderheiten. Bisher sind 4 Organisationen Mitglied der FUEN, zu weiteren Minderheiten gibt es rege Kontakte. Der Rat der tschechischen Minderheit ist Mitglied der FUEN seit 2011. Die Tschechen zählen nach eigenen Angaben rund 10.000 Angehörige. Das diesjährige Seminar wird zudem drei interne Schwerpunkte thematisieren, so Organisator Bernhard Ziesch: die Vorbereitung der Wahl-Delegiertenversammlung des FUEN Kongresses 2016, die Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe unter dem Dach der FUEN und im Rahmen von Projektförderung sowie die Weiterentwicklung der Internetpräsenz.

Die Seminare der slawischen Minderheiten in der FUEN, werden seit 1996 von der Domowina – dem Bund Lausitzer Sorben – im Wechsel einmal in der Lausitz und einmal mit einer gastgebenden Minderheit vor Ort organisiert. Dieses Modell diene als Anregung für neue Arbeitsgruppen unter dem Dach der FUEN.

Sorbische Zusammenfassung: „Zhromadne džělo słowjanskich mjeńšin pod třěchu FUEN“ rěka tema lětušeho seminaru Federalistiskeje unije europskich narodnych skupin (FUEN), kiž wotměje so wot 15. do 18. oktobra pola čěskeje mjeńšiny w Daruvaru w Chorwatskej.

W srjedźišću seminaru steji situacija čěskeje mjeńšiny, wuměna nazhonjenjow a hłuše zhromadne džělo pod třěchu FUEN, z dobom rjad politiskich rozmołwow k situacije mjeńšinow w Chorwatskej. Lětuši seminar ma scěhowace zaměry za zhromadne džělo, praji FUEN vice-president Bjarnat Cyž: „Sprěnja budžemy přihotować wólbnu zhromadźiznu a FUEN-kongres 2016 we Wróclawju, zdruha chcemy so dorozumić wo dalšim zhromadnym džěle džěloweje skupiny pod třěšu FUEN a dalšich zhromadnych aktiwitach na polu projektoweho džěla. Jako třeće ćežišćo smy sej předewzali, kwalifikować internetowu stronu džěloweje skupiny słowjanskich mjeńšinow FUEN a z tym naše zjawnostne džělo polěpšić.“

FUEN je z wjace hač 90 člonskimi organizacijemi w 33 europskich krajach najwjetši třěšny zwjazk awtochtonych narodnych mjeńšinow abo ludowych skupin w Europje. Wona bu 1949 w Parisu založena. Domowina organizuje wot lěta 1996 seminary za słowjanske mjeńšiny FUEN.

FUEN BEI DEN OPEN DAYS – IM AUSSCHUSS DER REGIONEN

15.10.2015

Die FUEN beteiligte sich diese Woche an den Open Days – der Europäischen Woche der Regionen und Städte.

An den vom Ausschuss der Regionen und der Europäischen Kommission durchgeführten Veranstaltungen und Workshops nahm Frank de Boer für die FUEN teil. Einen thematischen Schwerpunkt bildete die soziale Inklusion von mobilen EU-Bürgern in den Regionen und Städten Europas, mehrheitlich mit Migrations- oder Minderheitenhintergrund. Die FUEN nutzte die Open Days zur Intensivierung der Kontakte mit den Vertretern europäischer Regionen, über die Rolle der nationalen Minderheiten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa.



Die OPEN DAYS sind eine jährliche, jeweils viertägige Veranstaltung in Brüssel, bei der Verwaltungsbeamte von Regionen und Städten, sowie Fachleute und Vertreter der Zivilgesellschaft bewährte Verfahren und Wissen im Bereich der Regional- und Stadtentwicklung austauschen können. Außerdem sind sie eine anerkannte Plattform für die Entwicklung der Kohäsionspolitik der EU, die Entscheidungsträger für die Notwendigkeit eines Mitspracherechts der Regionen und Städte bei der Politikgestaltung in der EU sensibilisiert.

Die OPEN DAYS, organisiert vom Ausschuss der Regionen und der Europäischen Kommission, sind die größte europäische Veranstaltung dieser Art, mit ca. 6 000 Teilnehmer und 600 Redner aus ganz Europa und einem Programm dass ca. 100 Workshops, Debatten, Ausstellungen, Networking-Veranstaltungen zur regionalen und lokalen Entwicklung umfasst. Die Regionen und Städte sind an der Gestaltung der meisten EU-Politiken beteiligt. Die subnationalen Gebietskörperschaften in der EU sind für ein Drittel der öffentlichen Ausgaben zuständig (2 100 Mrd. EUR jährlich) sowie für zwei Drittel der öffentlichen Investitionen (ca. 200 Mrd. EUR), die häufig rechtlichen Bestimmungen der EU unterliegen.

Zu den Förderern der FUEN vertreten im Ausschuss der Regionen gehören unter anderem Schleswig-Holstein, Sachsen, Brandenburg, Kärnten, die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, die Autonome Region Südtirol-Trentino und die Autonome Provinz Südtirol-Bozen.



FUEN ERÖFFNET EUROPÄISCHE REPRÄSENTANZ IN BRUSSEL/BRUXELLES

LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN STELLT BÜRO IM HANSE-OFFICE

15.10.2015

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen ist ab Oktober 2015 in Brussel/Bruxelles mit einer Repräsentanz vertreten. Das verkündet die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) und das Land Schleswig-Holstein.



Federal Union of European Nationalities
Flensburg / Flensburg · Berlin · Brussel / Bruxelles
www.fuen.org

„Als europäische Interessensvertretung ist es unerlässlich auf dem europäischen Parkett mit einer permanenten Vertretung präsent zu sein. Wir freuen uns und erwarten, dass unser Engagement gegenüber den Europäischen Institutionen und Internationalen Organisationen nachhaltig gestärkt wird.“, so Hans Heinrich Hansen FUEN Präsident.

Das Land Schleswig-Holstein stellt der FUEN im Hanse-Office – der gemeinsamen Vertretung des Landes mit der Freien und Hansestadt Hamburg bei der EU– die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Verfügung. Ermöglicht wurde dies durch Unterstützung des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein Torsten Albig, seiner Minderheitenbeauftragten Renate Schnack und der Ministerin Anke Spoorendonk.

Ministerpräsident Albig unterstrich die wichtige Rolle der FUEN für die europäische Minderheitenpolitik: „Schleswig-Holstein ist nicht nur das Land der vier Minderheiten, wir sind auch ein verlässlicher Partner der internationalen Minderheitenorganisationen. Deshalb freut es mich, dass die FUEN in Zukunft von unserem Hanse Office aus auf europäischer Ebene agieren wird. Minderheiten sind häufig ein Teil von Krieg, Flucht und Vertreibung in unserer europäischen Nachbarschaft - ob nun die Roma auf dem Balkan oder die verschiedenen Volksgruppen in der Ukraine. Die FUEN verfügt über die Kompetenzen, um die heutigen Konflikte in und um Europa positiv zu beeinflussen. Deshalb braucht sie eine starke Basis in Brüssel/Bruxelles.“

Die Vertretung in Brüssel/Bruxelles wird bis Jahresende Frank de Boer, Jurist und Berater der FUEN, aufbauen. Der Westfriese hat federführend bei der Erarbeitung des Minority SafePack – der Europäischen Bürgerinitiative für die autochthonen, nationalen Minderheiten mitgewirkt. Er ist versierter Kenner auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte. De Boer wird die Vertretung auf europäischer Ebene und gegenüber den Internationalen Organisationen mit dem Präsidium der FUEN ausüben.

„Nach dem Kontor des Hauses der Minderheiten in Flensburg und dem FUEN Büro in Berlin, ist die FUEN dann an drei Standorten aktiv: Flensburg, Berlin, Brüssel/Bruxelles. Die feierliche Eröffnung folgt bis Ende des Jahres“, so Susann Schenk, FUEN Generalsekretärin.

Foto: Unter der Leitung von FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen und FUEN Generalsekretärin Susann Schenk eröffnete die FUEN in den vergangenen 12 Monaten mit ihren Partnern und Mitgliedsorganisationen 3 neue Stand- und Wirkungsorte: das Kontor des Hauses der Minderheiten in Flensburg, das FUEN Büro in Berlin, zuständig für die Koordination der Arbeitsgemeinschaften Deutscher Minderheiten und die FUEN Repräsentanz in Brüssel / Bruxelles.

Schreibweise Brüssel/Bruxelles: Die FUEN entscheidet sich für die Verwendung der Kombination flämisch/französisch (Brussels = englisch, Brüssel = deutsch).

EUROPEADA2016: AUSLOSUNG AM 14.12.2015 IN BOZEN

16.10.2015

EUROPEADA
2016 • SÜDTIROL • ITALY

18. – 26.06.2016

FUSSBALLEUROPEAMEISTERSCHAFT DER
AUTOCHTHONEN NATIONALEN MINDERHEITEN

CAMPIONAT EUROPEICH DE PALÈ D'LES
MENDRANZES NAZIONALES AUTOCTONES

CAMPIONATO EUROPEO DI CALCIO DELLE
MINORANZE NAZIONALI AUTOCTONE

FOOTBALL CHAMPIONSHIP OF THE
AUTOCHTHONOUS NATIONAL MINORITIES IN EUROPE

WWW.EUROPEADA.EU

FUEN

VENBAND DER SPORTVEREINE SÜDTIROLS

... 14.12.2015 BOZEN

Die 3. Fußball-Europameisterschaft der autochthonen, nationalen Minderheiten findet vom 18.-26.06. 2016 in Südtirol statt. 24 Herrenmannschaften und bis zu 8 Damenmannschaften werden zum Turnier erwartet. Wie die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) und der Südtiroler Sportverband bekannt geben, findet die Gruppenauslosung, am 14.12.2015 in Bozen statt. Dies erfolgt unmittelbar im Anschluss an die Gruppenauslosung der EURO2016 der UEFA in Paris.

Im Vorfeld wird die FUEN die Mannschaftsaufstellung des Turniers bekanntgegeben.

Das Turnier 2016 findet im Pustertal und im angrenzenden Gadertal statt. Es wird gemeinsam von den deutschsprachigen Südtirolern und den Ladinern organisiert. Ausgewählte Spielorte sind Sand, Niederdorf, Olang, St. Martin, Pfalzen, Ahrntal, Mühlwald und Enneberg.

Die Vorrunde spielen die Gruppen in den ausgewählten Orten. Zwischen den Mannschaften, deren Fangruppen und den lokalen Sportvereinen und Akteuren, sollen durch die EUROPEADA neue Partnerschaften entstehen. Nach der Gruppenauslosung am 14.12. wissen die Mannschaften und die Fans genau, wo ihre Mannschaften die Vorrunde bestreiten.

Die EUROPEADA ist ein sportliches Großereignis, das den fairen Wettbewerb eines europäischen Sportfestes mit den Anliegen der autochthonen, nationalen Minderheiten verbindet. Im Mittelpunkt stehen friedliches und tolerantes Zusammenleben, Vielfalt und Bewahrung des kulturellen und sprachlichen Erbes Europa sowie Begegnung.

SEMINAR FOR NON-KIN-STATE MINORITIES IN SWITZERLAND

23.10.2015

From 23 -25 October 2015, the conference “Giving a Voice to Peoples without a Kin-State” is taking place in Scuol, in the Rhaeto-Romansh region of Switzerland. For FUEN, Frank de Boer is participating in the conference.

Representatives of several minorities without a kin-state, such as the Aromanians, Sámi, Frisians, Sorbs, Meshketian Turks, Crimean Tatars, Ladins, Friulians and the host-minority the Rhaeto-Romansh have arrived yesterday. Most of them are members of FUEN. Over a period of three days, the smaller European linguistic and cultural communities without a kin-state will exchange their experiences, discuss common challenges and find possible solutions.

It is now twenty years ago that the Framework Convention for the Protection of National Minorities by the Council of Europe was adopted. Together with renowned experts the strengths of the Convention will be discussed, as well as the weaknesses that have to be addressed to secure the survival of minority cultures in Europe.

Next to presentations and discussion, there will also be a cultural programme with musicians from different minorities. A group of journalists from several minority newspapers in Europe who are on a study visit organised by MIDAS will join the participants of the seminar.

More information:

[Programme of the seminar](#)



FUEN PRESIDENT SPEAKS AT MEETING ON THE OSCE CONTRIBUTION TO THE PROTECTION OF NATIONAL MINORITIES IN VIENNA

29.10.2015

Thursday 29 and Friday 30 October the High Commissioner on National Minorities together with the Serbian Chairmanship and the Office for Democratic Institutions and Human Rights organise a meeting on the contribution by the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE) to the Protection of National Minorities.

Because of FUEN's expertise and prominent role in the protection of the European minorities, and the experience that FUEN has with good practices on cross-border cooperation, FUEN President Hans Heinrich Hansen has been invited to sit on a panel focusing on national minorities in inter-state relations and the High Commissioner's Bolzano/Bozen Recommendations.



President Hansen will also give FUEN's opinion on the state of minority protection in Europe and speak about his own experiences in positive developments that took place in the German-Danish border region. The OSCE meeting focuses in particular on the recommendations and guidelines issued by the OSCE High Commissioner on National Minorities over the past 20 years. During two days the participants will take stock of the OSCE contribution to the protection of national minorities, especially through the prism of these guidelines and recommendations. In particular, it will assess the achievements as well as explore challenges and identify ways to address remaining implementation gaps.

More information:

[OSCE Contribution to the Protection of National Minorities](#)

November 2015

104

FUEN PRÄSIDENT HANS HEINRICH HANSEN IN WIEN: “DER GRUNDSATZ EINER GELUNGENEN MINDERHEITENPOLITIK IST GLEICHWERTIGKEIT UND DIALOG AUF AUGENHÖHE”

FUEN UND ZUSAMMENARBEIT OSZE HOHE KOMMISSARIN

4.11.2015

UEN Präsident Hans Heinrich Hansen, nahm vergangenen Donnerstag und Freitag, an der von der Hohen Kommissarin für Nationale Minderheiten der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) organisierten hochrangigen Konferenz in Wien teil.

Thema der Konferenz war die Bestandaufnahme zur Situation in Europa, 25 Jahre nach Verabschiedung des Kopenhagener Dokuments, das 1990 wichtige Grundlagen für den Minderheitenschutz gelegt hat. Die Wiener OSZE-Implementierungskonferenz, analysierte die völkerrechtlichen Dokumente und Empfehlungen sowie den Status der Verwirklichung in den jeweiligen Staaten. Dabei wurde besonderer Augenmerk gelegt, auf zwei Empfehlungen des Hohen Kommissars: die Bolzano/Bozener Empfehlungen über Nationale Minderheiten in Interstaatlichen Beziehungen und die Ljubljana Richtlinien über die Integration von vielfältigen Gesellschaften.



Als einzige europäische Nicht-Regierungsorganisation war FUEN im Podium vertreten. FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen sprach über die Erfahrungen im deutsch-dänischen Grenzland und beleuchtete, die Hintergründe, wie es auch nach schwierigen Zeiten gelungen ist, zu einem Miteinander auf Basis von Gleichwertigkeit zwischen Minderheit und Mehrheit zu kommen. „Dialog auf Augenhöhe, Gleichwertigkeit und Respekt für einander, das ist worum es geht. FUEN kann dabei behilflich sein, und mit seinen Erfahrungen und seinem Netzwerk gute Beispiele und Lösungsalternativen zeigen“, fasst Präsident Hans Heinrich Hansen, das Engagement der FUEN zusammen.

Leider wurde während der Konferenz ebenfalls deutlich, dass es eher wenige gute Beispiele gibt in Europa; in vielen Länder sind Mehrheit und Minderheit von vertrauensvollem Umgang miteinander noch weit entfernt. Es gibt vielerorts Spannungen und Misstrauen, so zeigte es sich aus den Beiträgen von Minderheiten- und Staatsvertreter aus Griechenland, den Baltischen Staaten, Georgien und auch aus der Ukraine und Russland.

In ihrer Abschlusserklärung nahm Astrid Thors, die Hohe Kommissarin für Nationale Minderheiten, Bezug auf den FUEN Beitrag: „Ich soll darauf hinweisen was Präsident Hansen gesagt hat über den Dialog: es ist nicht möglich etwas zu erreichen, wenn die Mehrheit nicht zuhören möchte, was die Minderheit zu sagen hat. Die Minderheiten können als Brückenbauer zwischen verschiedenen Gesellschaften funktionieren und ich freue mich, dass der designierte deutsche OSZE-Vorsitz 2016 den Minderheitenschutz in Europa als eine seiner Prioritäten gesetzt hat.“

Montag, 02.11.2015, nahm FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen in Berlin in Vorbereitung des deutschen OSZE-Vorsitzes an einer Konferenz des Auswärtigen Amtes und des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze teil.

Fotos:

FUEN-Präsident Hans Heinrich Hansen im Podium; FUEN-Präsident Hans Heinrich Hansen, die Hohe Kommissarin für Nationale Minderheiten Astrid Thors, die Schleswig-Holsteinische Minderheitenbeauftragte Renate Schnack und FUEN Berater Frank de Boer in Wien; Teilnehmer der Implementierungskonferenz.



Mehr Informationen:

[Rede FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen](#)

[Pressemitteilung OSZE \(englisch\): Peace and stability in Europe impossible without protecting and promoting human rights, including rights of persons belonging to national minorities, say participants at OSCE meeting](#)

[OSZE Implementierungskonferenz: Homepage mit dem Programm, Redebeiträge \(englisch\)](#)

[Programm der OSZE Implementierungskonferenz \(englisch\)](#)

[Ljubljana Guidelines](#)

[Bolzano/Bozen Recommendations](#)

[Copenhagen Document](#)

FUEN BEI VORBEREITUNG DES DEUTSCHEN OSZE VORSITZES 2016 IN BERLIN

5.11.2015



FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen und Eva Adel Penzes nahmen in Berlin an einer Veranstaltung zur Vorbereitung des deutschen OSZE Vorsitzes 2016 teil. Im Auswärtigen Amt berieten die zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen über die Schwerpunkte Meinungs- und Medienfreiheit, Toleranz und Nicht-Diskriminierung und die positive Rolle der nationalen Minderheiten.

Zeitgleich führte FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen, Gespräche mit den Haushaltsberichterstattem des Bundes MdB Brandl und MdB Gerster, sowie den Abgeordneten Bettina Hagedorn, Franz Thönnies und Sabine Sütterlin-Waack.



ZWEITES JAHRESTREFFEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER TÜRKISCHEN MINDERHEITEN FINDET IN BAKU STATT.

9.11.2015



Das zweite Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaft der türkischen Minderheiten in der FUEN wird diese Woche in Baku, Aserbeidschan, stattfinden. Vom 9. bis 12. November 2015 werden sich Vertreter der türkischen Minderheiten aus verschiedenen Ländern Europas zum zweiten Mal treffen, nachdem die Arbeitsgemeinschaft 2014 in Ankara etabliert wurde. Veranstalter vor Ort ist die FUEN Mitgliedsorganisation „VATAN“, die die Türkmescheten in Aserbeidschan vertritt.

Die weiteren Teilnehmer an der Veranstaltung in Baku sind die Vertreter der West Thrakien-Türken in Griechenland der Organisationen ABTTF, DEB und BTAYTD, sowie die Vertreter der Türken in Rhodos und Kos, ebenfalls in Griechenland. Weiterhin vertreten sind die Medschlis der Krimtataren und die Krimkaräer aus der Ukraine, sowie die Karatschai-Balkaren, Türkmescheten und erstmalig die Kumuken aus Russland.

Während des Treffens werden sich die Teilnehmer über die Entwicklungen in ihren Minderheiten austauschen und über die zukünftige Tätigkeit ihrer Arbeitsgemeinschaft diskutieren. Die Minderheitenvertreter werden auch mit Regierungsvertretern in Aserbeidschan sprechen und die historischen Sehenswürdigkeiten Bakus im Rahmen eines sozialen und kulturellen Programms kennenlernen.

POLITISCHE GESPRÄCHE IN BERLIN: 24. JAHRESTAGUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER MINDERHEITEN

9.11.2015

Über 40 Vertreter von 20 Organisationen der deutschen Minderheiten treffen sich zur Jahrestagung in Berlin. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten, kurz AGDM, unter dem Dach der FUEN lädt mit anspruchsvollem politischen Gesprächs- und Besuchsprogramm ein.

„Es ist dann ein knappes Jahr her, dass wir erstmalig in dieser Form politische Beratungen zur AGDM-Tagung durchgeführt haben. Ein Jahr, in dem sich Europa und die Welt grundlegend verändert haben und uns die Entwicklungen besorgt und nachdenklich machen. Die Minderheitenpolitik und die Flüchtlingspolitik liegen dabei eng beieinander.“, so FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen, Deutscher Nordschleswiger aus Dänemark.



Die diesjährige Jahrestagung ist eingebettet in weitere Veranstaltungen in Berlin. Direkt im Anschluss lädt der Beauftragte der Bundesregierung Hartmut Koschyk zur Konferenz Identität-Heimat-Glaube ins neue Gebäude des Bundesinnenministeriums ein. Der Jahrestagung voran und zur Seite finden die ifa-Medientage statt.

„Ein Rund-um-Paket von 5 Tagen für die deutschen Minderheiten in Berlin,“ so Eva Penzes, Koordinatorin der AGDM und zuständig für die Organisation der Jahrestagung.

Diese wird erstmals direkt aus dem Berliner Büro der FUEN organisiert. Die Programmplanung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Partnern in Berlin.

„Wir freuen uns, dass es seit der letzten Beratung im November 2014 gelungen ist, mit entsprechender Unterstützung, die AGDM Koordination in Berlin einzurichten. Es ist wichtig, dass die Minderheiten unter dem europäischen Dach der FUEN in Berlin präsent sind,“ so Koloman Brenner, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft. „Ich danke dabei dem Bundesbeauftragten Hartmut Koschyk und der FUEN für ihr unermüdliches Engagement im Laufe des Jahres.“

Die Jahrestagung wird aus Mitteln des Bundesinnenministeriums gefördert.

[Programm AGDM-Jahrestagung](#)

XVIII. FUEN-JAHRESTREFFEN SLAWISCHER MINDERHEITEN VOM 15.10. BIS 18.10.2015 IN DARUVAR/KROATIEN – SACHBERICHT VERÖFFENTLICHT

11.11.2015



Das jährliche FUEN-Jahrestreffen der slawischen autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen wurde in Verantwortung der Domowina – Bund Lausitzer Sorben e.V. als Projektträger vorbereitet und durchgeführt. Gastgeber des diesjährigen Jahrestreffens war die tschechische Minderheit in Kroatien.

Das Hauptthema war die Fortsetzung des begonnenen Erfahrungsaustausches im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln aus europäischen Förderfonds für Projekte der Mehrsprachigkeit und des Kulturaustausches der Minderheiten. Mit dem Hauptthema wurden konkrete Vorhaben der künftigen gemeinsamen Zusammenarbeit der slawischen Minderheitenorganisation abgestimmt.

Dabei ging es insbesondere um Erfahrungen einzelner Mitgliedsorganisationen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Nutzung europäischer Förderfonds. In einer “aktuellen Stunde” wurden Lageberichte der Minderheiten zur Kenntnis genommen. Der Hauptaugenmerk bei den Berichten der Minderheiten lag bei den Ruthenen in der Ukraine, welche momentan in einer schwierigen politischen Lage ihre Arbeit fortsetzen.

Ein weiteres Thema des Jahrestreffens waren die Vorbereitungen des FUEN-Kongresses im nächsten Jahr in Wrocław, bei welchem das Präsidium und der Vorsitz neu gewählt wird. In einem dritten Schwerpunkt wurden die Vorhaben der FUEN in der mittelfristigen Planung vorgestellt sowie der Stand der Vorbereitung der Fußballeuropameisterschaft der autochthonen, nationalen Minderheiten EUROPEADA

2016 in Südtirol.

Die gastgebende Organisation der tschechischen Minderheit wurde im Laufe des Jahrestreffens umfangreich in vielen Aspekten vorgestellt. So wurde darüber hinaus auch ausführlich über die Situation der anderen Minderheiten in Kroatien berichtet.

Mehr Informationen:

[Sachbericht zum FUEN-Jahrestreffen der slawischen Minderheiten in Daruvar, Kroatien](#)
[Internetportal der slawischen Minderheiten in der FUEN](#)



PRESENTATION OF THE PROJECT TO DEVELOP A PROTOCOL ON LANGUAGE DIVERSITY AS PART OF THE 2016 EUROPEAN CAPITAL OF CULTURE DONOSTIA/SAN SEBASTIAN IN THE EUROPEAN PARLIAMENT

12.11.2015

The bilingual town of Donostia/San Sebastian in the Basque Country is one of the two European Capitals of Culture in 2016 (the other is Wrocław/Breslau in Poland, where the FUEN Congress 2016 will be organised). FUEN legal/policy advisor Frank de Boer attended the first presentation of the project to develop a Protocol for Ensuring Language Rights in the European Parliament in Brussels on Tuesday 10 November 2015.



At the beginning of the meeting, Jordi Sebastià MEP, who hosted the meeting, set out the problems many European citizens face in using their mother tongue, e.g. in accessing media in their language. He also pointed at several cases where speakers of minority languages are harassed or persecuted by European governments. Language rights are not a second-class type of rights, but should be recognised as full-fledged fundamental rights, said Jordi Sebastià.

The Donostia/San Sebastian 2016 Foundation initiated the project to develop a new Protocol for Ensuring Language Rights in cooperation with the Council of Basque Language Entities Kontseilua. At the European Language Diversity Summit that will take place in Donostia/San Sebastian in December 2016, this Protocol will have to be adopted.

According to Kontseilua's Secretary General Paul Bilbao, the Protocol will build on several existing international legal and political documents, such as e.g. the European Charter for Regional or Minority Languages and the UN Declaration on Minority Rights, and will continue where the Universal Declaration of Linguistic Rights (which was brought about by organised civil society in 1996) halted. The content should be applicable as a tool for national, regional and local government and have a real impact on the linguistic rights of citizens on grassroots level.

In the European Parliament the organisers told that they want to develop the Protocol based on a wide consensus of groups and organisations in Europe and with the help of a scientific committee of legal and linguistic experts who will start their work in December 2015. Over the course of 2016 the draft will then be circulated before it will be presented to the public at the European Language Diversity Summit in December 2016.



112

VOLLES PROGRAMM FÜR DIE TEILNEHMER DER 24. JAHRESTAGUNG DER FUEN ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER MINDERHEITEN: WICHTIGE GESPRÄCHE IN BERLIN

12.11.2015



Heute, den 12. November 2015, ist der letzte Tag für die Teilnehmer an der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN (AGDM) in Berlin. Nach drei intensiven Tagen in Berlin haben die Vertreter der deutschen Minderheiten heute die Möglichkeit zu einem Gespräch mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Am Nachmittag steht die Veranstaltung „Heimat – Identität – Glaube“, zu der der Bundesbeauftragte für nationale Minderheiten Hartmut Koschyk im Bundesministerium des Innern eingeladen hat, im Fokus. Hier wird Innenminister Thomas de Maizière die zentrale Rede halten.

Während der vergangenen Tage gab es eine Vielzahl von Treffen in der deutschen Hauptstadt. So nahmen die Vertreter der deutschen Minderheiten am Montag zusammen mit dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) an einem Rundtischgespräch über die Präsenz der deutschen Minderheiten in Online-Bereich und in den neuen Netzwerken teil. Es ist wichtig sich untereinander besser zu vernetzen, neue Zielgruppen in ihren Ländern zu erreichen sowie die Sichtbarkeit in Deutschland zu vergrößern. Otto Heinek, Vorsitzender der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, wies hierbei auch auf begleitende Maßnahmen hin. Auch die Mehrheitsgesellschaft sollte effektiver erreicht werden – dies ist eine wichtige Bedingung für die positive Wahrnehmung der Minderheit.

Am Montag Abend waren die Teilnehmer der AGDM-Jahrestagung zu einem Empfang in der Botschaft der Republik Ungarn eingeladen. Die Gesandte, Dr. Katalin Karsai, verwies in ihrer Begrüßung darauf, dass die ungarische Verfassung den Minderheiten die Rolle von „staatsbildenden Akteuren“ zuschreibt, sie

sind also zur Mitwirkung in Staat und Gesellschaft aufgerufen. Der Präsident der FUEN, Hans Heinrich Hansen, erinnerte dankend an die Rolle Ungarns bei der Überwindung der Spaltung Europas im Epochenjahr 1989. Heute müsse er allerdings feststellen, dass das Haus Europa „tiefe Risse“ erhalten hat. Für die Minderheiten Europas, zu denen immerhin ein Siebtel aller Europäer zählt, käme jetzt eine entscheidende Zeit: Entweder gelangen jetzt substantielle Fortschritte im rechtlichen Minderheitenschutz und in der praktischen Umsetzung oder das Thema würde für längere Zeit von der Agenda Europas verschwinden.

Am Dienstag stand zuerst eine interne Arbeitssitzung auf der Tagesordnung und danach fanden Gespräche im Bundestag tag. Die Vertreter der deutschen Minderheiten sind dabei mit den jeweils für die Haushalte des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums des Innern verantwortlichen Berichterstattern der Koalitionsfraktionen zu einem fruchtbaren Informations- und Meinungsaustausch zusammengetroffen.

Von den 21 in der AGDM zusammengeschlossenen Selbstorganisationen der deutschen Minderheiten in Europa waren 19 vertreten. Der Präsident der FUEN, Hans Heinrich Hansen, nutzte die Gelegenheit, die Notwendigkeit einer institutionellen Förderung darzulegen. Die Bedeutung der FUEN habe erst jüngst die Anfrage des Auswärtigen Amtes, die Bundesregierung während des deutschen OSZE-Vorsitzes im Jahre 2016 zu unterstützen, unterstrichen. Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier hat hierfür die Minderheitenpolitik als einen der Schwerpunkte bestimmt. Die FUEN ist hierfür willens und fähig, die Unterstützung könne jedoch nicht zum Nulltarif geleistet werden. Bundesbeauftragter Koschyk pflichtete dieser Argumentation bei und merkte an, dass sich die Politik leider zu sehr auf externe wissenschaftliche Expertise verlasse, anstatt mehr den reichen Erfahrungsschatz der nationalen Minderheiten und ihrer Organisationen zu nutzen.



Die Haushaltsberichterstatterin der SPD-Fraktion für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes, Doris Barnett MdB, bestätigte die Wichtigkeit der Arbeit sowohl der FUEN als auch der deutschen Minderheiten für den Minderheitenschutz in Europa und sicherte ihre weitere Unterstützung zu. Der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion, Alois Karl MdB, verwies auf die im letzten Jahr beschlossene zusätzliche Unterstützung für das deutschsprachige Schulwesen Rumäniens und stellte für das kommende Haushaltsjahr eine Erhöhung der Mittel von 750.000 Euro auf 1 Mio. Euro in Aussicht. Die beiden Berichterstatter nutzen die Gelegenheit, sich bei den AGDM-Vertretern aus erster Hand über die Lage der deutschen Minderheiten in ihren Heimatländern zu informieren.

Im anschließenden Gespräch mit den beiden Berichterstattern der Koalitionsfraktionen für den Haushalt des Bundesministeriums des Innern, Martin Gerster MdB und Dr. Reinhard Brandl MdB, machten die AGDM-Vertreter und der Bundesbeauftragte Hartmut Koschyk gemeinsam die Notwendigkeit der fortgesetzten Förderung für die im Sommer eingerichtete AGDM-Koordinierungsstelle in Berlin deutlich. AGDM-Sprecher Dr. Koloman Brenner nannte sie einen „ganz wichtigen Schritt“ für die Organisation und die anwesenden Vertreter führten zahlreiche konkrete Beispiele von Unterstützungen durch die Koordinierungsstelle an. Nach eingehender Diskussion der Lage der deutschen Minderheiten in ihren jeweiligen Heimatstaaten gaben die beiden Haushaltsberichterstatter ihrem Dank und ihrer Anerkennungen Ausdruck. Die Abgeordneten Martin Gerster und Dr. Reinhard Brandl verwiesen auf die strikten Regeln der Haushaltsdisziplin. Dennoch wolle man sich bei den laufenden Haushaltsberatungen

für die deutschen Minderheiten stark machen.

Mit dem für den Bereich „Geschichte und Erinnerung“ zuständigen Gruppenleiter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Ministerialdirigenten Ansgar Hollah fand danach ein intensiver Informations- und Gedankenaustausch über die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa statt.

Am Dienstagabend waren die Vertreter der deutschen Minderheiten in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin eingeladen, wo der baden-württembergische Innenminister, Reinhold Gall MdL, die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM), die unter dem Dach der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppe organisiert sind herzlich empfangen hat. Als Innenminister des Landes Baden-Württemberg sei es ihm eine besondere und wichtige Herzensangelegenheit, den Dialog und die Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten zu pflegen und zu stärken. Innenminister Gall unternimmt diesbezüglich regelmäßig Reisen in die Heimatregionen der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Stellvertretend für die AGDM dankte deren Vorsitzender Koloman Brenner Innenminister Gall und hob das Engagement des Landes Baden-Württemberg zugunsten der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa hervor.



Mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, fand am Mittwoch zuerst ein Dialog zur Strategie der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten statt und danach eine interne Sitzung, in der der Arbeitsplan für 2015/2016 besprochen wurde. Weiter gab es Gespräche mit Vertretern des Weltverbandes Deutscher Auslandsschulen und eine Vorstellung des YOU.PA Förderprogramms der Otto Benecke Stiftung für junge Angehörige der deutschen Minderheit in mittel- und osteuropäischen Ländern. Am Mittwochabend schließlich gab es einen gemeinsamen Ausklang mit Vertretern der Jugendorganisationen der deutschen Minderheiten, inklusive der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV).

[Programm AGDM-Jahrestagung](#)

SECOND ANNUAL MEETING OF THE FUEN WORKING GROUP OF TURKIC MINORITIES (TAG) IN BAKU CONCLUDED SUCCESSFULLY

13.11.2015

From 9 to 12 November 2015, the second annual meeting of the Working Group of Turkic Minorities (TAG) in the Federal Union of European Nationalities (FUEN) took place in Baku, Azerbaijan. The meeting was hosted by FUEN member organisation Association of Meskhetian Turks “VATAN” in Azerbaijan. The meeting brought together the representatives of the umbrella organisations of Turkic minorities from six different countries in Europe.



On the first day of the meeting, a total of fifteen participants visited historical and cultural places in Baku. The delegation first visited the graveyard Fahri Hiyaban where former President of Azerbaijan Heydar Aliyev and other important figures lie and placed a wreath. The delegation later on visited the monument Şehitler Hiyabanı in remembrance of Azerbaijani and Turkish soldiers killed during the battle of Baku in 1918. The delegation also met with the Counselor for Religious Services of the Embassy of Turkey in Baku Prof Dr Kamil Güneş and visited the Palace of the Shirvanshahs in the afternoon.



At the end of the first day of the meeting, the delegation met with Kamal Abdullayev, State Counselor on Multiculturalism, Interethnic and Religious Affairs to the President of the Republic of Azerbaijan. During the meeting, FUEN Vice-President Halit Habipoğlu presented FUEN and the Working Group of Turkic Minorities (TAG) to the State Counselor. Vice President Habipoğlu provided Abdullayev with information on the Turkic minorities that are TAG members and asked for the support of Azerbaijan for the repatriation of Meskhetian Turks to their homeland Georgia.

During the second roundtable meeting at the Annual Meeting of TAG on 11 November 2015, FUEN Vice-President Halit Habipoğlu presented the activities of the Working Group carried out in the last year. Then, the participants told about the latest developments related to their minorities.

Afterwards, the Chairman of the Kumyk Association Ramazan Alpaut, who participated for the first time in a FUEN Annual Meeting, made a presentation on the Kumyk Turks who today live in Dagestan mostly. Following a presentation by the Chairman of the host organisation Association of Meskhetian Turks “VATAN” in Azerbaijan İbrahim Ziya on the problem of repatriation of Meskhetian Turks to Georgia and

their demands concerning the issue, Alpaut made a second presentation on the Turkic minorities and communities living in Russia in general.

During the second part of the roundtable meeting, ABTTF International Affairs Director Melek Kirmaci Arık presented the work carried out by FUEN for the Turkic minorities/communities at international platforms as well as potential activities before international organisations. After the expectations of TAG member organisations to FUEN and options for potential cooperation had been evaluated, a discussion took place on proposals for strengthening collaboration among the FUEN TAG members and accordingly, a common strategy for 2016 was adopted.

Photos by ABTTF



FUEN FÖRDERUNG DURCH DEN BUND AB 2016 IN HÖHE VON 500.000 EURO

HANS HEINRICH HANSEN: WERTSCHÄTZUNG FÜR DIE MINDERHEITEN

13.11.2015

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat in seiner gestrigen Bereinigungssitzung beschlossen, die Förderung der Tätigkeit des europäischen Dachverbandes Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV/FUEN) ab 2016 drastisch zu steigern.



Zukünftig erhält die FUEN eine Förderung in Höhe von 500.000 €.

Hierzu FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen:

„Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, diese Förderung durch die Bundesrepublik ab 2016 zu erhalten. Es ist Ergebnis vieler Unterstützer, die auf mehreren Ebenen ihres dazu beigetragen haben. Stellvertretend danke ich Bettina Hagedorn, der stellv. haushaltspolitischen Sprecherin der SPD und Franz Thönnies, dem stellv. Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses (SPD), den beiden Haushalts-Berichterstattem Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU) und Martin Gerster (SPD), für ihren Einsatz sowie dem Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk (CDU/CSU) und der Minderheitenbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein Renate Schnack für ihre Begleitung. **Diese Förderung verstehen wir als Anerkennung der FUEV/FUEN und ihrer Mitglieder, insbesondere aber als politische und gesellschaftliche Wertschätzung der Minderheiten.** Es ist ein guter Schritt in die richtige Richtung und in Übereinstimmung mit der deutschen Außenpolitik für den OSZE Vorsitz 2016, die Minderheiten und ihre Expertise in die Friedenspolitik aktiv einzubinden. Ich freue mich für die FUEN und danke unseren Mitgliedern für ihr Engagement.“

Fakten:

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat für den Haushalt 2016 in seiner abschließenden Sitzung am 12./13.11.2015 die Erhöhung der Bundesförderung für die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) von 100.000 Euro auf 500.000 Euro beschlossen. Die Förderung umfasst auch die Förderung der im Laufe dieses Jahres eingerichtete Koordinierungsstelle in Berlin, für die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten unter dem Dach der FUEN.

Darüber hinaus hat der Ausschuss die Bundesregierung aufgefordert, neben Projektförderung auch Personalmittel im verstärkten Maße zu unterstützen und für 2017 eine institutionelle Förderung aus dem Etat des Auswärtigen Amtes zu prüfen. Damit wird der FUEN eine institutionelle Förderung des Bundes ab 2017 in Aussicht gestellt.

Der Haushaltsausschuss hat zudem beschlossen, die Sanierung des Hauses der Minderheiten in Flensburg 2016 mit 600.000 Euro zu fördern. Mit dem Haus der Minderheiten – dem gemeinsamen Projekt der FUEN, mit dem Sydslesvigsk Forening (SSF) und dem Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), wird der europäische Minderheitenstandort Flensburg/Flensburg in Schleswig-Holstein weiter gestärkt.

Pressemitteilungen:

[Bettina Hagedorn MdB, die stellv. haushaltspolitische Sprecherin der SPD](#)

[Bundesbeauftragter für Nationale Minderheiten Hartmut Koschyk MdB](#)

[Dr Sabine Sütterlin-Waack MdB](#)

[Sydslesvigske Forening](#)

[Südschleswigsche Wählerverband \(SSW\)](#)



***Foto:** FUEN Generalsekretärin Susann Schenk und FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen vor dem Kontor des Hauses der Minderheiten in Flensburg/Flensburg*

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH AN DEN BUND DEUTSCHER NORDSCHLESWIGER ZUM 70. JAHRESTAG

23.11.2015



Herzlichen Glückwunsch an den Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN) - den Dachverband der deutschen Minderheit in Dänemark.

Die deutsche Minderheit entstand aus einem Volksentscheid im Jahre 1920. Nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum gründete sich der Bund Deutscher Nordschleswiger und wuchs mit den Jahren zu einer wichtigen Institution im heutigen Grenzland heran. Er betreibt unter anderem deutsche Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Sportvereine und bringt eine eigene Tageszeitung heraus.

FUEN Präsident und ehemaliger Vorsitzender des BDN Hans Heinrich Hansen wird an den heutigen Feierlichkeiten teilnehmen und wünscht dem BDN nur das Beste für die Zukunft.

FUEN ATTENDS THE UNITED NATIONS FORUM ON MINORITY ISSUES IN GENEVA

24.11.2015



Today 24 and tomorrow 25 November 2015 the annual United Nations Forum on Minority Issues takes place in the Palais de Nations in Geneva. Over 500 participants from all regions of the world will gather in order to discuss key issues of global concern regarding the treatment of minorities by criminal justice systems, and to make specific recommendations to protect and promote their rights. On behalf of FUEN, legal/policy advisor Frank de Boer is attending the Forum.

The Forum's recommendations on guaranteeing the rights of minorities in the criminal justice system will be presented to the UN Human Rights Council in March 2016.

Every year, as requested by the UN Human Rights Council, the Special Rapporteur on minority issues organises and guides a Forum on minority issues to provide a platform for promoting dialogue and cooperation on issues of national or ethnic, religious and linguistic minorities. The Forum aims at identifying and analysing best practices, challenges, opportunities and initiatives for the further implementation of the Declaration on the Rights of Persons Belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities.

More information:

[UN Minority Declaration \(1992\)](#)

[UN Forum on Minority Issues](#)

Dezember 2015

EUROPEAN PARLIAMENT DISCUSSES DUTCH MINORITY LANGUAGE POLICY IN THE CARIBBEAN

... AND PROPOSES SUBJECTS IT WANTS TO DISCUSS IN THE INTERGROUP MEETINGS OF NEXT YEAR

2.12.2015



The meeting of the Intergroup in the European Parliament on 26 November 2015 showed that the European Union goes clearly beyond the European continent. On the agenda of last week was a presentation about the situation of the Papiamentu on the island of Bonaire, which is an integral part of the Netherlands in the Caribbean. Ruben Severina, chair of the SPLIKA Foundation, told about the developments in Bonaire.

Papiamentu is a language of its own that differs strongly from other languages spoken in the area, such as English, Spanish and Dutch. Similar to English, which combines French, Latin and Germanic influences, Papiamentu lent from Portuguese, Spanish, Dutch, but also Arawak (an indigenous language) and Yiddish. On the island of Bonaire, and also on neighbouring islands of Curacao and Aruba, Papiamentu has been spoken for centuries. Approximately 130,000 people use the language on a daily basis.

However, since Bonaire became a sort of Dutch municipality after the constitutional reform of the Netherlands Antilles in 2010, the language of instruction in schools is shifting to Dutch and Papiamentu is no longer a mandatory examination subject. Still, the majority of the population (63%) has Papiamentu as

his or her mother tongue, although this number is decreasing, because of immigration.

According to Severina, the Netherlands should recognise Papiamentu as a minority language under the European Charter for Regional or Minority Languages. There is no good reason why the Dutch government should refuse this. Nevertheless the Dutch government is very hesitant and hiding behind formal arguments, that the citizens are already permitted to use Papiamentu in council meetings or at court, or communicate with the island government and that it doubts if Papiamentu qualifies for application of the European Language Charter. For Severina, it is clear that Papiamentu requires protection and for that he received support from the Members of the Parliament.

In the second half of the meeting the Members of Parliament discussed what items it should put on the agenda of the coming year. In December there will be a meeting about the minorities and the minority situation in Ukraine. Topics suggested for 2016 were e.g. a meeting on education at elementary level and the closure of schools; a presentation by the European Court of Justice or the European Court of Human Rights on minority issues they encounter in their work; on minorities in Bulgaria; on citizenship issues in Latvia and the proposal to use one of the sessions for a discussion with the responsible European Commissioners on how they see minority issues in the EU. The MEPs were invited to submit additional topics to the chairs of the Intergroup.

Furthermore the Intergroup wants to organise a seminar in 2016 on the impact of the economy on minority regions. This seminar will take place in Brussels, where more time will be available than there is during the plenary meetings in Strasbourg.

Photos: European Parliament 2015



UNITED NATIONS FORUM ON MINORITY ISSUES DISCUSSES THE ISSUE OF MINORITIES IN THE CRIMINAL JUSTICE SYSTEM

4.12.2015

On 24 and 25 November 2015 the annual UN Forum on Minorities Issues took place in Geneva. At this meeting minorities from all over the world come together in Geneva to discuss a specific theme that is of relevance to minorities and also to address their problems and grievances to the international community. It is the only place on the global level where representatives of minorities are able to speak and get into direct dialogue with the representatives of Member States of the United Nations. FUEN legal and policy advisor Frank de Boer attended the Forum.

The Minority Forum was prepared by the Special Rapporteur on Minority Issues, Ms Rita Iszák, and chaired by Joshua Castellino, a law professor and minority expert from England. Approximately 500 representatives of UN Member States and minorities attended and addressed the Forum, including representatives from FUEN member organisations ABTTF and Ec.Fe.Con.



International law protects persons in contact with the criminal justice system who belong to national or ethnic minorities. It prohibits discrimination in the administration of justice and creates obligations for states to ensure that justice systems are sensitive to, and facilitate the effective participation of minorities. In this regard the role of the police cannot be underestimated: in many cases disproportionate numbers of persons belonging to a minority are coming into contact with the police, which underscores the importance of strict non-discrimination. This risk increases where the police force does not reflect the diversity within the population.

The debate at the Forum could be divided into two elements: first of all minorities and state parties made comments to the draft recommendations on “Minorities in the Criminal Justice System” from their experience. These interventions were often quite detailed in regard to what has to be done to improve the situation.

On the other hand, minorities told about their personal experiences and showed that in many countries the situation on the ground is light-years distanced from what is written down in the law, in treaties and international recommendations. Most of these statements were about the problem of exclusion and the lack of accountability of perpetrators, the impunity of officials in cases of discrimination and harassment of minorities. But much more serious minority problems were addressed too: about the genocide, mass killings and systematic rape on the Yazidi population of Iraq and Syria by ISIS, the forced expulsions and killings of the indigenous population in the Ogaden region, slavery in Mauritania, the situation of dehumanised and excluded Dalits in South Asia. In most cases, the justice system appears to be largely ineffective.

In the breaks of the Forum, side-events were organised. One of these was organised by the Ecumenical Federation of Constantinopolitans (Ec.Fe.Con) and dealt with the redress of past violations against minorities in Turkey and necessary reforms in the criminal justice system. In another side-event, organised jointly by the mission of Austria at the UN and Minority Rights Group, the floor was given to minorities from Pakistan, Iraq and Sri Lanka to give a detailed account of their problems with combatting impunity and the need for effective justice in their countries. At the side event at the second day, experts

and UN officials elaborated on the development of minority rights and the chances for improvement of the framework of protection inside the United Nations system.

The system of minority rights protection at the global level is much weaker than the minority framework in Europe. There is a Minority Declaration adopted by the United Nations General Assembly in 1992, which resembles European documents such as the Framework Convention on the Protection of National Minorities, but unlike the Framework Convention it effectively is only a Declaration and does not come with a system of monitoring or binding rights. Also the UN Forum on Minority Issues cannot do much more than issuing recommendations and forward these to the Human Rights Council and General Assembly, and hope that they will be applied by the states.

Nevertheless, the Forum is important because it brings together the representatives of minorities from all continents and because the states' representatives are genuinely listening to them during the Forum. Almost half of the Member States of the United Nations were present during the meeting and many of them responded directly to the statements of minorities, or presented the situation in their countries.

More information:

[UN Minority Declaration \(1992\)](#)

[UN Forum on Minority Issues](#)



FUEN Advisor Frank de Boer

EUROPEADA 2016: DIE TEAMS STEHEN FEST!

VORFREUDE AUF DIE FUSSBALL-EM DER NATIONALEN MINDERHEITEN

14.12.2015



Am 14.12.2015 fand in Bozen/Südtirol im Salewa Tower unter Anleitung der Vertreter der Verbände und Teams die Auslosung für die EUROPEADA 2016 statt, die Fußballeuropameisterschaft der autochthonen, nationalen Minderheiten -- nahezu zeitgleich zur Auslosung der Teams für die UEFA EURO 2016. Folgende Teams treten nächstes Jahr bei der EUROPEADA vom 18. Juni bis zum 26. Juni 2016 in Südtirol gegeneinander an:

Herrenmannschaften

Gruppe A (Spielort: St. Vigil in Enneberg): Ladiner, Krimtataren, Türkische Minderheit von West-Thrakien, Ungarn in Rumänien

Gruppe B (Spielort: Niederdorf): Roma, Karatschai-Balkaren, Rätoromanen, Minderheitenauswahl Estland

Gruppe C (Spielort: Ahrntal): Kärntner Slowenen, Lausitzer Sorben, Deutsche in Dänemark, Ungarn in der Slowakei

Gruppe D (Spielort: Sand in Taufers): Okzitaner, Dänen in Deutschland, Slowaken in Ungarn, Aromunen

Gruppe E (Spielort: Olang): Südtiroler, Nordfriesen, Deutsche in Polen, Die Manx

Gruppe F (Spielort: Pfalzen): Zimbern, Russlanddeutsche, Deutsche in Ungarn, Serben in Kroatien

Damenmannschaften

Gruppe A (Spielort: Mühlwald): Okzitaner, Südtiroler, Lausitzer Sorben

Gruppe B (Spielort: St. Martin in Thurn): Deutsche in Russland, Rätoromanen, Ladiner

126

Die EUROPEADA

Nach 2008 bei den Rätoromanen in Graubünden und 2012 bei den Sorben in der Lausitz findet die EUROPEADA, die Fußballeuropameisterschaft der autochthonen, nationalen Minderheiten, vom 18. bis 26. Juni 2016 in Südtirol statt. Im Puster- und Gadertal kämpfen dann erstmals 24 Mannschaften – bei der letzten EM waren es 19 – fast zeitgleich zur UEFA EURO 2016 um den Titel. Das erste Mal überhaupt mit dabei sind die Manx, die Ungarn in der Slowakei, die Ungarn in Rumänien, die Serben in Kroatien und die Krimtataren.

Veranstalter des Fußballturniers ist die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEN), Ausrichter sind die Ladiner sowie die deutschsprachigen Südtiroler, die zweimaligen Titelgewinner der EUROPEADA.

Einen großen Unterschied zur UEFA EURO gibt es jedoch: Zum ersten Mal wird auch ein Damenturnier ausgerichtet! Wie die Herrenmannschaften setzen sich ebenso die der Damen aus Angehörigen der Minderheiten zusammen, um im sportlichen Wettstreit gegeneinander anzutreten. „Wir freuen uns, dass es möglich ist, neben dem Herren- nun auch ein Damenturnier zu spielen“, so Susann Schenk, FUEN Generalsekretärin.



Bei der EUROPEADA trifft eine lebendige Vielfalt alteingesessener Minderheiten aufeinander – das macht diese Fußball-EM zu einem besonderen, sportlichen Großereignis. Fester Bestandteil der EUROPEADA ist ein Kulturtag, bei dem sich die einzelnen Minderheiten vorstellen.

Über die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEN)

Wussten Sie, dass fast jeder siebte Europäer einer autochthonen Minderheit angehört? Die FUEN vertritt die Interessen dieser europäischen Minderheiten auf regionaler, nationaler und insbesondere auf europäischer Ebene. Mit über 90 Mitgliedsorganisationen in 33 europäischen Ländern ist sie der größte Dachverband der autochthonen, nationalen Volksgruppen in Europa.

Die FUEN setzt sich für den Erhalt und die Förderung der Identität, Sprache, Kultur, Rechte und Einzigartigkeit der europäischen Minderheiten ein. Sie ist ihre Sprecherin bei den Internationalen Organisationen, insbesondere bei der Europäischen Union und dem Europarat sowie bei der UNO und der OSZE. Gegründet wurde die FUEN 1949 in Paris, heute hat sie drei Standorte: in Flensburg, Berlin und Brüssel.

Weitere Informationen unter: www.europeada.eu

Ansprechpartner: FUEN: Susann Schenk (Generalsekretärin), E-mail: info@fuen.org, Tel.: +49 461 128 55
Lokales Organisationskomitee: Siegfried Stocker, Präsident +39 0471 966 467

Mehr Informationen:

[Pressemitteilung](#)

[Übersicht Mannschaften und Spiele](#)



FUEN WÜNSCHT FROHE WEIHNACHTEN

Än ouer di üülje bousem juchted e jülstäär.
Dan et wus önj e jülnächt, as åål dåt schaid.
En jülnächt wid tubääg önj e tid. Di ulerjarste jül.
Und über dem alten Stall leuchtete der Weihnachtsstern.
Denn als dies geschah, war es Weihnachten.
Ein Weihnachten vor langer Zeit. Das allererste Weihnachten.
And above the old stable the Christmas star twinkled.
Because it was the night of Christmas when it all happened.
A Christmas night a long time ago; it was the very first Christmas.

Das FUEN Team befindet sich in den Weihnachtsferien. Am 07.01.2016 sind wir wieder für Sie da. Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Jahr 2016!



Quelle / Source: Jül önj e bousem – Weihnachten im Stall / Astrid Lindgren, Bille foon Harald Wiberg, (Nordfrisk Insituut, Dt. Übers.: Anna-Liese Komitzky, Übers. ins Bökingharder Fries, Thomas Scaersen ...), Lizenz des Verl. Oetinger, Hamburg. – Text dt. und fries. (träsch), Bräist / Bredstedt.

Institutionelle Förderungen



Projektförderungen



Der Dank gilt allen langjährigen Förderern,
Mitgliedern und Unterstützern.



EUROPEADA

2016 ★ SÜDTIROL ★ ITALY

18. – 26.06.2016

FUSSBALLEUROPAMEISTERSCHAFT DER
AUTOCHTHONEN NATIONALEN MINDERHEITEN

CAMPIONAT EUROPEICH DE PALÉ DLES
MENDRANZES NAZIONALES AUTOCTONES

CAMPIONATO EUROPEO DI CALCIO DELLE
MINORANZE NAZIONALI AUTOCTONE

FOOTBALL CHAMPIONSHIP OF THE AUTOCHTHONOUS
NATIONAL MINORITIES IN EUROPE



info@europeada.eu * www.europeada.eu

